

D7426E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.7/Juli 1986

17. Jahrgang

3DM



NAMIBIAS zäher Widerstand

Ökologie • Sri Lanka
Nikaragua
Südafrika

Inhalt

Kommentar: Bothas „erste Rate“	3
Südafrika ANC-Aufruf an die Nation: Von der Unregierbarkeit zur Volksmacht Bankenaktionstag „Kein Geld für Apartheid!“	4 6
Namibia Sam Nujoma zur unheiligen Allianz Botha-Reagan Erklärung namibischer Opponenten zur Beseitigung der „Übergangsregierung“ Erklärung der Brüsseler Konferenz Unimog-Umrüstung für die SWAPO	7 8 9 10
Nikaragua Sergio Ramirez zur Demilitarisierung der Region Geiselnahme von BRD-Brigadisten Helmut Frenz: Was belegt der amnesty-Bericht wirklich?	11 13
Honduras Der Ausverkauf stößt auf Widerstand	16
Mexiko Wie aus dem Erdbeben eine Gewerkschaft entstand	18
Sri Lanka Zuspitzung des Bürgerkriegs	21
Ägypten Interview mit dem Führer der Linksoption Khaled Mohieddin	24
Solidaritätsbewegung Was brachte der 10. BUKO?	26
Sowjetunion und dritte Welt Supermacht gleich Supermacht?	28
Ökologie und dritte Welt Armutbedingte Umweltprobleme Beispiel Bophal – Profite statt Sicherheit	33 37
Kultur Die erstaunlichen Gedichte der Aysal Özakin	41
Rezension Nikaragua-Erfahrungen des F. X. Kroetz	43
Leserbrief zu Südafrika	43
BRD-Infodienst BRD – Türkei, Rüstungsexporte nach Südafrika, Buchtips zu Südafrika, amnesty zur Folterkonvention, Friedenserklärung, Verschuldungskonferenz	44
Kurzinformationen Dominikanische Republik, Ekuador, Chile, Kolumbien, Sierra Leone, Syrien, Bangladesh, UN-Afrikahilfe, UN-Abrüstung	46



Südlisches Afrika

S. 3

Mit den Luftangriffen auf die Frontstaaten Zimbabwe, Sambia, Botswana hat das Botha-Regime wieder einmal Flagge gezeigt.

Welche Ziele stehen dahinter? Wie reagieren die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias darauf?

Nikaragua

S. 11

Eden Pastora, der „linke“ Contra, hat seinen antisandinistischen Kampf eingestellt. Die Schwächezeichen der Contra mehren sich. Und eine Verhandlungslösung mithilfe der Contadora-Gruppe rückte in greifbare Nähe.

Wie schätzen die Sandinistas die Friedenschance ein? Wie reagiert die Reagan-Administration?

Ökologie und Dritte Welt

S. 33

Die Giftgaskatastrophe von Bhopal, das Waldsterben, die Verwüstung, die Ernährungs- und Umweltzerstörung u.a. haben das Thema Umweltzerstörung auch für die Dritte Welt ins Blickfeld gerückt.

Wo liegen die Ursachen? Wie kann man bei den dringendsten Problemen Abhilfe schaffen? Welche Ansätze für Alternativen gibt es? Diesen Fragen wollen wir in einer Reihe Ökologie und Dritte Welt nachgehen.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Koltér, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiiza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A.J. Arndt, S. Becker, U. Bensch, B. Bouresh, H. Bröhl-Kerner, M. Fay, E. Gärtner, V. Klose, G. König, D. Rosin, K. Söhnlein, J. Weber-Bensch, I. Wick

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Extra-Verlag, Weltkreis-Verlag, UNIDOC, Plambeck, Wechselwirkung, Atom, Team-Reisen

Redaktionsschluss: 8.6.1986

Fotonachweis: SWAPO, AIB-Archiv, AFP, Ch. Scholz, W. Brönnner, South, Bunt Buch, APN, NACLA

Titel: Motiv einer SWAPO-Broschüre



Am 19. Mai d.J. griffen südafrikanische Kommandos vermutete Quartiere des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Harare/Zimbabwe, bei Gaborone/Botswana und Lusaka/Sambia an – in allen drei Ländern hat der ANC allerdings keine Guerillabasen.

Die Angriffe forderten drei Tote und mehrere Verletzte. „Südafrika“, so Angolas Staatspräsident José Eduardo dos Santos, „macht gegenwärtig wegen des Volksaufstands, mit dem es nicht mehr fertig wird, eine der schwierigsten Perioden seiner Existenz durch. Daher sucht es in Gewalt und Aggressivität gegen die Nachbarstaaten die Lösung seiner schweren politischen und sozialen Probleme, die in Wirklichkeit Ausdruck seiner Natur sind“.

Mit diesen Angriffen erteilte das Apartheidregime auch der Vermittlungskommission des Commonwealth, die just in jenen Tagen Gespräche mit der südafrikanischen Regierung und dem ANC führte, eine unmißverständliche Lektion über sein „Dialog“verständnis. Diese Schläge, so kündigte Südafrikas Präsident P.W. Botha drohend an, seien „nur die erste Rate“.

Das Apartheidregime fühlte sich durch die US-Aggression gegen Libyen sichtlich ermuntert. So zog Botha eine direkte Parallele zu den US-Angriffen auf Libyen und der israelischen Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis. Die Parallele hört hier jedoch nicht auf. Vielmehr entspricht Pretorias Vorgehen gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias sowie mißliebige Frontstaaten den Operationen der US-Interventionsstrategie (siehe AIB 6/1986, S. 3ff.), denen meist das Mäntelchen der „Terrorismus“-Bekämpfung umgehängt wird:

- „klassische“ Aufstandsbekämpfung;
- Angriffe auf vermutete Quartiere nationaler Befreiungsbewegungen, die als „Terroristen“ diffamiert werden, und Schläge gegen Länder, die verdächtigt werden, solche Bewegungen zu beherbergen;
- Unterstützung konterrevolutionärer

Organisationen.

Die Regierung Reagan und das Botha/Malan-Regime haben im Süden Afrikas gemeinsame Ziele: Einerseits wollen sie Zeit für das Apartheidregime in Südafrika und Namibia gewinnen, weshalb die Frontstaaten zu einer Verminderung ihrer Unterstützung für ANC und SWAPO gezwungen werden sollen. Andererseits suchen sie die sozioökonomischen Veränderungsprozesse in fortschrittlichen Frontstaaten umzukehren oder doch zu blockieren.

Sie schritten hierbei, so Sean Gervasi, zu einer diskreten Arbeitsteilung: „Für Südafrika die Nutzung seines Militärpotentials und seiner beträchtlichen Wirtschaftsmacht gegen die 'Frontstaaten', ohne dabei die anderen Mittel des verdeckten Krieges, wie Sabotage und Subversion, zu vergessen. Für die USA die Konzentration auf die Diplomatie und die Rolle des 'Vermittlers'“ – ohne den gezielten Einsatz von Zuckerbrot und Peitsche auf wirtschaftlichem Gebiet zu vergessen.

Mit besonderer Konsequenz wurde diese Arbeitsteilung gegen Moçambique angewandt. Noch stärker steht die militärische Kriegführung gegen Angola im Vordergrund – hier unterstützt die US-Regierung die konterrevolutionäre Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) in massiver Weise und in direkter Partnerschaft mit Südafrika jetzt sogar unmittelbar.

Hinter den Kulissen sorgte die US-Regierung dafür, daß „Entwicklungshilfe“ nur noch spärlich nach Tansania fließt.

Die Bundesregierung paßt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten voll in diese Arbeitsteilung ein.

Mit Angola gibt es keine entwicklungs-politische Zusammenarbeit. Die „Ent-

wicklungshilfe“ für Tansania wurde drastisch gekürzt. Die Geldbörse gegenüber Moçambique wurde erst dann vorsichtig geöffnet, als die USA dort das Zuckerbrot auspackten. Die Verbindungen bundesdeutscher Rechtskreise, namentlich der CSU, zu Contra-Organisationen Moçambiques und Angolas, die in der BRD ihre Aktivitäten unbehelligt entfalten können, ergänzen das Bild.

Nachdem es zuvor immer mal wieder wirtschaftlichen Druck auf Zimbabwe ausgeübt hatte und dort bewaffnete Banden unterstützte, ist Südafrika am 19.5.1986 noch einen Schritt weiter gegangen – es griff Zimbabwe erstmals direkt an.

Die in den letzten Monaten zunehmend aggressive Haltung des Apartheidstaats gegen Zimbabwe (siehe AIB 4 und 6/1986) hängt primär mit dessen militärischer Unterstützung für die FRELIMO-Regierung gegen Südafrikas Contra-Schützlinge zusammen. Auch das mittlerweile konsequente Eintreten der Regierung Mugabe für Wirtschaftssanktionen und politische, diplomatische und moralische Unterstützung für ANC und SWAPO (und auch den Panafrikanischen Kongreß) sind Botha und Konsorten ein Dorn im Auge.

Westsanktionen durchsetzen

Im Unterschied zu Angola und Moçambique hat Zimbabwe, dessen Regierung eine sehr vorsichtige Politik bei der sozialökonomischen Transformation verfolgt, relativ enge Beziehungen zu westlichen Ländern – und außerdem einen hohen Stellenwert.

Sollte der Angriff in Harare deren Reaktion testen, so kann das Apartheidregime eigentlich zufrieden sein.

Diese verurteilten zwar die Angriffe scharf, wandten sich im gleichen Atemzug jedoch gegen Sanktionen. Mit ihrer Ablehnung von Sanktionen stützen die westlichen Länder Südafrikas Unterdrückung im Inneren, seine Besetzung Namibias und seinen Staatsterrorismus gegen die Frontstaaten ab.

Mit besonderer Beharrlichkeit verweigert sich die Bundesregierung der Sanktionsforderung. Gleiches gilt auch für die Regierung Thatcher, der nach Südafrikas jüngsten Angriffen und dem darauffolgenden britischen Veto gegen Sanktionen großer Ärger im Commonwealth ins Haus steht.

In den USA brachten Abgeordnete hingegen prompt ein neues Sanktionspaket gegen den Apartheidstaat im Kongreß ein.

Joachim Becker



Aufruf des ANC-Exekutivkomitees an die Nation Von der Unregierbarkeit zur Volksmacht

Wir wenden uns heute an Euch im Gefolge eines der brutalsten und wüstesten Aggressionsakte, die das Pretoria-Regime gegen unabhängige und friedliebende afrikanische Staaten in der Region je durchgeführt hat. Am Montag, dem 19. Mai 1986, startete das Rassistenregime einen barbarischen Angriff gegen Botswana, Zimbabwe und Sambia, tötete und verkrüppelte Menschen und zerstörte Eigentum.

Dies ist die glasklare Antwort des Regimes auf die Verhandlungsmöglichkeit des Commonwealth. Um zu überleben, greift es auf bewaffnete Aggression innerhalb und außerhalb Südafrikas zurück. Es lebt von Massakern und Morden. Unser Volk mußte diese Realität akzeptieren und den einzig möglichen Ausweg wählen, und zwar den des entschiedenen Kampfes für Frieden im Südlichen Afrika durch die Zerstörung des Apartheidsystems und die Schaffung eines volkdemokratischen Südafrika.

Vor diesem Hintergrund richtet das Nationale Exekutivkomitee des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) den folgenden Aufruf an die Nation, dessen Hauptbotschaft die ist, daß wir von der Unregierbarkeit zur Volksmacht übergehen.

In immer weiteren Gegenden unseres Landes erreicht die Massenoﬀensive neue Stufen. Immer mehr Südafrikaner engagieren sich in organisierter Form gegen die unmenschlichen Apartheidkräfte. Durchdrungen von der Führung des ANC und seiner Alliierten beweist das Volk weiterhin nicht enden wollenden revolutionären Erfindungsreichtum und Kreativität.

Erfindungsreichtum des Widerstands

Im April 1985 riefen wir auf zu:

- der Stärkung und Einheit der Gewerkschaftsbewegung als Waffe zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und im Kampf für nationale Befreiung;
- der Absetzung der immer weniger funktionierenden Marionetten-Gemeinderäte und der Errichtung der Volksmacht;
- der Schaffung von mobilen Verteidigungseinheiten und Möglichkeiten der Bewaffnung als Teil des Prozesses zur Stärkung der Volksarmee Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm des ANC; d. Red.);
- dem Rückzug von immer mehr Schwarzen aus dem Apartheidapparat und aus Armee und Polizei, so daß diese übergehen auf die Seite des Volkes;
- einer Distanzierung von der Apartheid seitens der Weißen und deren Unterstützung des Befreiungskampfes;
- der Stärkung unserer Untergrundaktivitäten und der Intensivierung des bewaffneten Kampfes von Umkhonto We Sizwe.

Am 8. Januar 1986 riefen wir die Nation auf anzugreifen, voranzuschreiten und dem Feind keinen Zoll zu überlassen. Dieser Aufruf ist mit immer stärkerer und dramatischerer Macht befolgt worden.

Die Saat der Volksmacht beginnt aufzugehen und Wurzeln zu schlagen. Volks-, Straßen- und Genossenkomitees tauchen in zunehmendem Maße als demokratische Organe an Stelle der zusammengebrochenen Rassistenverwaltung auf. Volksgerichte, -milizen und andere Volksorgane der Justiz stellen vielfach eine Herausforderung dar für die Gerichtsbarkeit der Rassisten und deren uniformierte Repressionskräfte.

Unsere organisierte Arbeiterklasse hat eine mächtige neue Gewerkschaftsföderation, die COSATU, gebildet und ihre Stärke im 1. Mai-Streik von zwei Mio Menschen demonstriert.

Die Schulen und Universitäten sind weiterhin brodelnde Zentren für den Kampf um Freiheit. Vom Boden ihrer wieder eingenommenen Basen steht die Jugend bereit zu organisierten Schlägen der Befreiung. Der bevorstehende 10. Jahrestag des SOWETO-Aufstands vom 16. Juni 1976 wird die Flammen des Widerstands gegen Sklavenerziehung und die Suche nach einem freien Südafrika verstärken.

Das Feuer, das in den letzten 2 Jahren durch die Straßen unserer Städte gezo-gen ist, breitet sich mehr und mehr auf das Land aus. Die am Hungertuch nagenden Millionen Menschen in den Bantustans äußern ihren Zorn gegen die verhaßten Institutionen und Marionetten der Bantustans, die sich im Namen Pre-



torias dem Ruin des Volkes verschrieben haben.

Der Terror gegen die Bewohner der schwarzen Ghettos seitens der Armee und Polizei der Rassisten konnten den Widerstandswillen der Schwarzen in keiner Weise brechen. Stattdessen werden unter der Führung und dem Eindruck der Volksarmee Umkhonto We Sizwe ständig neue Mittel entwickelt, um den Schlägen des Feindes zu begegnen. Das Maschinengewehrfeuer ist nicht mehr nur von der einen Seite her zu hören. Die rassistische Armee und Polizei fallen heute auch im Kugelhagel. Sie beginnen die unvermeidbaren Folgen des bewaffneten Kampfes zu spüren.

In zahlreichen Gegenden wurde eindrucksvoll die Macht des Konsumentenboykotts von Schwarzen demonstriert. Immer mehr breitet sich der Mietboykott aus. Die Verwaltung ist nicht mehr fähig, die enormen Mietaußenstände einzutreiben.

Spaltung und Verwirrung spitzen sich im Feindeslager täglich zu, denn die weiße Geschäftswelt spürt den Stich der internationalen Isolierung und weiß immer weniger der Welle des Volkswiderstands zu begegnen. Dies führt zu einer steigenden Zahl von Weißen, die das einst monolithische weiße Lager verlassen. Immer mehr Teile der Bevölkerungsgruppe der Weißen beginnen zu akzeptieren, daß

es ohne den ANC keine Lösung gibt.

Es gibt Anzeichen der Demoralisierung in den Streitkräften des Feindes, und eine wachsende Zahl von schwarzen Soldaten und Polizisten zerreißen die Uniform der Apartheid. Diejenigen, die weiterhin Apartheid-Befehle ausführen, die mit dem und für den Feind arbeiten, werden von der Gemeinschaft ausgeschaltet und können wenig Ruhe finden unter dem Volk.

Diese eindrucksvollen Leistungen müssen zur Ausgangsbasis für weitere Fortschritte werden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1986 muß die Offensive an allen Fronten weiter verstärkt werden, auf der Ebene des Massenwiderstands, des bewaffneten Kampfes und der Weigerung, der rassistischen Verwaltung zu gehorchen.

Mit einer Faust schlagen

Genauer gesagt:

- Laßt uns in organisierter Form den Geist des vollständigen zivilen Ungehorsams ausbreiten, was eine organisierte Kampagne bis zum landesweiten Steuer- und Mietboykott einschließt.
- Laßt uns den landesweiten Generalstreik zum 10. Jahrestag des 16. Juni zu einer der mächtigsten Demonstrationen der Entschlossenheit unseres Volkes werden, die herrschende Klasse in die Knie zu zwingen. Laßt jedes Bergwerk, jede Fabrik, jede Farm, jedes Haus eines Weißen ohne Arbeit sein. Laßt jede Universität und jede Schule ohne Jugendliche sein. Laßt alle Geschäfte ihre Türen schließen. Laßt alle Gemeinden einen Schritt in Richtung Freiheit tun.
- Laßt uns die Bewegungsfreiheit in unserem ganzen Land ausrufen und einen Tag begehen, an dem wir unsere Zeichen der Sklaverei verbrennen – die Pässe. Wir haben jetzt schon das Regime gezwungen, von dem alten System des „dompas“ Abschied zu nehmen. Laßt uns nun allen anderen Versuchen Bothas widerstehen, uns den freien Zugang zu allen Teilen unseres einheitlichen Südafrika zu verwehren, sei es durch neue Personal- ausweise, sei es durch Bantustans, Wiederansiedlungscamps, Wohn- und Arbeitsgebiete nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder andere rassistische Bestimmungen und Einrichtungen.
- Laßt den 9. August, den 30. Jahrestag des heldenhaften Marsches südafrikanischer Frauen auf Pretoria, zu einem Tag werden, an dem die ganze Nation mit unseren Frauen in die Freiheit marschiert.
- Laßt uns durch umfassende Mobilisierung das Bantustansystem zerstören und die Marionetten isolieren, die weiterhin mit der Apartheid kollaborieren. Die wenigen Mandatsträger der Bantustans,

die sich der demokratischen Bewegung anschließen, zeigen den wahren Weg vorwärts.

- Laßt uns mehr Nägel in den Sarg des Dreikammer-„Parlaments“ schlagen. Laßt diejenigen, die Pretoria weiterhin als sog. Vertreter unserer farbigen und indischen Bevölkerung dienen, sich von diesen Organen zurückziehen oder laßt diese den Zorn des Volkes spüren.

- Laßt uns unseren bewaffneten Kampf auf allen Ebenen verstärken. Immer mehr Teile unseres Volkes müssen bewaffnet werden. Die Anstrengungen um Waffen vom Feind oder von irgend einer anderen Quelle zu bekommen, müssen verdoppelt werden.

Laßt uns unsere Leute in Uniform dazu überreden, ihre Waffen niederzulegen und diese den Volksvertretern zu übergeben. Wir müssen um ein Vielfaches mehr Milizen zur Volksverteidigung im ganzen Land bilden, so daß wir wirksamer dem Angriff der feindlichen Streitkräfte und der verräterischen Stoßtruppen und „Impis“ begegnen können. Gestärkt durch die wachsenden Volksmilizen muß unsere Volksarmee den bewaffneten Kampf auf das ganze Land ausbreiten.

- Laßt uns die Untergrundorganisation stärken und aus jeder Kampagne mit mächtigeren und geeinigteren Kontingenten organisierter Massenkräfte hervorgehen.

- Laßt uns alles in unserer Kraft stehende tun, um die Einheit der Arbeiter zu fördern und um all jene demokratischen Gewerkschaften, die noch außerhalb stehen, zur Mitgliedschaft in der COSATU zu bewegen.

- Laßt uns vor allem in Einheit handeln. Laßt uns mit einer Faust schlagen. Jede Aktion, ob örtlich, regional oder national, muß alle Teile unseres Volkes beteiligen. Die Arbeiter, die Jugend, die Frauen, alle anderen Teile des unterdrückten Volkes müssen überall in organisierter Form zusammenarbeiten. Die schwarzen Massen – die Afrikaner, die Mischlinge und Inder – müssen ständig Wege finden, den Feind geeint zu bekämpfen und dessen Politik des Teile und Herrschen zu bekämpfen. Diejenigen unter uns, die die Offensive des Volkes ausnutzen, um Diebstahl und Rowdytum zu begehen, müssen isoliert und davon abgehalten werden, ihre antisozialen Aktivitäten durchzuführen.

Wir haben einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Die historischen Bedingungen, die erforderlich sind zum Sturz des Apartheidsystems, sind deutlicher als je zuvor in unserer Geschichte hervorgetreten. Aber viel muß noch getan werden, damit es ein für allemal zerstört werden kann.

Landsleute, die Freiheit winkt uns zu. Sie steht vor uns und fordert uns auf,



kein Opfer zu scheuen, kein Leben noch Körperteil zu schonen in den bevorstehenden Kämpfen zur Rückeroberung unseres Landes und zur Beendigung 350jähriger rassistischer Plünderi, Unterdrückung und Ausbeutung. Arbeiter und Jugendliche, Männer und Frauen, Stadt- und Landbewohner, alle Patrioten unter den Unterdrückten, demokratische Weiße, die sich dem Rassismus entgegenstellen und die ein geeintes Land akzeptieren, das nach dem Willen der Mehrheit regiert wird – laßt uns unter der Führung und dem Dach des ANC Apartheid-Südafrika noch unregierbar machen, laßt jede Township und jede Gemeinde eine stärker organisierte Festung unserer Revolution werden. Laßt uns von der Unregierbarkeit zur Volksmacht übergehen!
(Quelle: ANC Call to the People, Lusaka, 22.5.1986, in: ANC News Briefing, London, Nr. 20/1986, Beilage)



Atom Nr. 9

- * Wackersdorf: Ostermarsch 86, Autonomer Widerstand gegen WAA, zur Gewaltfrage, CS- Gas
- * Arbeitsbedingungen im AKW: Als Leiharbeiter im AKW, täglich Alarm in Hanau
- * Das Neueste aus dem Wendland
- * Atomhandelsmesse in Genf
- * Endlagerpläne in der Schweiz
- * Grünen- Diskussion

Atom

berichtet von den Standorten von Atom-
anlagen

Atom

Diskutiert offen und kontrovers aktuelle und grundsätzliche Fragen der Bewegung

Atom

erscheint zweimonatlich, Herausgeber und Bestelladressen:

Lüneburger Arbeitskreis gegen Atom-
anlagen c/o E. Rickert, Vorwerk 5a,
3110 Altenmedingen

Göttinger Arbeitskreis gegen Atom-
energie, Postfach 1945, 34 Göttingen

„Kein Geld für Apartheid“

„Kein Geld für Apartheid“. Unter diesem Motto fand am 16. Mai d.J. der 4. Bankenaktionstag statt (zum Hintergrund siehe AIB 6/1985, S. 50). Anlaß war wie in den vergangenen Jahren die Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank, die im Südafrika- und Namibia-Geschäft besonders stark engagiert ist.

„Kritische Aktionäre“ störten diesen Gottesdienst des Kapitals, indem sie dem Vorstand unangenehm kritische Fragen stellten und ein Ende der Apartheid-Geschäfte forderten. Als „kritische Aktionäre“ sprachen diesmal Barbara Simons, Südafrika-Sprecherin der sozialistischen Fraktion im Europaparlament (SPD), die Theologieprofessorin Luise Schottroff, der Publizist Heinrich Pacht, der Münchner Schauspieler Joseph Bierbichler, Helmut Paschlau vom Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ sowie Ingeborg Wick vom Vorstand der Anti-Apartheid-Bewegung in Vertretung des verhinderten DGB-Kreisvorsitzenden Hans Büttner. Die Schwerpunkte der Reden waren:

- 1985 war die Dresdner Bank bei 6 Südafrika-Anleihen, meist staatlich-kontrollierter Firmen aus strategischen Sektoren, Konsortialführer bzw. Co-Manager. Ein Sprecher der Elektrizitätsgesellschaft ESCOM erklärte gegenüber der Zeitschrift South: „Die Gelder sind nicht für spezifische Zwecke.“ Das steht in völligem Widerspruch zur letztjährigen Erklärung des Vorstandssprechers Dr. Wolfgang Röller, die Kreditzwecke seien in den Verträgen festgeschrieben.

- 1985 beteiligte sich die Dresdner Bank mit 5% am Stammkapital von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). MBB lieferte 1985 fünf Militärhubschrauber an den Apartheidstaat.

- Erst das Engagement der Dresdner Bank ermöglichte der SWABANK in Namibia den Ausbau zur Vollbank. Diese beteiligte sich an illegaler Exportfinanzierung.

- International ziehen sich Firmen, auch Banken, aus dem Südafrika-Geschäft zurück.

- In den Kirchen wird die Forderung nach Wirtschaftssanktionen lauter. Insbesondere Kirchengemeinden und kirchliche Organisationen reichen die Gespräche Banken-Kirchen über die Südafrika-Geschäfte nicht mehr aus. Zahlreiche kirchliche Organisationen kündigten Konten wegen der Apartheid-Geschäfte.

- US-amerikanische, nicht aber bundesdeutsche Banken machten Zugeständnisse bei der Umschuldung – was Vorstandssprecher Dr. Röller später als „Behebung eines unhaltbaren Zustandes“ bezeichnete –, von vorhergehenden einschneidenden Schritten zur Abschaffung der Apartheid abhängig.

Die Reden der „kritischen Aktionäre“ waren von tumultartigen Szenen, Buh-Rufen und Geschrei begleitet. Sie wurden mehrfach vom Sitzungsleiter mit der Aufforderung unterbrochen, doch endlich zum Ende zu kommen.

Wie bereits in der Vergangenheit bezog der Vorstandssprecher Dr. Röller nicht Stellung zu der Aussage, die Geschäfte seiner Bank stützten die Apartheid. Politik gehöre in den Bundestag und nicht in die Hauptversammlung.

Wie die Bundesregierung sei er für einen Dialog und gegen einen Boykott, der ja auch von Gatscha Buthelezi (siehe zu dessen Politik AIB 12/1985, S. 29f.) abgelehnt werde. Den Schwarzen in Südafrika gehe es im Vergleich zum restlichen Afrika gut.

Details zu den Südafrika-Geschäften mochte er nicht berichten. Er gab jedoch überraschend zu, die SWABANK habe Anleihen in Höhe von 0,45 Mio Rand (R) der – illegalen – „Regierung“ von „Südwestafrika/Namibia“ aufgrund

der südafrikanischen Bankgesetze im Portefeuille. Der Vorstandssprecher ließ keinen Zweifel an der Fortsetzung des Südafrika- und Namibia-Engagements der Bank.

In über 80 Städten der BRD verliehen Tausende der Forderung „Kein Geld für Apartheid“ Nachdruck.

In München zogen Tausende mit einem „Goldenen Kalb“, das von „Geschäftsleuten“ und „Politikern“ angebetet wird durch die Straßen. In Stuttgart stand die Demonstration unter dem Motto: „Lieber das Geld zum Fenster hinauswerfen, als den Banken für Apartheid-Geschäfte geben.“ Kundgebungsteilnehmer bauten hier ein Riesfenster auf, durch das sie Münzen auf den Asphalt warfen.

Auch in New York und weiteren Städten der USA, Luxemburg, Genf, Zürich und London forderten Demonstranten einen sofortigen Vergabestopp für Anleihen und Kredite und den Boykott der Krügergoldmünzen.

Im Bundestag fordert inzwischen neben den Grünen auch die SPD einen Stopp der Bankengeschäfte mit Südafrika. Günter Verheugen, Südafrika-Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert auch die Südafrika-Geschäfte der Westdeutschen Landesbank-Girozentrale im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. „Ich kann nicht verstehen“, so Verheugen, „daß dieses große öffentliche Institut Blutgelder kassiert.“

Von der SPD muß die Solidaritätsbewegung auf Ebene der Länder, in denen es ja SPD-Mehrheiten gibt, die Umsetzung der Boykottforderungen einfordern. Das hieße konkret: ein Ende der Apartheid-Geschäfte der Landesbanken-Girozentralen.

11 Monate brauchte die Bundesregierung für die Große Anfrage der Grünen zur „Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia“ vom 9. Mai 1985. Die Zusammenschau, so kam der Frankfurter Allgemeinen (26.2.1986) zu Ohren, sei wegen der Höhe der deutschen Kreditgewährung „nicht ganz unproblematisch“.

„Goldenes Kalb“ Südafrika

So war die Bundesregierung auch bemüht die Zahlen möglichst niedrig anzugeben. Ließ sich schon nicht bestreiten, daß von 1982-85 bundesdeutsche Banken bei 32% der öffentlich gegebenen Südafrika-Anleihen die Konsortialführung innehatten, so zeigt die Bundesregierung bei der Gesamthöhe der Kreditvergabe ihre ganze arithmetische Kunst. Sie berichtet, die Forderungen bundesdeutscher Kreditinstitute an Südafrika und Namibia betrage 1,644 Mrd DM (Dezember 1984), die der Auslandsfilialen bundesdeutscher Kreditinstitute ca. 800 Mio DM (laut der Zahlungsbilanzstatistik der Bundesbank 843 Mio DM).

„Vergessen“ hat die Bundesregierung hierbei die Forderungen der Auslandsstöcher bundesdeutscher Kreditinstitute, die sich immerhin auf die stolze Summe von 3,567 Mrd DM belaufen. Die Gesamtsumme der Forderungen bundesdeutscher Banken war mithin 6,054 Mrd DM (Dezember 1985: 4,830 Mrd DM), was etwa 10% der südafrikanischen Auslandsschulden bei Banken entsprach.

Es sei Sache der Banken, so die Antwort der Bundesregierung, „ihre Geschäftsbeziehungen ... in eigener Verantwortung zu gestalten“. Diese wiederum versteckten sich hinter der Bundesregierung. Der Druck auf Banken und Regierung muß offensichtlich noch verstärkt werden.

Jochim Becker

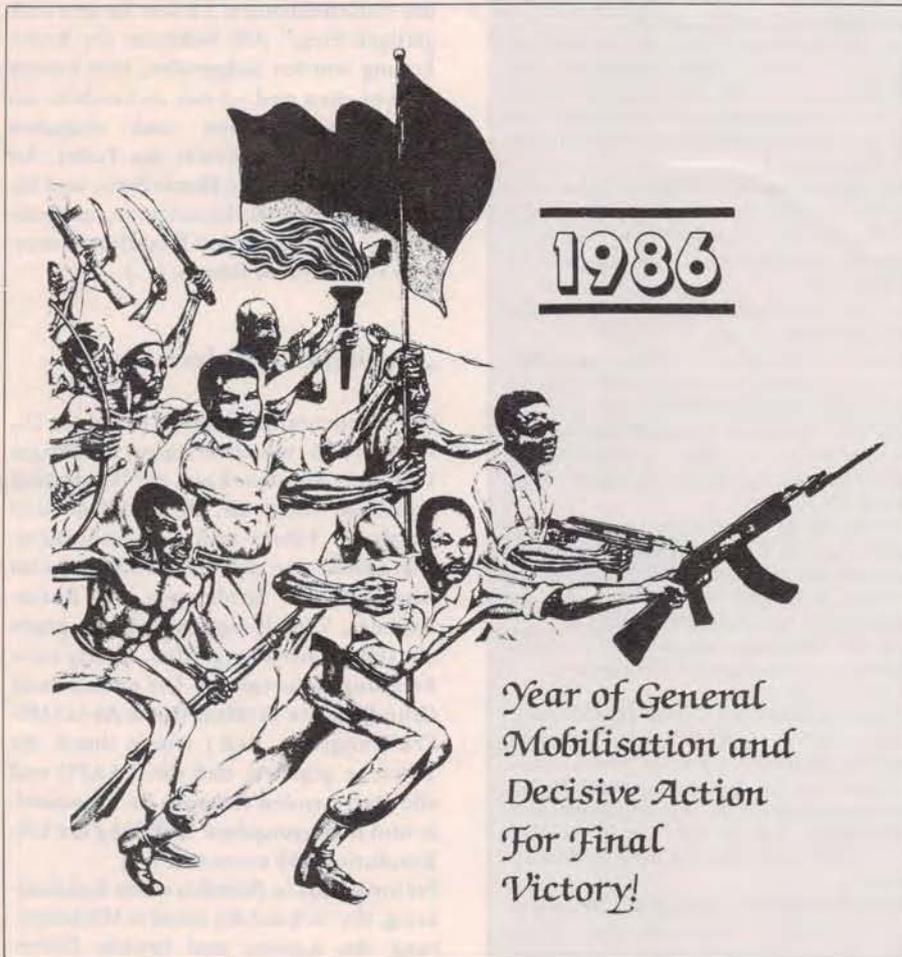
Namibia

Vom 5.-8. Mai d.J. fand in Brüssel eine internationale Namibia-Solidaritätskonferenz mit über 450 Teilnehmern statt, darunter Vertreter von Regierungen, der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Der Delegation aus Namibia gehörten der hier dokumentierte Hauptredner Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), und zahlreiche Kirchenführer an.

Die Konferenz rief dazu auf, Druck auf das Botha-Regime und seine Verbündeten (USA, Großbritannien, BRD!) auszuüben, um die Durchsetzung des UN-Planes für die Unabhängigkeit Namibias (Sicherheitsrats-Resolution 435/1978) zu erzwingen und die Unterstützung der Befreiungsbewegung SWAPO zu fördern. Weiter gelte es, der westlichen Desinformationspolitik (siehe AIB 4/1986, S.8) durch eine bessere Bekanntmachung der Besatzerrepression und der SWAPO-Aktivitäten entgegenzutreten. Die Brüsseler Abschlusserklärung legt besonderen Wert auf eine verstärkte Druckausübung gerade in Westeuropa und Nordamerika.

Sam Nujoma

Die unheilige Allianz Botha-Reagan



...) Namibia ist nicht frei. Unser Volk schmachtet immer noch unter der brutalsten Tyrannei des Rassistenregimes in Pretoria, das die unrechtmäßige Besetzung unseres Landes hartnäckig aufrechterhält, während die Bodenschätze des Landes von den transnationalen Gesellschaften der kapitalistischen Haupt-

länder ausgeplündert werden. (...)

Die Menschheit ist gerade jetzt an einem sehr gespannten und unsicheren geschichtlichen Zeitpunkt angelangt. Die Folgen dieser unheilvollen Lage sind in der Tat nur zu gespenstisch anzuschauen.

Überall in der Welt sehen wir gefährliche

Bekundungen von Washingtons rücksichtsloser Politik der Konfrontation, verdeckter Operationen, wirtschaftlicher Erdrosselung, Kriegstreiberei, Subversion, militärischer Interventionen und politischen Manöverierens. Die Ziele dieser verbrecherischen Handlungen sind die fortschrittlichen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen.

Wegen der Weigerung, Washingtons gnadenlosem Druck und seinen Drohungen nachzugeben, und wegen der Weiterführung einer unabhängigen, antiimperialistischen Politik sind Länder wie Angola, Kuba, Äthiopien, Libyen und Nicaragua, um nur einige zu nennen, Opfer einer aggressiven und verderblichen Kampagne geworden, die unter dem Namen der sog. Reagan-Doktrin durchgeführt wird. Diese zerstörerische und expansionistische Doktrin ist nichts anderes als die zeitgenössische Version der abgehalfterten und zurückgewiesenen alten US-Politik der Kanonenboot-Diplomatie.

Die nationalen Befreiungsbewegungen, die zu Gegenständen von bösartigen Angriffen und offiziellen Übergriffen gemacht wurden, sind der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) Südafrikas, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von Palästina und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) Namibias. Die Namen dieser rechtmäßigen Organisationen werden häufig von räuberischen Agenten der Reagan-Administration und anderer Rechts-extremisten im US-Kongreß und ihrer Kollaborateure in gewissen Ländern Westeuropas im Munde geführt.

Wir werden zu Opfern gemacht und u.a. als Terroristen beschimpft, weil unsere Feinde, namentlich die Apartheid, das kolonialistische Südafrika und das zionistische Israel die traditionellen Freunde und Verbündeten des Westens sind. Sie werden als die verlässlichsten Garanten der westlichen wirtschaftlichen, strategischen und geopolitischen Interessen in Südafrika und dem Nahen Osten betrachtet.

Jahr der Mobilisierung

Nicht einmal die Vereinten Nationen sind länger frei von den faustdicken Übergriffen durch die US-Administration. Kürzlich hat die Reagan-Administration beschlossen, einheimische Gesetze und die vorherrschende finanzielle Stellung der USA in der Organisation in dem Bemühen zu nutzen, die Entscheidungsprozesse und -verfahren der Vereinten Nationen zu ändern, um sie amerikanischen Interessen anzupassen. (...) Das namibische Volk erwartet weiterhin von den Vereinten Nationen, daß sie ihre einzigartige Verantwortung für unser

AI-GAMS-Erklärung

Die „Übergangsregierung“ beseitigen!

Ende April d.J. kamen im römisch-katholischen Seelsorgezentrum von Klein-Windhoek Vertreter von 16 politischen Parteien, Organisationen und Kirchen des besetzten Landes zusammen, obgleich die vom Botha-Regime vor 1 Jahr eingesetzte Marionettenregierung für die Zeit vom 30. April bis 12. Mai ein Verbot aller politischen Zusammenkünfte verfügt hatte. In der hier dokumentierten AI-GAMS-Erklärung („Heiße Quellen“, vorkolonialer Name für Windhoek) wird die Beseitigung der sog. „Übergangsregierung der nationalen Einheit“ und eine Lösung der Namibiafrage aufgrund der UNO-Plattform zur Aufgabe eines gemeinsamen Fortsetzungsausschusses erklärt.

Wir, die bevollmächtigten Vertreter der nachstehend angeführten Kirchen, politischen Parteien und Gruppen, Frauenorganisationen und der Studentenbewegung, die die überwältigende Mehrheit des namibischen Volkes vertreten, sind am 29. und 30. April 1986 in Klein-Windhoek unter der Schirmherrschaft des Namibischen Rates der Kirchen zusammengekommen und haben die sich verschlechternde politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Lage in Namibia erörtert, untersucht und analysiert und dabei festgestellt, wie sehr unser Volk darunter leidet, daß die international anerkannte Unabhängigkeit immer wieder hinausgeschoben wird, und einstimmig beschlossen:

- 1.1. Südafrikas fortgesetzte Verzögerungstaktiken und seine ständige Weigerung, eine Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1978 zuzulassen (die von allen Parteien einschließlich der Republik Südafrika und der Vereinigten Staaten von Amerika angenommen wurde), abzulehnen;
- 1.2. die unheilige Allianz zwischen den USA und der Republik Südafrika bei ihren Versuchen, die genannte Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dadurch zu umgehen, daß sie die Unabhängigkeit Namibias mit Fragen verbinden, die damit überhaupt nichts zu tun haben, wie dem Abzug kubanischer Truppen aus Angola, abzulehnen;
- 1.3. die von Pretoria eingesetzten, aufeinanderfolgenden Marionettenregierungen, von denen die sog. Übergangsregierung die neueste Schöpfung ist, abzulehnen;
- 1.4. die sog. Übergangsregierung abzulehnen, weil sie
 - 1.4.1. unserem Volk von Südafrika aufgezungen wurde;
 - 1.4.2. nur durch die brutale Gewalt der Besatzungstreitkräfte, d.h. der Sicherheitspolizei und der Sonderpolizei (Koevoet), an der Macht gehalten wird;
 - 1.4.3. nicht vom namibischen Volk gewählt wurde und von diesem keinen Regierungsauftrag erhalten hat;
 - 1.5. die zunehmend repressiven Eigenschaften und diktatorischen Maßnahmen der sog. Übergangsregierung abzulehnen, insbesondere das neueste Verbot aller Zusammenkünfte im Distrikt Windhoek im Rahmen des Gesetzes über aufrührerische Versammlungen, das eine so flagrante Verletzung der menschlichen Grundrechte ist, daß es sogar in Südafrika selbst abgeschafft worden ist;
 - 1.6. die illegale Präsenz der südafrikanischen Streitkräfte in Namibia, die Zwangseinziehung von Namibern in die Streitkräfte

in Namibia, die Schaffung der sog. Südwestafrikanischen Gebietsstreitkräfte, durch die dem namibischen Volk ein Bürgerkrieg aufgezwungen wird, abzulehnen;

- 1.7. alle unterdrückenden und unmenschlichen Gesetze in Namibia zu verurteilen, insbesondere die Verordnungen 9 und 26 und das Terrorismusgesetz aus dem Jahr 1967.

Deshalb bekräftigen wir,

- 2.1. das unveräußerliche Recht des namibischen Volkes auf unverzügliche Selbstbestimmung und Unabhängigkeit;
- 2.2. die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität unseres Landes und unsere Verpflichtung auf ein Namibia und eine Nation;
- 2.3. den internationalen Status von Namibia und die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft;
- 2.4. daß die Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen der einzig friedliche, demokratische Weg zu einer international anerkannten Unabhängigkeit für Namibia ist.

Folglich verpflichten wir uns als einzelne und gemeinsam dazu,

- 3.1. die namibische Bevölkerung zu mobilisieren und problembewußt zu machen, damit sie sich dem Status quo widersetzt;
- 3.2. eine Kampagne konstruktiver Schritte durchzuführen, die auf die unverzügliche und bedingungslose Durchführung der Resolution 435 abzielt;
- 3.3. auf die Beseitigung der sog. Übergangsregierung und die Einrichtung einer international anerkannten und demokratisch gewählten Regierung hinzuwirken, die das namibische Volk wahrhaft vertritt;
- 3.4. die Kampagne gegen die Zwangseinziehung zum Militärdienst fortzusetzen.

Unterzeichnet von:

Kirchen: Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika (Rheinische Mission), Römisch-Katholische Kirche, Anglikanische Diözese von Namibia, Afrikanische Methodistische-Bischöfliche Kirche, Methodistische Kirche, Rat der Kirchen in Namibia, Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia (ELOC)

Politische Parteien: Damara-Rat, Mbanderu-Rat, Christlich-Demokratische Partei Namibias, NUDO Progressive Partei, Unabhängigkeitspartei Namibias, Südwestafrikanische National Union (SWANU), Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO)

Organisationen: Nationale Studentenorganisation von Namibia, Stimme der Frauen Namibias, Christlicher Verband junger Frauen

30. April 1986

(Quelle: Informationsbulletin der SWAPO, Bonn, Nr. 19, Mai 1986, S. 10-11)

Land erfüllen, indem sie ihre Aktionen verstärken, die öffentliche Weltmeinung mobilisieren und mit der SWAPO zusammenarbeiten, um die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu beschleunigen. Wir unterstützen den Rat der UNO für Namibia in seinen Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, die Erlangung von Freiheit und Unabhängigkeit von Namibia voranzubringen.

Wir wiederholen deshalb hier, daß an den Beschlüssen, die die Vollversammlung letztes Jahr über das Arbeitsprogramm des Rates gefaßt hat, nicht herumgedoktert werden darf. Der Rat muß eine aktive politische Rolle spielen, und es muß gesehen werden, daß er es tut, um weltweit das notwendige Klima für die sofortige und bedingungslose Anwendung der Resolutionen 385 (1976) und 435 (1978) des Sicherheitsrates zu schaffen. Am Jahresende 1985 hat mich das Zentralkomitee (der SWAPO) beauftragt, die Neujahrsansprache an die Nation, an die zu Hause und im Ausland, zu halten. Der Titel der Botschaft lautete: „1986 – Jahr der allgemeinen Mobilisierung und der entscheidenden Aktion für den endgültigen Sieg.“ Alle Sektoren der Bevölkerung wurden aufgerufen, ihre Reihen zu schließen und vereint zu handeln, um den entscheidenden und tödlichen Schlag gegen die Kräfte des Todes, der Zerstörung und der Dunkelheit, und besonders gegen Kolonialismus, unrechtmäßige Besatzung und Reaktion in unserem Vaterland zu führen. (...)

„Namibisierung“ des Krieges

Der Kirchenrat in Namibia berief am 29. April 1986 ein zweitägiges wichtiges Treffen in Windhoek ein, der Hauptstadt Namibias. Mehr als 60 kirchliche und politische Führer und Gemeindeaktivisten nahmen an dem Treffen teil, das im Angesicht der Drohungen des Botha-Regimes, Vergeltungsmaßnahmen gegen die Teilnehmer zu ergreifen, trotzig seine Beratungen fortsetzte. Die gemeinsame Grundlage des Treffens (siehe AI-GAMS-Erklärung; die Red.) wurde durch die Tatsache gegeben, daß die SWAPO und alle vertretenden Gruppen für die schnelle und bedingungslose Erfüllung der UN-Resolution 435 eintreten. (...)

Pretoria führt in Namibia einen Kolonialkrieg, der sich auf die massive Militarisierung des Landes und brutale Unterdrückung des Volkes stützt.

Die koloniale Besatzungsarmee rühmt sich, 100.000 Mann an Truppen und paramilitärischer Polizei zu haben. Zusätzliche Hilfseinheiten der Kolonialstreitkräfte bestehen aus einer Marionettenarmee, genannt Südwestafrikanische Territorialstreitmacht (SWATF), und einer Reihe von Söldnerelementen, Todes-

schwadronen, wie der berüchtigte Koevoet, und andere zweifelhafte „Friedensbringer“, die erfundene kulturelle und religiöse Botschaften umhertragen. Die Marionette SWATF ist ein Trojanisches Pferd, deren gegenwärtige Rolle darin besteht, in Pretorias derzeitiger Kampagne als Kanonenfutter zu dienen, den Konflikt zu „namibisieren“, für den die Rassisten selbst die Hauptverantwortlichen sind. Aber es gibt ein langfristiges Ziel für dieses Marionettenregiment. Sie ist nämlich ein Hilfsmittel für die zukünftige Destabilisierung eines unabhängigen Namibia. Die Verwendung für die UNITA in Angola, die RNM in Moçambique und andere reaktionäre Banden in Zimbabwe, Sambia und anderen Frontstaaten sind hinlänglich be-

kannt.

In den vergangenen Jahren haben die Rassisten von Pretoria zwei angeblich kulturelle Einheiten, Etango und Ewuza, jeweils in der nördlichen und der nordöstlichen Region des Landes gegründet. Ihre Aufgabe besteht in demselben zynischen Plan, die Herzen und Hirne der Bevölkerung zu gewinnen.

Totgeburt „Übergangsregierung“

Der Buhmann ist die SWAPO. Die Organisierungstechniken, die von den Rassisten in ihren Komplotten zur Desinformation und Indoktrinierung angewendet werden, kehren die üblichen Abschreckungstaktiken hervor. Mit ihnen

wird die SWAPO als ein Werkzeug angeblicher kommunistischer Expansion in der Region dargestellt. Und der SWAPO werden die Greuelthaten gegen unser eigenes Volk angelastet, die von Pretorias Gangstern und Mördern begangen wurden. Das sind einige der jüngsten Einrichtungen, die der uralten Philosophie des Teile und Herrsche dienen, wobei der ethnische Aspekt betont wird. (...)

In Namibia waren wir Zeuge des Kommens und Gehens von verschiedenen politischen Marionetten-Einrichtungen. Die jüngste von ihnen ist die totgeborene sog. Übergangsregierung der Nationalen Einheit, die am 17. Juni 1985 durch Botha selbst eingesetzt wurde. Alle diese Dinge sind miteinander verbunden. Sie

Erklärung der Brüsseler Namibia-Konferenz



Die Situation in Namibia ist extrem kritisch geworden und erfordert dringendes und entscheidendes internationales Handeln von Regierungen, Organisationen und der Öffentlichkeit.

Angesichts des vorangeschrittenen Kampfes des namibischen Volkes gegen die illegale Besetzung und für wahre Unabhängigkeit hat das rassistische Regime Südafrikas seine Repression verstärkt und die Greuelthaten seines Militärs vermehrt, während es gleichzeitig versucht, Scheininstitutionen zu fördern und die Aufmerksamkeit durch andere Manöver abzulenken. (...)

8 Jahre nach Annahme des Planes der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias widersetzt es sich weiterhin der Durchführung dieses Planes und sabotiert ihn. Es hat eine illegale Marionetten-„Verwaltung“ errichtet, die vom namibischen Volk vollständig abgelehnt wurde und von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurde. Dennoch ist es dabei, die „einseitige Unabhängigkeit“ zu erklären. Immer mehr benutzt es Namibia als Basis für seine Aggressionen gegen Angola und andere afrikanische Staaten. Und es hat die Unterstützung für die UNITA verstärkt, um Angola zu destabilisieren. (...)

Daher ist es unbedingt erforderlich, daß dringende und entscheidene Maßnahmen ergriffen werden, um zu helfen, die wahre Unabhängigkeit für Namibia zu erlangen, nicht nur um die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft von ihrer ersten Verpflichtung zu befreien, sondern auch um Frieden, Freiheit und Entwicklung in der gesamten Region zu sichern.

Dank des heroischen Kampfes des namibischen Volkes und der beispiellosen Mobilisierung des unterdrückten Volkes von Südafrika befindet sich das Apartheidregime heute in seiner schwersten Krise. In der internationalen Gemeinschaft gibt es heute mehr Unterstützung als je zuvor für Sanktionen gegen Südafrika und diese Möglichkeit sollte genutzt werden, um die sofortige Unabhängigkeit Namibias sicherzustellen.

Die Internationale Konferenz betont die direkte Verantwortung, die die Vereinten Nationen für das Gebiet und das Volk von Namibia übernommen haben. Sie verurteilt das „Junktim“, das von den USA eingeführt wurde sowie jede(s) andere Bedingung oder Manöver, mit denen die Unabhängigkeit Namibias verzögert wird.

Sie fordert den Sicherheitsrat auf, umfassende verbindliche Sanktionen gegen Süd-

afrika zu verhängen, um die Durchführung des Planes der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias sicherzustellen. Falls der Sicherheitsrat es nicht vermag zu handeln, und um den Mißbrauch des Vetos zu überwinden, fordert sie die Vollversammlung dringend auf, einen besonderen Aufruf zu Sanktionen anzunehmen und alle Regierungen und Organisationen und die öffentliche Meinung im allgemeinen zu bitten, Maßnahmen zu ergreifen, um die universelle Durchführung solcher Sanktionen sicherzustellen.

Sie appelliert an alle Regierungen und Organisationen – und vor allem die Europäische Gemeinschaft:

1. ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um die US-Administration zu überreden, ihre verheerende Politik zum Südlichen Afrika aufzugeben, vor allem, fortan jegliche Unterstützung für die UNITA und alle anderen subversiven und terroristischen Gruppen im Südlichen Afrika sowie auch das betrügerische Einverständnis mit dem Apartheidregime einzustellen. Die Lieferung von Stinger-Raketen und anderer militärischer Ausrüstung an die UNITA ist ein flagranter Bruch des verbindlichen Rüstungsembargos gegen Südafrika, ein feindseliger Akt gegen den afrikanischen Kontinent und stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar;
2. die Regierungen des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten sowie der Bundesrepublik Deutschland zu drängen, daß sie aufhören, effektive Maßnahmen der Vereinten Nationen zu blockieren, ihre Opposition gegen die weltweiten Forderungen nach Sanktionen gegen Südafrika zu beenden und bei ihrer Durchführung mitzuarbeiten;
3. gesetzliche und andere Maßnahmen zu ergreifen, um die Einbeziehung ihrer Staatsangehörigen in das südafrikanische Militär, die Polizei- und Sicherheitskräfte zu mißbilligen und zu verhindern. Denen, die sich der Einberufung und Rekrutierung widersetzen, sollte jede geeignete Unterstützung zuteil werden.

Sie sieht die öffentliche Meinung und das öffentliche Handeln in Westeuropa und Nordamerika als besonders bedeutend an und begrüßt die Kampagnen zur Unterstützung der Befreiung im Südlichen Afrika. Sie fordert zu verstärkten Aktionen zur Unterstützung der SWAPO und der Unabhängigkeit Namibias auf. (...)

bilden nicht zueinander passende Flickenteppiche eines unhaltbaren Vorhanges, den das Botha-Regime versucht zusammenzuschustern, in einem vergeblichen Versuch einer unvermeidlichen Niederlage zuvorzukommen. (...)

Wir sind die Opfer einer langen Kette europäischer Gewalt und Ungerechtigkeiten. Es ist unser Land, für dessen Befreiung wir kämpfen. Die Opfer, die wir bringen, sind nicht vergebens. Wir haben eine lichte Zukunft vor uns.

Namibia ist ein rohstoffreiches Land. Durch harte Arbeit, Zusammenarbeit und Selbständigkeit sind wir uns einer lichtereren Zukunft sicher, einer sicheren Zukunft, in der alle Namibier, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft, Rasse, ihres Glaubensbekenntnisses oder ihrer gesellschaftlichen Stellung in der Lage sein werden, einen Beitrag für das Wohlergehen aller, geschützt durch das Gesetz, zu leisten.

Das ist es, warum die tapferen Männer und Frauen der Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN) den feindlichen Streitkräften auf dem Schlachtfeld gegenüberstehen, um sicherzustellen, daß unser Land nie wieder eine Kolonie irgendeiner Macht wird. Die Siege, die sie über den Feind erringen, und die Verluste, die den Rassisten zugefügt werden, dienen dazu, die Massen unseres Volkes

zu begeistern, den heldenhaften anticolonialen Kampf beharrlich bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen.

Wir wollen nicht von den Feinden Afrikas und den Mördern unseres Volkes als Sündenbock für die zynischen und feindlichen Absichten benutzt werden, die auf die Untergrabung Angolas Unabhängigkeit und Sicherheit gerichtet sind. Das ist es, warum wir leidenschaftlich die Verknüpfungs-Vorbedingung der Reagan-Administration verurteilen und zurückweisen.

Angola ist nicht das Problem

Angola unterstützt unseren Kampf in allen seinen unterschiedlichen Formen. Angola ist nicht das Problem. Namibia ist ebenfalls kein Problem. Wir wollen Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Die Namibiafrage ist eine Frage der Entkolonialisierung, ohne die Einführung äußerer und belangloser Probleme.

Die Rechtmäßigkeit unseres Kampfes und die Lauterkeit unserer Bewegung werden niemals Gegenstand eines Kompromisses werden. Unsere Unabhängigkeit kann nicht als Geißel der weltweiten strategischen und ideologischen Bestrebungen Washingtons dienen.

Unschuldige angolische Menschen

werden getötet und ihr Land wird zerstört aus dem einfachen Grund, weil sie sich weigern, Reagans Diktate zu beachten, die von ihnen verlangen, sich zu ergeben und einen neokolonialen Status anzunehmen.

Die SWAPO unterstützt von ganzem Herzen den politischen Standpunkt, den die angolische Regierung im Hinblick darauf bezieht, zur Erfüllung der Resolution 435 und in Zusammenarbeit mit der brüderlichen Regierung von Kuba, zur Erleichterung einer freundschaftlichen Lösung der Frage des schrittweisen Abzugs des kubanischen Militärkontingents aus Angola beizutragen.

Die Reagan-Administration, die die zerstörerischste und haßerfüllteste Politik, das berüchtigte konstruktive Engagement, im Südlichen Afrika eingeführt hat, indem sie diese Pro-Apartheid-Politik mit der Forderung nach einer Verknüpfung Namibias mit der Anwesenheit kubanischer Streitkräfte in Angola verfolgt, hat uns in der Region eine weitere Ungerechtigkeit mit der Umarmung des Verräters und Lakaien des Imperialismus und der Apartheid, dieses Jonas Savimbi als Freiheitskämpfer zugefügt.

Er wird mit großzügiger finanzieller und militärischer Hilfe versorgt, darunter mit tödlichen Stinger-Raketen. Es ist jetzt für jedermann offensichtlich, daß die Reagan-Administration sich offen dazu entschlossen hat, mit Pretoria zu kollaborieren in einer vereinten Anstrengung, die rechtmäßige Regierung der MPLA-Partei der Arbeit in Luanda zu stürzen und die Unabhängigkeit Namibias ins Unendliche zu verzögern. Das muß angeprangert und verurteilt werden.

Im Jahr 1986 finden mehrere Jahrestage statt, von denen ich zwei herausheben möchte. Der eine ist der 20. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes durch den militärischen Flügel der SWAPO, der Volksbefreiungsbewegung Namibias (PLAN), am 26. August 1966.

Die SWAPO ist da, um zu bleiben. Unsere Kämpfer haben dem Feind als Männer auf dem Schlachtfeld gegenübergestanden. Es gibt nun ein militärisches Patt. Die Zeit und die Umstände sind auf unserer Seite. Wir können nicht verlieren. Der Sieg ist unser.

Das andere Ereignis ist der 20. Jahrestag der Beendigung des Mandats des rassistischen Südafrika über Namibia durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen. Im Juli dieses Jahres wird der UN-Rat für Namibia eine größere internationale Konferenz über Namibia (in Wien; d. Red.) in Verbindung mit diesem wichtigen Jahrestag abhalten. Unsere Freunde und Unterstützer sollten helfen, diese Initiative publik zu machen und zu unterstützen. (...)



UNIMOG-Umrüstung für die SWAPO

Dieses Jahr wird zum zweiten Mal ein Unimog der Firma Daimler Benz, der mittlerweile als Standard-Fahrzeug der Armee des Apartheidstaates gilt, zu einer mobilen Klinik für die namibische Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) umgerüstet.

Am Bankenaktionstag am 16. Mai d.J. in Köln startete der Unimog seine Informationsrundreise durch die Bundesrepublik. Stationen waren und werden u.a. größere Festivals, Kongresse, internationale Workshops und der Ju-

gendempfang des Bundespräsidenten sein.

Auf der Informationsrundreise ist der Unimog mit einer mobilen Ausstellung, Info-Material, Filmen und Diaserien ausgestattet. Den Abschluß der Rundreise wird der Katholikentag in Aachen vom 10.-14. September 1986 sein. Anschließend wird der Unimog endgültig umgebaut und in das SWAPO-Flüchtlingslager in Cuanza Sul/Angola, in dem mehr als 50.000 Menschen leben, geschickt.

Kontakt: Aktion Umrüstung II, Blücherstr. 14, 5300 Bonn; Tel. 0228-222835

Interview mit Sergio Ramirez

„Wir wollen die Demilitarisierung der Region“



Sergio Ramirez (l.); die Sandinistas können nach wie vor auf die Unterstützung der Mehrheit zählen

Der Zeitpunkt, den die Contadora-Staaten (Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela) den mittelamerikanischen Ländern (Nikaragua, Guatemala, Honduras, El Salvador und Kostarika) gesetzt hatten, um eine Friedensakte zu unterzeichnen, ist am 6. Juni d.J. ergebnislos verstrichen. Die Außenminister der Staaten sowie der sog. Unterstützergruppe (Brasilien, Argentinien, Peru und Uruguay) beschlossen jedoch bei einem Treffen in Panama-Stadt (6.-8. Juni 1986) die Verhandlungen fortzusetzen.

Grund für das Scheitern der Gespräche ist vor allem die Weigerung der USA, die Hilfe an die Contras vor der Unterzeichnung des Vertrages einzustellen sowie ihre Versuche, das ganze Vertragswerk zu torpedieren. Denn es sieht den Abzug aller Militärberater und ausländischen Truppen aus der Region vor. Angesichts der Bedrohung durch die USA ist Nicaragua nicht bereit, bei Defensivwaffen abzurüsten, wie es der Vertrag in seiner jetzigen Form vorsieht, und hat einen Abrüstungsvorschlag für alle offensiven Waffen unterbreitet.

Bei einem Besuch in Spanien hatte Sergio Ramirez, der Vizepräsident Nicaraguas, am 28. Mai d.J. die Bereitschaft seines Landes erklärt, das Vertragswerk am 6. Juni zu unterzeichnen, wenn die anderen Staaten einem Demilitarisierungsvorschlag Nicaraguas zustimmen würden. Sollte es nicht dazu kommen, würde Nicaragua auch weiterhin für den Frieden arbeiten. Im folgenden Interview, das er während seines Spanienaufenthaltes gab, erläutert Ramirez die Haltung seiner Regierung zu den Friedensgesprächen und zur Interventionspolitik der US-Regierung.

FRAGE: Was ist der politische Zweck des Vorschlags zur Verminderung der Offensivwaffen, den Nicaragua beim kürzlichen Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten in Esquipulas (Guatemala, 24./25.5.1986; d. Red.) vorgelegt hat?

S. RAMIREZ: Wir glauben, daß wir heute näher daran sind als je, ein Friedensabkommen in Mittelamerika zustandezubringen.

Es gibt Übereinstimmung in den politi-

schen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten. Es bleibt so nur der militärische Aspekt. Deshalb haben wir einen konkreten Vorschlag vorgelegt, der gerade vom Technischen Komitee der Contadora-Gruppe in Panama diskutiert wird.

Was wir vorschlagen, ist im wesentlichen das absolute Verbot von ausländischen Stützpunkten, Militärberatern und ausländischen Militärmanövern in Mittelamerika. Dazu eine Begrenzung, eine

Verminderung oder ein Verbot aller Offensivwaffen in der Region. Das bedeutet, daß wir vorschlagen, das Gebiet zu entmilitarisieren.

Die einzige von uns gesetzte Bedingung ist, daß es keinem Land verwehrt werden soll, sein eigenes Verteidigungssystem zu haben, weil das den Verlust unserer militärischen Fähigkeit zur Abwehr einer ausländischen Aggression bedeuten würde.

FRAGE: Und meinen Sie, daß die USA bereit sein werden, ihre Stützpunkte und ihre Militärberater aus der Zone zurückzunehmen?

R. RAMIREZ: Wir glauben, daß die USA zu so etwas nicht bereit sein können, weil es gegen ihre Interessen in der Zone geht. Wir wissen, daß es ohne den Willen Nordamerikas, der sich auf seine Verbündeten in der Region auswirkt, sehr schwer ist, diesen Prozeß voranzubringen.

Jetzt, wo die nordamerikanische Administration sieht, daß eine konkrete Möglichkeit besteht, daß die mittelamerikanischen Länder am 6. Juni ein gemeinsames Abkommen unterschreiben, da ist ihre Antwort darauf das vom Pentagon erstellte Dokument, das besagt, daß den USA keine andere Alternative bleiben wird, als in Nicaragua einzumarschieren, wenn das Protokoll un-

terzeichnet wird.

Hier haben die Verhandlungen ihre Grenzen. Aber auch so sind wir zum Unterschreiben bereit.

FRAGE: Was für konkrete Hinweise haben Sie für Ihre Behauptung, daß die USA vorhaben, in Nicaragua einzumarschieren?

S. RAMIREZ: Nachdem das vom Pentagon erstellte Dokument bekanntgeworden war, gab der Staatsminister im Auswärtigen Amt der BRD, Jürgen Möllemann, eine sehr dramatische Erklärung ab, in der er bestätigte, daß Vorbereitungen für eine Invasion in Nicaragua im Gange seien.

Das war für uns eine sehr wichtige Bestätigung und ein Alarmzeichen, zumal es von einer Regierung ausgeht, die nicht unser politischer Bundesgenosse, sondern vielmehr einer der USA ist. Diese Art von Warnungen enthüllt die Dramatik der Situation.

Wir glauben, daß die USA nicht bereit sind, sich militärisch aus der mittelamerikanischen Region zurückzuziehen. Wenn das Abkommen unterzeichnet wird, wird der Reagan-Administration keine andere Alternative bleiben, als das Kräftegleichgewicht in der Region wiederherzustellen, indem sie versucht, das sandinistische Regime zu beseitigen.

FRAGE: Unterhält Nicaragua irgendwelche militärischen Beistandsverträge mit anderen Ländern für den Fall, daß die USA beschließen, in das Land einzumarschieren?

S. RAMIREZ: Wir unterhalten keinerlei Vertrag dieser Art, weder öffentlich noch geheim, mit irgendeinem sozialistischen Land. Die UdSSR liefert uns Kriegsmaterial, und Kuba hat uns Militärberater gestellt.

Aber wenn sie bei uns einmarschieren, werden wir Nicaraguaner selbst es sein, die uns verteidigen werden, mit dem, was wir zur Hand haben... Und ich garantiere Ihnen, wir werden siegen.

Es gibt keine ausländische Armee, die imstande wäre, Nicaragua so zu verteidigen, wie wir es können.

FRAGE: Wie sieht das sandinistische Regime die Versuche zum Zusammenschluß der Contra und die Möglichkeiten, daß der nordamerikanische Kongreß Mittel für eine bessere militärische Ausrüstung der Antisandinisten bewilligen könnte?

S. RAMIREZ: Zunächst ist dazu zu sagen, daß wir die Contra in eine Situation der militärstrategischen Niederlage gebracht haben.

In Nicaragua haben sie keine militärischen Chancen, auch wenn sie noch so viel Nachschub aus den USA bekommen. Als politische oder militärische Kraft hat die Contra in Nicaragua keine Siegchancen mehr. Ihre Aktionen beschrän-

ken sich jetzt auf schiere Terrorakte, wie die Verminung eines Landwegs einer war, wo diese Woche ein spanischer Helfer starb.

Dieser Vorgang der militärischen Niederlage ist es, der den CIA nötigt, die diversen Contra-Führer zu einer Beilegung ihrer Zwistigkeiten zu drängen. Mehr als je kann es sich erweisen, daß die Konterrevolution ein organischer Wurmfortsatz des CIA ist, und daß sie deswegen für uns kein politischer Gegenspieler ist.

FRAGE: Wenn sich manche Führer der Contra, wie Edén Pastora oder Arturo Cruz, entscheiden würden, nach Nicaragua zurückzukehren und sich der politischen Opposition anzuschließen, könnten sie es tun?

R. RAMIREZ: In Nicaragua besteht eine umfassende Amnestie für jegliche Person, die sich wiedereingliedern möchte, auch wenn sie an bewaffneten Aktionen gegen das sandinistische Regime beteiligt war.

Das gilt für Pastora, für Cruz, für jeden anderen. Es gibt keine Ausnahmen. Was Edén Pastora angeht, glaube ich, sein Hauptproblem war, daß er mit dem CIA nicht zurechtkommen und sich in seine Pläne nicht einfügen konnte.

Dann hat er eingesehen, daß es gegen das sandinistische Regime keine militärische Chance gibt. Und das hat ihn dazu gebracht, die Waffen zu strecken. (Er hat inzwischen politisches Asyl in Kostarika erhalten; d. Red.)

FRAGE: Wie würde sich ein Frieden in

Mittelamerika im Innern Nikaraguas auswirken?

S. RAMIREZ: Den Frieden haben wir nötig, um unsere Wirtschaft wiederaufzubauen.

Es gilt, daran zu denken, daß Nicaragua ein armes Land ist, daß es zudem jahrzehntelang durch eine ungerechte Wirtschaftsstruktur und durch ausländische Plünderer ausgepreßt worden ist. Außerdem ist das Land in den letzten Jahren des Kampfes gegen Somoza noch ärmer geworden, weil der Produktionsapparat gelähmt worden ist.

Und schließlich, kaum daß wir die Macht übernommen hatten, waren wir konfrontiert mit den Kosten einer ausländischen Aggression in Gestalt der von den USA finanzierten Konterrevolution, der von den USA betriebenen Wirtschafts- und Handelsblockade, der Verminung von Häfen und des fast vollständigen Mangels an Krediten von internationalen Finanzorganisationen. Von allen internationalen Kreditinstituten wird Nicaragua dieses Jahr aufgrund des direkten Drucks der USA nur 5 Mio Dollar bekommen. Das Ende der Kriegssituation würde uns endlich eine wirtschaftliche Wiederherstellung gestatten. Und es würde uns auch gestatten, einige der Freiheitsbeschränkungen abzubauen, wie die Pressezensur oder den Ausnahmezustand, die wir solange beizubehalten gezwungen sind, wie die Invasionsgefahr besteht. (...)

(Quelle: El Pais, Madrid, 29.5.1986)

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 95/Mai 1986

Schwerpunktthema: Exil. Es enthält Beiträge zur Entwicklung der Asylgesetzgebung, ein Interview mit einem exilierten Argentinier zu seinen Erfahrungen in der BRD, einen Diskussionsbeitrag zur Reserviertheit der Solibewegung gegenüber der Ausländerarbeit, sowie zwei Beiträge über das deutsche Exil in Lateinamerika zwischen 1933 und 1945 ● Weitere Beiträge: Uruguay-Bilanz ● Landbesetzungen in Brasilien ● Situation der Indianer im peruanischen Regenwald ● Leben und Werk des marxistischen Theoretikers José Carlos Mariátegui ● Frauenfriedensmarsch in Mittelamerika
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 133/Mai 1986

Schwerpunkt des Hefes sind „Alte/neue Wege in der Landwirtschaft“. Anhand von zwei Fallbeispielen aus Äthiopien und Mexiko wird das Thema dargestellt. Die neue EG-Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt und die EG-Nahrungsmittelhilfe wird in zwei weiteren Artikeln beleuchtet. Daneben gibt es aktuelle Berichte zu Südjemen, Peru und Argentinien sowie ein ausführlicher Beitrag zu den BRD-Ausfuhrbürgschaften.
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 50 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 148/Mai 1986

Im Rahmen seiner Menschenrechtskampagne hat CDU-General Geißler seine Aufmerksamkeit auch Chile zugewandt. Seine Dokumentation zum Thema erweist sich jedoch als tendenziöse und schlampige Arbeit. Die CDU bleibt weiterhin hinter den Vorstellungen ihrer chilenischen Schwesterpartei zurück ● Außerdem Beiträge zu: Kolumbien ● Nicaragua ● Brasilien ● Argentinien ● Honduras ● Kritische Solidarität
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 103-104/April 1986

Schwerpunktthema: „Kein Che ist nicht in unserer Mitte“ – Geschichte, Gegenwart und Perspektiven von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Arbeit in der Bundesrepublik; Vorbereitungsmaterialien des 10. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen mit Beiträgen zu: Internationalismus in der Adenauer Ära – Algerien-solidarität ● Große Koalition, Studentenbewegung und Vietnam-Soli-Arbeit ● Sozial-Liberale Koalition und die Solidaritätsarbeit zu Chile, den portugiesischen Kolonien, Zimbabwe und Südafrika ● Die Ära Schmidt, die Alternativbewegung und die Internationalismusarbeit ● Internationalismusverständnis ● Entwicklungspolitische Aktionsgruppen ● Solidaritätsbewegung auf der Suche nach der eigenen Revolution ● Frauen und Internationalismusarbeit ● Ländersolidarität oder inhaltliche Kampagnen ● Aktionsformen in der entwicklungspolitischen Arbeit ● Solidaritätsarbeit mit Asylsuchenden ● Entwicklungspolitische Zeitschriften ● Nationale Befreiung und Kultur
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: IG 3. Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21



Protest vor dem Capitol gegen die Bewilligung von 100 Mio Dollar für die Contra

Helmut Frenz Was belegt der amnesty-Bericht wirklich?

Die Menschenrechtskampagne gegen Nicaragua hat in den letzten Monaten auch bei vielen Freunden der nikaraguanischen Revolution Unsicherheit hervorgerufen. Grund dafür sind nicht einmal so sehr die Horrormeldungen von CDU-Generalsekretär Geißler oder von dem Ex-SPD-Mitglied Kriele, sondern mehr noch Äußerungen von Personen, die Nicaragua eher positiv gegenüberstehen oder -standen (siehe AIB 4/1986).

Dazu gehörte die Kritik des SPD-Schatzmeisters Hans-Jürgen Wischniewski, der noch im Februar d.J. erklärte, er könne „keine positive Entwicklung hin zur Demokratie“ feststellen. Im Mai d.J. überraschte er jedoch mit der Meinung, daß die Lage jetzt hoffnungsvoller sei. Die Sandinistas suchten den Dialog mit der außerparlamentarischen Opposition sowie der Kirche und würden eine breite Übereinstimmung bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung anstreben. Die nikaraguanische Regierung habe die Kritik der Sozialistischen Internationale ernstgenommen.

Daß die sandinistische Regierung sich allerdings eher aus eigenem Antrieb um die Einhaltung der Menschenrechte bemüht, davon legte im Februar d.J. ein Bericht von amnesty international (ai) Zeugnis ab. Die Tatsache, daß in dem Bericht einzelne Verletzungen von individuellen Menschenrechten aufgeführt wurden, nahmen die Macher der antikaraguanischen Kampagne jedoch zum Anlaß, ihn für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Der ehemalige ai-Generalsekretär Helmut Frenz setzt sich mit diesen Instrumentalisierungsversuchen auseinander.

Das Trommelfeuer gegen die sandinistische Regierung von Nicaragua hält an und scheint von Monat zu Monat verstärkt zu werden.

Präsident Reagan fordert vom Parlament 100 Mio Dollar, um mit Hilfe von Söldnern die demokratisch gewählte Regierung von Nicaragua zu stürzen. Zur Rechtfertigung dieses von der US-Regierung vom Zaune gebrochenen Krieges wird parallel dazu ein Propagandafeldzug geführt, indem vor allen Dingen die Frage nach der Respektierung der Menschenrechte in Nicaragua im Sinne einer kalten Kriegsführung instrumentalisiert wird. (...)

Nun scheint ... auch amnesty international zu einem Bündnispartner der US-Regierung umfunktioniert zu werden, indem ein von der Menschenrechtsorganisation herausgegebener Bericht über Nicaragua in der Art und Weise, wie er in den Medien der Bundesrepublik zitiert worden ist, in das Horn der Antikommunisten zu stoßen scheint.

Da amnesty international (ai) grundsätzlich stets nur die negativen Aspekte von Regierungsverantwortung hinsichtlich der Menschenrechte in einem Land herausstellt, können solche Berichte allzu leicht im politisch-ideologischen Streit zu einer Waffe instrumentalisiert werden, die in den Händen einer kriegführenden Regierung ausschließlich dazu dienen muß, die eigenen kriegerischen Handlungen zu rechtfertigen und dem Gegner alle Schuld an den Spannungen zuzuschreiben. Ich halte es deshalb für angemessen und notwendig, den amnesty-Bericht über Nicaragua zu analysieren und die darin erhobenen Fakten

deutlich herauszustellen, um so einer mißbräuchlichen Instrumentalisierung vorzubeugen.

Der ai-Bericht vom Februar 1986 ist ein erster umfassender Bericht über die Menschenrechtssituation in Nicaragua seit dem Sturz des Diktators Somoza im Juli 1979. Amnesty international hat auf Einladung der Regierung von Nicaragua insgesamt fünf Untersuchungs-



sionen nach Nicaragua entsandt; die erste bereits im August 1979 — also schon wenige Wochen nach dem Sturz des Diktators; es folgten die vom Januar und August 1980 bis hin zur letzten Untersuchung 1985.

Die von amnesty international erhobenen Fakten konnten mit Regierungsvertretern in Nicaragua im Geist guter Zusammenarbeit erörtert werden. Die Ergebnisse stimmen weitgehend überein mit denen anderer seriöser Menschenrechtsorganisationen wie der Internationalen Juristenkommission, America's Watch, Weltrat der Kirchen, Washington Office for Latin America usw. ...

Der Rückblick auf die vergangenen Jahre der sandinistischen Regierung verdeutlicht eine Linie mit unbestreitbar positiver Tendenz hinsichtlich der Respektierung der Menschenrechte. Es wird also darauf ankommen, sehr detailliert und differenziert die Entwicklung der Menschenrechte in Nicaragua zu beschreiben und nicht etwa, wie es sehr häufig in den Medien geschehen ist, die Menschenrechtsverletzungen seit 1979 zu summieren und als das Ergebnis des aktuellen Ist-Zustandes hinzustellen.

Um solchem Mißbrauch zu wehren, stellt der Bericht sehr knapp den gegenwärtigen Stand der Menschenrechtsproblematik in Nicaragua dar. Es heißt am Anfang dieses Berichtes:

„Zu den Anliegen von amnesty international in Nicaragua gehören die Inhaftierung von gewaltlosen politischen Gefangenen, hauptsächlich Gewerkschafter und Parteipolitiker, unfaire Gerichtsverfahren für politische Gefangene sowie incomunicado-Haft (ohne Verbindung zur Außenwelt) von politischen Gefangenen, bevor sie Gerichten vorgeführt werden. Darüber hinaus war die Organisation über einige Berichte von Mißhandlungen oder Folterungen, willkürlichen Tötungen und unbefristeten Inhaftierungen in abgelegenen Gebieten im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten durch die Streitkräfte der Regierung besorgt. Fast alle derartigen Berichte führten zu öffentlichen Gerichtsverfahren und zur Verurteilung der dafür verantwortlichen Militärangehörigen.“

Sofort im hierauf folgenden Absatz stellt amnesty international ihre Erkenntnisse zu den oppositionellen Streitkräften heraus, die von der Regierung in Managua „Konterrevolutionäre“ und von Präsident Reagan „Freiheitskämpfer“ genannt werden:

„Seit 1981 ist amnesty international auch besorgt über häufige Berichte darüber, daß Gefangene von irregulären Streitkräften, die in Opposition zur Regierung stehen, gefoltert, verstümmelt und im Stil von Hinrichtungen ermordet werden. Kräfte, die für dieses durchgängige Muster solcher Übergriffe verantwortlich gemacht werden, sollen die FDN (fuerza democratica nicaraguense) sein, die seit 1982 in einer geschätzten Stärke von 10 000 Mann von festen Militärstützpunkten im benachbarten Honduras aus operieren. Zu diesen Kräften werden auch die weitgehend aus Indianern gebildeten Einheiten MISURA gerechnet, die ihre Ausgangsbasis in dem honduranischen Ort Rus Rus haben. Einige Tötungen von Gefangenen werden der in Kostarika stationierten Opposition ARDE (alianza revolucionaria democratica) zugeschrieben.“ (ai-Bericht Seite 1).

Mit diesen Sätzen werden im amnesty-Report die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua holzschnittartig umschrieben.

Von der sandinistischen Regierung in Managua wird ausdrücklich betont, daß „fast alle derartigen Berichte zu öffentlichen Gerichtsverfahren und zur Verurteilung der dafür verantwortlichen Militärangehörigen führten“. Amnesty international bescheinigt ausdrücklich der Regierung von Nicaragua ein ernsthaft-

Erpressungsversuche!

Geiselnahme bundesdeutscher Brigadisten



Nach 24 Tagen Geiselnhaft: Pressekonferenz der acht Brigadisten in Managua

Mit Ruhe und Gelassenheit scheint man sich neuerdings in Bonn mit dem Problem des internationalen Terrorismus auseinanderzusetzen.

Hatte man sich noch auf dem „Welt“wirtschaftsgipfel zu Maßnahmen „gegenüber jedem Staat“ verpflichtet, „der offenkundig an der Finanzierung und Unterstützung des internationalen Terrorismus beteiligt ist“ (darunter Verbot von Waffenlieferungen und Maßnahmen gegen diplomatische Vertretungen) so schienen diese Worte angesichts der Entführung von acht Bundesbürgern am 17. Mai d.J. in Nicaragua durch die Contras nur noch das Papier wert zu sein, auf dem sie stehen. Weder wurde auf die Washingtoner Hintermänner und Finanziere der Contras verwiesen, noch wurden US-Diplomaten nach Hause geschickt.

Bonner Zurückhaltung

Die Zurückhaltung der Bundesregierung und der Koalitionsparteien in der Frage der Geiselnahme wird jedoch verständlich, wenn man weiß, daß sie die US-Interventionspolitik gegen Nicaragua nicht nur dulden, sondern auch über weite Strecken offen unterstützen. Dazu gehört nicht nur die Streichung der Entwicklungshilfe an Nicaragua, die CDU-Menschenrechtskampagne und die Unterstützung der Rechtsopposition durch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS).

Auf eine direkte Unterstützung der Contras lassen vielmehr Berichte der Washington Post über die Finanzierung der ARDE-Contra durch die KAS, und die Pläne der Geiselnahmer, in der BRD ein Büro zu eröffnen, schließen. Darauf verweist ferner die Tatsache, daß die Contras, die die Brigadisten entführten, u.a. mit bundesdeutschen Waffen der Firma Heckler & Koch ausgerüstet waren.

Vor diesem Hintergrund war es nicht weiter verwunderlich, daß eine Verurteilung und Maßnahmen gegen die Contras und ihre Unterstützer ausblieben. In der Rechtsprelle und in Kreisen der Bundesregierung wurde vielmehr der Versuch unternommen, den schwarzen Peter der nikaraguanischen Regierung und den Geiseln zuzuschieben.

Da wurde den Brigadisten vorgeworfen sie seien Extremisten, die ein diktatorisches Regime unterstützen und ihnen praktisch die Schuld für die Entführung selbst zugeschoben. Denn sie hätten ja Partei für die Revolu-

tion ergriffen und gewußt, daß sie in einem Contra-Gebiet arbeiten.

Stellungnahmen der Geiselnahmer wurden selten in Zweifel gezogen, Begierig wurden die Behauptungen der Reagan-Administration und der Contras aufgegriffen, die sandinistische Armee hätte eine vorzeitige Freilassung der Entführten durch Nichteinhaltung eines vereinbarten Waffenstillstands verhindert. Die Welt verstieg sich gar zu der Behauptung, die Brigadisten wären bewaffnet gewesen, ohne anzumerken, daß diese Meldung von den Contras stammte. Es wurde unterstellt, die nikaraguanische Regierung hätte ein Interesse daran gehabt, daß die Entführten umgebracht würden. Schließlich wurde gefordert, die bundesdeutschen Internationalisten, die die Bonner Botschaft in Managua besetzten – weil diese angesichts der Entführung untätig blieb – strafrechtlich zu verfolgen, eine Absicht, die die Bundesregierung ebenfalls in Erwägung gezogen hat. Die Ziele, die mit dieser Kampagne und von der Bundesregierung verfolgt wurden, passen durchaus ins Konzept der Contras. Diesen ging es bei der Entführung vor allem um die eigene Aufwertung, die u.a. durch Verhandlungen mit ausländischen Regierungen und durch direkte Kontakte mit der sandinistischen Regierung erreicht werden sollte.

Aufwertung der Contras

Ihr Ziel ist es zudem, die Unterstützung Nicaraguas durch ausländische Internationalisten zu beenden. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, daß möglichst viele von ihnen ermordet oder entführt werden. Allein seit März d.J. wurden ein Schweizer, ein Spanier und ein Belgier ermordet. Damit sollen andere Internationalisten davon abgeschreckt werden, nach Nicaragua zu kommen, und die Regierungen in den Heimatländern veranlaßt werden, ihnen die Reise dorthin zu verbieten.

Daß die Contras ihre Geiseln dann am 11. Juni d.J. doch noch freiließen, ohne daß ihnen Zugeständnisse von seiten der Sandinisten gemacht wurden, ist vor allem auf den wachsenden Druck zurückzuführen, dem die Bundesregierung durch die Solidaritätsbewegung, Grünen und SPD ausgesetzt war. Der Freilassungsbefehl aus Washington hat Kohl und Genscher aus ihrem Dilemma, für die Freilassung der Entführten eintreten zu müssen, ohne die Drahtzieher im Weißen Haus zu kritisieren, erlöst.

N. Biver

tes Bemühen zur Einhaltung der Menschenrechte. Von den Contras kann solches nicht gesagt werden, da bisher kein einziger Fall von Strafverfahren gegen die folternden, verstümmelnden und mordenden Contras bekannt geworden ist.

Im Jahresbericht 1985 von amnesty international wird ergänzend zu dem speziellen Report über Nicaragua die folgende Ausführung gemacht:

„amnesty international gingen selten Berichte über physische Folterungen in städtischen Haftzentren zu. Allerdings erfuhr die Organisation von Vorwürfen in bezug auf Folter, unbestätigte Haft und willkürliche Tötungen Ende 1983 durch die Armee in der Gegend von Pantasma im Departement Jinotega, nachdem die aus Honduras operierende FDN dort eine Reihe von Angriffen verübt hatte. Im Januar 1984 wurde ein Sonderstaatsanwalt ernannt, der diese Berichte untersuchen sollte. 41 Militärangehörige wurden inhaftiert. In einem vielbeachteten Militärgerichtsverfahren wurde der Militärkommandeur der Region im März wegen Mordes in zwei Fällen und wegen Folter an vier Gefangenen zu 24 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. 12 ungeratene Militärangehörige erhielten Haftstrafen bis zu 14 Jahren.“ (Seite 235/236)

Nach dieser einleitenden Zusammenfassung zum gegenwärtigen Stand der Menschenrechte in Nicaragua beschreibt amnesty international nun auch den mühsamen Weg der vergangenen Jahre, den die Regierung in Managua durch Irrtümer und Fehler hindurch gegangen ist, bis sie ihre Fehler einsah, die Irrtümer korrigierte und geschehenes Unrecht wieder gutmachen konnte.

In Kapitel 2 wird dieser Weg beschrieben:

a) Unmittelbar nach dem Fall des Diktators wird die alte Verfassung außer Kraft gesetzt. Bis zur Verkündung einer neuen werden zwei grundlegende Statuten eingesetzt. Das Grundstatut (Estatuto Fundamental) und das Statut über die Rechte und Garantien der Nicaraguaner (Estatuto sobre Derechos y Garantías de los Nicaragüenses). Noch im Jahre 1979 tritt Nicaragua den internationalen Pakten zum Schutz von Menschenrechten bei.

In dieser ersten Periode der sandinistischen Regierung gilt amnesty internationalen Haupt Sorge den Gerichtsverfahren von ca. fünftausenddreihundert Gefangenen, die größtenteils dem Somoza-Clan bzw. der somozistischen Nationalgarde angehörten. Zur Verurteilung dieser Gefangenen wurden damals Sondergerichte eingesetzt. Im Jahre 1980 hat amnesty international zwei Untersuchungen in Nicaragua durchgeführt und hat dabei insbesondere die Verfahren der Sondergerichte beobachtet. Die Organisation gelangte zu der Überzeugung, daß diese Gerichtsverfahren nicht den internationalen Standards für ein faires Gerichtsverfahren entsprachen, und forderte 1981 die Regierung auf, ihre Urteile zu überprüfen. Zu diesem Zeitraum 1979/1980 stellt der Bericht ausdrücklich fest:

„amnesty international befand, daß es zu diesem Zeitpunkt keine Berichte mehr über Tötungen aus Rache gab, und daß die Zentralregierung Maßnahmen getroffen habe, um Übergriffe von seiten der Revolutionskräfte zu verhindern bzw. zu bestrafen. Folter und Todesstrafe wurden abgeschafft. (...)

b) Am 19. Februar 1981 werden von der Regierung die Sondergerichte aufgelöst. Sie hatten bis dahin 4.331 Personen von insgesamt mehr als 6.000 Gefangenen verurteilt. Obgleich amnesty international unter den Verurteilten keine gewaltlosen politischen Gefangenen ausmachen konnte, forderte sie erneut die Überprüfung aller von Sondergerichten gefällten Urteile, um auf diese Weise mögliches Unrecht zu korrigieren.

Die Regierung in Managua antwortete amnesty international mit dem Hinweis auf ein Amnestiegesetz, das am 2. November 1981 auch tatsächlich in Kraft getreten ist. Hierzu stellt der Bericht von amnesty international fest:

„Obgleich das Amnestiegesetz Hunderten von Sondergerichten verurteilten Gefangenen die Freilassung brachte, wurde es doch nicht systematisch angewendet, um so mögliches Unrecht zu korrigieren.“

c) Im Jahre 1982 entbrannte dann in voller Schärfe der von der sandinistischen Regierung nicht gewollte Krieg und brachte einen Tiefstand der Menschenrechtssituation mit sich. Dieser durch die USA unterstützte Krieg begann zunächst in dem Gebiet der Atlantikküste. Die ersten Opfer waren Teilnehmer der landesweit durchgeführten Alphabetisierungskampagne.

Die Regierung entsandte Truppen in das Gebiet. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es im Zusammenhang mit diesem Krieg zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Ungefähr 200 Miskitos wurden verhaftet. Die meisten von ihnen wurden für einen Monat in incommunicado-Haft gehalten. Von einigen Gefangenen wird berichtet, daß sie nach ihrer Verhaftung durch „Schläge, Tritte und Todesdrohungen“ mißhandelt worden seien. Die meisten von ihnen wurden in Schnellverfahren verurteilt. Ihre Einsprüche vor höheren Gerichten sind zum größten Teil gehört worden, und etliche von ihnen wurden später freigelassen.

Der Krieg fördert Verstöße

Die sandinistische Regierung hat das Problem der inhaftierten Miskitos durch eine Generalamnestie im Dezember 1983 gelöst und alle Miskitos auf freien Fuß gesetzt. Nach Kenntnis von amnesty international ist es wegen der Mißhandlung von Gefangenen niemals zu Untersuchungen oder gar Bestrafungen gekommen. Die Organisation stellt jedoch fest, daß der Vorsitzende Richter der 1. Instanz vom Obersten Gerichtshof aus dem Amt entfernt worden ist.

Der Krieg im Gebiet der Miskitos hatte zur Folge, daß die Bewohner aus dem Grenzgebiet des Rio Coco zwangsweise in das Landesinnere evakuiert wurden. Die zurückgelassenen Siedlungen und Orte wurden niedergebrannt, um den Oppositionsgruppen keinen Unterschlupf zu gewähren und die nicht genehmigte Rückkehr der Zivilbevölkerung zu verhindern. Amnesty international hat in diesem Zusammenhang Untersuchungen angestellt darüber, ob bei der Zwangsevakuierung die Zivilbevölkerung willkürlich getötet oder mißhandelt worden sei, und ob die Bedingungen der neuen Niederlassungen im Landesinneren den Charakter von Gefängnissen trügen.

Die Organisation gelangte zu der Überzeugung, daß die Zwangsumsiedlung zwar in einer „abrupten und endgültigen Art und Weise“ durchgeführt wurde und so Härte und Leiden für die ca. 8.500 Menschen mit sich brachte. Amnesty international glaubt jedoch nicht, daß die neuen Niederlassungen im Landesinneren mit Gefängnissen vergleichbar wären. Während der Umsiedlung sind weder Erschießungen noch willkürliche Brutaltäten bekanntgeworden.

Im Jahre 1985 hat die Regierung den Forderungen der Miskitos und der moravischen Kirchenführer nachgegeben und die Rückkehr der Umsiedler in ihr Stammgebiet am Rio Coco zugelassen. Bei der Rückkehraktion wurden von Regierungsseite aus Hilfe für den Transport und Mittel für vorfabrizierte Häuser zur Verfügung gestellt. (...)

d) Nicht unerwähnt bleiben darf das schwere Vorkommnis von Leimus am Rio Coco, wo es ganz offensichtlich im Jahre 1982 zu einem



Contra-Führer Reagan (l.) und Calero

Massaker durch sandinistische Soldaten gekommen ist, dem 11 Personen zum Opfer fielen. Der Regierung ist dieser Tatbestand bekannt. Er ist zur Zeit noch Gegenstand gerichtlicher Untersuchung in Nicaragua.

Aber auch hier kann schon gesagt werden, daß die Regierung dieses Verbrechen nicht beschönigt, verharmlost oder gar rechtfertigt. Im Gegenteil sollen auch hier die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden. Rückblickend auf diesen Zeitraum, stellt amnesty international als „ungelöste Fälle“ das Verschwinden von 72 namentlich aufgeführten Miskitos während der Monate Juli bis Oktober 1982 dar. Amnesty international hat sich bemüht, die Fälle zu untersuchen.

Ein Ergebnis dieser Untersuchungen besagt, daß laut Auskunft des zuständigen Kommandeurs vom 29. Dezember 1983 ca. 50 Verschwundene das Opfer von „Sondermaßnahmen“ geworden seien. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß mit diesem Terminus „Sondermaßnahmen“ eine Massenhinrichtung gemeint ist. Die zuständigen Regierungsstellen in Managua haben Kenntnis von diesen Vorgängen und haben bekanntgegeben, daß sie über eine Liste der Opfer verfügen.

„amnesty international ist darüber besorgt, daß der Gebrauch des Terminus 'Sondermaßnahmen' zur Umschreibung von offensichtlichen Massenhinrichtungen im Jahre 1982 den Eindruck erweckt, daß unter gewissen Umständen solche Handlungen von höheren Dienststellen toleriert werden, und daß dieses Vorkommnis absichtlich vernebelt wird. amnesty international wird fortfahren, eine öffentliche Klärung dieser Fälle von berichteten Verschwinden während der Monate Juli bis Oktober 1982 herbeizuführen.“ (...)

Auf 14 Seiten führt amnesty international dann im einzelnen aus, welche Menschenrechtsverletzungen für die Jahre 1984 und 1985 von Bedeutung sind. 12 Fälle von willkürlicher Verhaftung zur Einschüchterung von oppositionellen Gewerkschafts- und Parteiführern sowie Rechtsanwältinnen, die sich für die Verteidigung von Oppositionellen eingesetzt haben, führt amnesty im einzelnen an.

Besonders beklagt amnesty international eine Reihe von Gerichtsverfahren, die von sog. „antisozialistischen Sondertribunalen“ durchgeführt werden. Die Organisation macht deutlich, daß diese tribunales populares antisozialisten nicht den internationalen Standards von fairen Gerichtsverfahren entsprechen. Diese Sondergerichte sind für die Dauer der Notstandsgesetzgebung eingerichtet worden und behandeln ausschließlich Fälle von

„Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. (...)

In einem längeren Schlußkapitel stellt amnesty international dann die „internationalen Dimensionen des Mißbrauchs durch Oppositionskräfte“ dar. Ausführlich beschreibt der Bericht die Rolle der US-Regierung im Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua.

Wer den ai-Bericht liest, muß zu dem Ergebnis kommen, daß die Situation der Menschenrechte in Nicaragua alles andere als lobenswert ist. Es gibt Verstöße gegen die Menschenrechte von seiten der Amtsträger. Gleichzeitig ist deutlich zu erkennen, daß die Politik der sandinistischen Regierung jedoch nicht von einem System der Menschenverachtung geprägt ist. Es gibt nämlich ein sehr ernsthaftes Bemühen der Regierenden, die Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Kein System der Menschenverachtung

Der aufgezwungene Krieg und der Terror der Contras erzeugen jedoch ein Klima, in dem die Menschenrechte es schwer haben zu gedeihen. Für dieses vergiftete Klima kann die sandinistische Regierung nicht verantwortlich gemacht werden. Hier sollten wir den Mut aufbringen und die deutlich beim Namen nennen, die ein Interesse an der Klimavergiftung haben. Sie sitzen eindeutig in den USA, im Weißen Haus, im Pentagon und beim CIA. (...)

Aber noch eines muß im Zusammenhang mit dem ai-Bericht herausgestellt werden: Die Menschenrechtsorganisation kümmert sich lediglich um einen äußerst begrenzten, wenn auch sehr wichtigen Sektor der Menschenrechte, nämlich die fundamentalen Rechte des einzelnen. Amnesty international vernachlässigt vollkommen die sozialen und kollektiven Rechte. Wer sich aber ein Urteil über die Regierung in Nicaragua bilden will, der muß schon das ganze Spektrum der Menschenrechte ins Auge fassen.

Mit der Abschaffung der Todesstrafe und der Folter hat die Regierung in Nicaragua ein eindeutiges Zeichen der Achtung der Menschenwürde gesetzt. Mit dem revolutionären Prozeß der Befreiung der Bevölkerung aus Unwissenheit, Krankheit, Hunger und Not hat sie einen Weg beschritten, auf den viele Völker der Dritten Welt voller Hoffnung schauen. Auf diesem Weg werden viele Menschen Befreiung und Glück erreichen.

(Quelle: Junge Kirche, April 1986, S. 196-201)

Silke Becker

Ausverkauf stößt auf Widerstand



US-Pioniereinheiten beim Bau einer Flugpiste in Honduras

Als am 20. März d.J., das im November 1985 neugewählte honduranische Parlament fast einstimmig eine Amnestie beschloß, die zur Freilassung von 31 politischen Gefangenen führte, war deutlich geworden, daß die neualten Machthaber die Forderungen der Volksbewegung nicht mehr vollständig ignorieren können.

Tausende hatten im Februar für die Amnestie demonstriert. Dem Parlamentsbeschluß war zudem ein 15tätiger Hungerstreik der Gefangenen vorausgegangen.

Doch nicht nur die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen, sondern auch die dauernde Präsenz der US-Truppen und der Contras auf honduranischem Territorium führen zu verstärkten Protesten bei Teilen der Bevölkerung.

So mußte sich das Parlament u.a mit dem sexuellen Mißbrauch von Kindern durch US-Soldaten befassen. Und selbst die Forderung der Volksbewegung nach Abzug der US-Truppen fand Widerhall bei einigen Abgeordneten. Der Vizepräsident des Parlaments sprach gar von „einem Akt der Souveränität, den das Volk einfordert“, und daß „die Zeit gekommen“ sei, „diesen Schritt zu tun“.

Daß es sich bei solchen Äußerungen

mehr um eine Hinhaltspolitik als einen Kurswechsel der Regierung handelt, machte der neue Präsident José Azcona Hoyo bereits vor seinem Amtsantritt im Januar d.J. deutlich. Er kündigte eine neue Serie von ununterbrochenen Manövern der US-Truppen in Honduras an.

Bereits im Januar d.J. begann im Norden des Landes das Manöver „Terencio Sierra“ an dem bis Juni d.J. 5.000 US-Soldaten mitwirken. Parallel dazu findet ab März d.J. im Grenzgebiet zu Nicaragua das Manöver „General Cabanas '86“ unter Beteiligung der 82. US-Division und 500 honduranischer Soldaten statt.

Labile Führungsmannschaft

Weder die Zusammensetzung der neuen Regierung noch die Machtverhältnisse im Parlament lassen Änderungen in der Innen- oder der Außenpolitik erwarten. Azcona konnte zwar als Kandidat des rechten Flügels der Liberalen Partei die Wahl für sich entscheiden, doch erhielt seine Partei mit 67 Sitzen lediglich die Hälfte der Abgeordnetenmandate und ist zudem noch in mehrere Fraktionen gespalten.

Die wesentlich einheitlichere extrem

konservative Nationale Partei konnte 63 Sitze für sich verbuchen, während auf die mittellinks angesiedelten Christdemokraten und die Partei der Erneuerung und Einheit je zwei Sitze entfielen. Der Einfluß der Nationalen Partei wurde u.a. daran deutlich, daß das wichtige Amt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes sowie fünf der neuen Richterposten von ihren Mitgliedern besetzt wurden. D.h., daß eine der drei Staatsgewalten von dem eigentlichen Verlierer der Wahl kontrolliert wird. Darüber hinaus gingen das Außen- und das Arbeitsministerium an die Nationale Partei.

Wie wenig Einfluß Azcona, genau wie sein Amtsvorgänger Suazo Cordova auf das Militär hat, zeigt der überraschende „Abgang“ des obersten Militärschefs, für dessen Weiterverbleiben im Amt sich Azcona erfolglos einzusetzen versuchte. Schon 14 Tage nach dem Abtritt des Generals Walter Lopez am 1. Februar d.J., dessen Gründe vielfältig sind und u.a. in internen Differenzen innerhalb des Militärs liegen, tagte der oberste Militärstab und wählte Humberto Regalado Hernández zum neuen Oberkommandierenden. „Zufällig“ waren dabei drei hohe US-Militärfunktionäre und ein US-Kongreßabgeordneter anwesend.

Für die Preisgabe der Souveränität des Landes konnte Honduras nicht einmal wirtschaftlich von der massiven US-Militärpräsenz profitieren.

Die Auslandsschuld ist im Zeitraum 1981-85 von 1,708 auf 2,440 Mrd Dollar gestiegen. Die Hälfte der Exporterlöse wird von der Schuldentilgung verschlungen. Der Unmut einiger Regierungsglieder über die bevorzugte Erteilung von Wirtschaftshilfe an El Salvador, hat nicht dazu geführt, daß die USA ihre Wirtschaftshilfe für das Land erhöht hätten. So erhält Honduras dieses Jahr 104,5 Mio Dollar, El Salvador aber 258,1 Mio. Nicht mehr zu übersehen sind auch die Folgen der Manöver für die in vielen Bereichen ohnehin nur gering entwickelte Infrastruktur des Landes: Mit jedem Manöver werden mehr Landepisten und Militärbasen eingerichtet, wofür oft landlose Bauern, die sich dort ein Stück Land kultivierbar gemacht haben, gewaltsam vertrieben werden.

Welche fatalen sozialen Auswirkungen die ständige massive Anwesenheit von US-Soldaten hat, wird erst allmählich offensichtlich.

Schlagzeilen machte im März d.J. die Enthüllung einer Lehrerin über den sexuellen Mißbrauch von minderjährigen Schülern durch US-Soldaten. Diese Vorfälle, die sofort von der US-Botschaft dementiert wurden, und das Auftreten von AIDS-Fällen bei der zunehmenden Zahl von Prostituierten, lösten selbst bei einigen Abgeordneten Betroffenheit aus. Jedoch werden die USA sich nicht allein durch den Aufschrei einiger Parlamentarier von ihren Plänen, Honduras weiter zum Aufmarschgebiet gegen Nicaragua aufzurüsten, abbringen lassen.

Alle Anzeichen sprechen für eine längere massive Präsenz der US-Truppen in Honduras. Schließlich ist der Aufwand zum Bau von bisher 11 Landebahnen und zahlreichen Militärbasen, strategisch günstig nahe Nicaragua gelegen, nicht

umsonst betrieben worden.

Auch wenn die honduranische Regierung genauso wie die US-Botschaft offiziell die ständige Präsenz ausländischer Militärs in Honduras dementieren, ist diese mit dem fortwährenden massiven Einsatz von US-Truppen für die zahllosen Manöver und für die Hauptbasis Palmerola faktisch vorhanden. Die Volksorganisationen haben immer wieder den Verstoß gegen die honduranische Verfassung angeklagt, die keine ständige Anwesenheit von ausländischem Militär, sondern höchstens dessen Passieren des Landes zuläßt.

Dies gilt genauso für die mindestens 15.000 Contras, deren Lager sich auf honduranischem Territorium an der Grenze zu Nicaragua befinden. Hier kommt es auch verstärkt zu Protesten der lokalen Bevölkerung gegen Übergriffe der Contras. Als Folge der Kriegshandlungen an der Grenze sind inzwischen 120.000 honduranische Bauern, viele von ihnen kleine Kaffeeproduzenten, zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land geworden. Dies hat bereits zu lautstarken Protesten der Vereinigung der Kaffeeproduzenten geführt.

Volksbewegung reorganisiert sich

Da die Anwesenheit der Contras nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch ein Problem ist, versucht die honduranische Regierung ihre Existenz zu vertuschen und gleichzeitig eine direkte militärische Unterstützung zu vermeiden.

Der Angriff nikaraguanischer Einheiten gegen ein Contra-Lager auf honduranischem Gebiet Ende März/Anfang April d.J. machte deutlich, daß Differenzen zwischen den Regierungen Honduras' und der USA bestehen, was eine Ausweitung des Konflikts mit Nicaragua angeht.



Proteste in Tegucigalpa: „Nein zur Yankee-Intervention!“

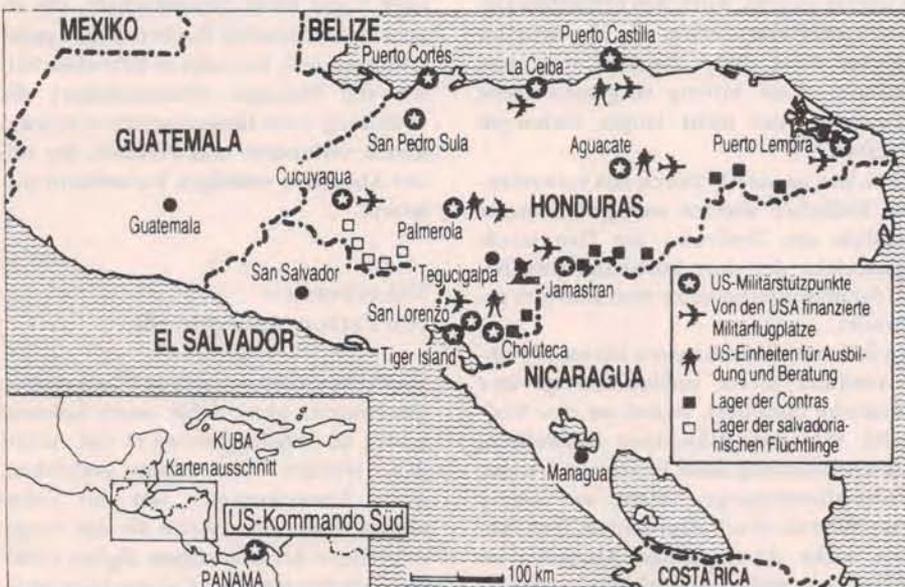
Während die Reagan-Administration von einem massiven Überfall auf Honduras sprach, um damit die Bewilligung von 100 Mio Dollar im US-Kongreß für die Contras durchzusetzen, dementierte man in der Hauptstadt Tegucigalpa erst den Angriff. Erst später willigte man ein, daß US-Hubschrauber 600 honduranische Soldaten an die Grenze flogen.

Bisher war die honduranische Regierung und Armee jeder Konfrontation aus dem Weg gegangen. So erklärte ein Offizier, daß der Angriff der nikaraguanischen Armee bereits der 60. oder 70. innerhalb von 2 Jahren gewesen sei. „Aber sie haben uns immer vorher informiert“, erklärte er, so daß es bisher noch nie zu Zusammenstößen gekommen sei. „Wir zogen uns am 25. und 26. März aus dem Gebiet zurück“, für das der sandinistische Angriff anvisiert war.

Gegen den Ausverkauf des Landes an die USA und die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen und gegen die wirtschaftlich-sozialen Mißstände machte sich zunehmend auch organisierter Protest breit. So berichtete der Vorsitzende des Komitees für Menschenrechte in Honduras, Dr. Roman Custodio, bei einer Rundreise in Europa im Februar/März d.J. über das Entstehen und die Stärkung des Koordinationskomitees der Volksorganisation (CCOP).

In ihm haben sich Vertreter aus sieben verschiedenen Sektoren sowie Einzelpersonlichkeiten zusammengeschlossen: Arbeiter-, Bauern-, Studenten-, Elendsviertelbewohner- und Lehrerorganisationen, Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte, des Friedens und der nationalen Souveränität. Darunter befindet sich u.a. die linke Einheitsföderation der honduranischen Arbeiter (FUTH) und die 1985 gegründete Nationale Zentrale der Landarbeiter (CNTC).

Seit der Gründung des CCOP Ende 1984 wurde seine Zielsetzung auf regionalen Versammlungen im ganzen Land jeweils mit Vertretern aller genannten Organisationen diskutiert. Es stehen nur noch



zwei regionale Treffen aus finanziellen Gründen aus, um dann auf nationaler Ebene einen Kongreß mit allen Vertretern abhalten zu können. Dabei kommt es der CCOP auf ein möglichst breites Bündnis aller Kräfte an, die sich für die Verteidigung der nationalen Souveränität und für die Lösung der inneren Probleme, darunter die Menschenrechtssituation sowie die unerträglichen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Bevölkerung, einsetzen wollen.

Doch auch Massenorganisationen, die der Regierung näher stehen, beteiligen sich verstärkt an den Protesten. So kam es am 1. Mai d.J. zu einer gemeinsamen Demonstration aller Gewerkschaften und Volksorganisationen, darunter auch der Nationalen Koordination der Arbeiter und Bauern von Honduras (CONOCH), die als rechte Alternative zur CCOP gegründet wurde. Die meistgerufenen Parolen der 100.000 Demonstranten richteten sich gegen die US-Politik und gegen einen Krieg mit Nicaragua.

Im Mai d.J. haben alle Bauernorganisationen den Druck für die Durchführung einer Landreform verstärkt und massive Landbesetzungen initiiert.

Daß mit vereinten Kräften zumindest Teilerfolge erzielt werden können, machte die Freilassung der politischen Gefangenen deutlich. Nichtsdestotrotz wird die Repression fortgesetzt. So wurde am Tag der Verkündung der Amnestie der kanadische Pfarrer William Arsenault, der seit über 20 Jahren in Honduras arbeitete, 30 km von der Hauptstadt entfernt gefoltert und erschossen.

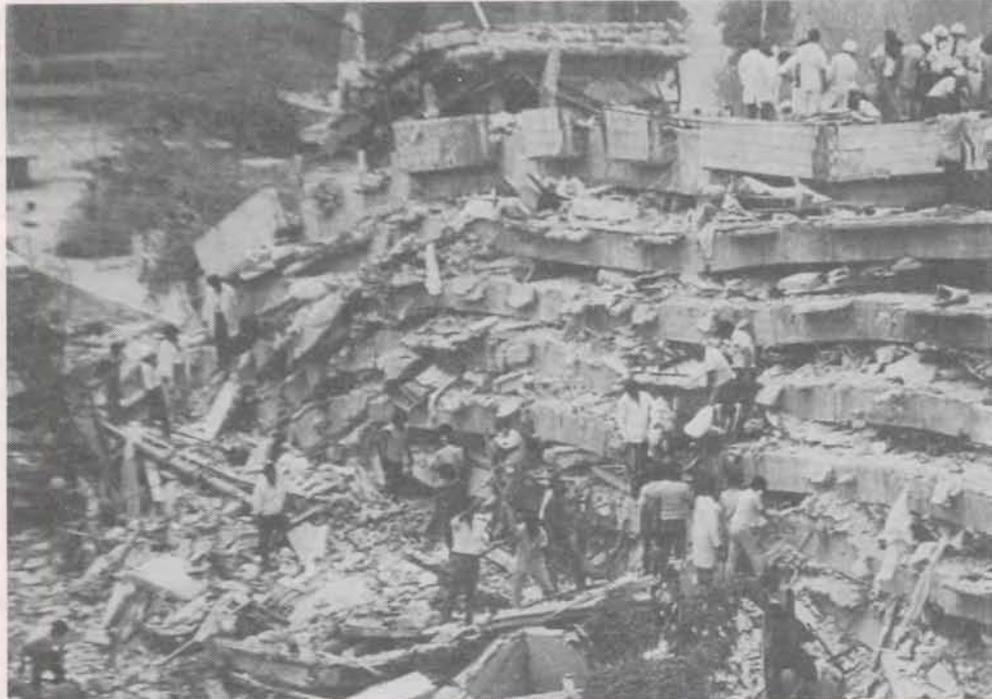
Am 9. Mai d.J. wurde der Führer der FUTH, Rudolfo Cristobal Perez, ermordet. Die Beerdigung wurde zu einem großen Protestmarsch gegen die Repression. An ihm beteiligten sich trotz vorheriger Konflikte sowohl die CCOP als auch die CONOCH.

Der Widerstand der Volksbewegung und die internationalen Proteste gegen die Mißachtung der Menschenrechte und gegen die so folgenschwere Preisgabe der eigenen Souveränität müssen noch viel stärker werden. Dabei sind sich alle Volksorganisationen einig darüber, daß eine grundlegende Änderung der Situation nur mit dem Abzug der USA aus Honduras möglich sein wird.

Quellen: El Dia, Mexiko-Stadt, 11.3.1986 und 13.5.1986; El Pais, Madrid, 18.3.1986; Frankfurter Rundschau, 31.1.1986 und 9.5.1986; Die Tageszeitung, 24.3.1986; Informationsdienst El Salvador, 7.3.1986, 14.3.1986, 21.3.1986, 4.4.1986 und 23.5.1986; Boletín Informativo (CEDOH), Tegucigalpa, Dezember 1985, Januar, Februar, März und April 1986; Honduras-Informationsblatt, Dezember 1985; Infopress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 15.5.1986; Analisis Economica (FADES), Guatemala-Stadt, 13.3.1986

Mexiko

Udo Bensch/Jutta Weber-B Wie aus dem Erd eine Gewerkschaft



Schwere Fabrikmaschinen in Wohngebäuden trugen mit zu ihrem Einsturz bei

Das Erdbeben vom Herbst 1985 veranlaßte die mexikanische Regierung und die von ihr beeinflussten Massenmedien zu einer Entdeckung seltsamer Art.

Nun endlich sah sich auch der Staatsapparat zu der Feststellung gezwungen, daß es in den kapitalistischen Betrieben Mexikos nicht immer mit Recht und Ordnung, d.h. nach den Vorschriften der Gesetze zugeht. Auch den offiziellen Gewerkschaftsverbänden, die die Arbeiter großer Teile dieser Betriebe vertreten, konnte diese bislang totgeschwiegene Tatsache nun nicht länger verborgen bleiben.

Was war passiert? Durch das verheerende Erdbeben wurden wenige Kilometer südlich des Zentrums der Hauptstadt zahlreiche der dort konzentrierten Bekleidungsunternehmen zum Einsturz gebracht.

In früheren Wohnhäusern hatten die Unternehmer dieses Industriezweigs ihre Betriebe installiert, wobei sie eine Vielzahl schwerer Maschinen aufstellten, deren Belastung diese Bauten auch unter Normalbedingungen nicht auf Dauer standhalten. Nach dem Motto, ihre Profite nicht durch lästige Ausgaben zu schmälern, stellten sie Arbeiterinnen ein,

welche sie zum Teil nicht einmal bei der gesetzlichen Sozialversicherung anmeldeten und oft über Jahre hinweg als Gelegenheitsarbeiterinnen beschäftigten, ohne ihnen auch nur den gesetzlich vorgeschriebenen Minimallohn zu bezahlen. In einigen Betrieben geschah dies im Einvernehmen mit der korrumpierten Leitung der gelben Betriebsgewerkschaft oder sogar einer Gewerkschaft, die einem der offiziellen Dachverbände angeschlossen war. In anderen Betrieben hatten die Patronos (Unternehmer) die Gründung einer Gewerkschaft von vornherein verhindert und Personal, das solche Absichten verfolgte, kurzerhand entlassen.

Näherinnen – von Patronos ausgepreßt

Die Näherinnen wurden zu Überstunden gezwungen, ohne dafür einen Lohnzuschlag zu erhalten; wenn es viel Arbeit gab, wurden ihre Ferien gestrichen. Jedes Zuspätkommen war mit Lohnabzug verbunden. Wenn sie das vorgeschriebene Arbeitspensum täglich erfüllten, verdienten die Gelegenheitsarbei-

sch leben entstand



terinnen im September 1985 wöchentlich rund 80 DM, die fest eingestellten Arbeiterinnen ungefähr 110 DM. Durch Arbeitshetze konnte dieses Einkommen noch geringfügig aufgebessert werden und man kann sich vorstellen, daß bei den in Mexiko recht hohen Lebenshaltungskosten solche Hetzerei mehr die Regel als die Ausnahme war. Schließlich handelt es sich bei ca. 80% der Näherinnen um ledige oder vom Ehemann ohne Unterstützung zurückgelassene Mütter, die von ihrem Lohn oft noch vier oder sechs Kinder zu ernähren haben.

Häufig wurden die Näherinnen gezwungen, Lohnabrechnungen zu unterschreiben, die den vorgeschriebenen Minimallohn auswies, obgleich sie real weit weniger erhielten. Weigerten sie sich, erpreßte der Patron sie mit der Androhung von Entlassung.

Angesichts des Überflusses arbeitssuchender Frauen konnten sich die Näherinnen und ihre Familien das Risiko nicht leisten, ihren miserablen Arbeitsplatz gegen die Arbeitslosigkeit einzutauschen. Daher war die Entwicklung von solidarischem, kämpferischem Verhalten nahezu unmöglich.

Dies hat sich seit dem 19. September

1985 grundlegend verändert. An diesem Tag stürzten morgens um 7.19 Uhr zahlreiche der Werkstätten ein. Bei einigen Fabriken hatte man bereits angefangen, zu arbeiten – hier wurden nach Schätzung der neuen Gewerkschaft ca. 6.000 Näherinnen unter den herabstürzenden Trümmern begraben.

Andere Näherinnen befanden sich noch auf dem Weg zur Arbeit, die sie um 7.30 Uhr hätten aufnehmen sollen. Sie kamen zu einer ganz oder teilweise eingestürzten Fabrik.

Spontan wollten sie, wie auch zahlreiche etwas später Eintreffende Familienangehörige an diesem Morgen sehen, ob sich Kolleginnen unter den Trümmern befanden, denen man vielleicht noch das Leben retten könne. An diesem Tag wie in den folgenden Wochen wurde ihnen aber der Zutritt zum Gelände verwehrt.

Vor den Fabriken installierten sie auf der Straße Posten, die gelegentlich von freiwilligen Helfern mit Essen versorgt wurden. In den kommenden Tagen mußten sie zusehen, wie das Gelände um die eingestürzten Fabriken vom Militär abgeriegelt wurde, das den Patrones behilflich war, soweit möglich Maschinen, Dokumente und Tresore aus den Trümmern zu bergen.

Unter dem Motto „Man rette, was zu retten ist“ dachten die Patrones in erster Linie an Materielles, wohingegen die Rettung von Menschenleben oder die Bergung von Leichen unwichtig oder mindestens zweitrangig war. So wurden unter großem Aufwand Maschinen geborgen, während man kaum etwas für die Suche nach Überlebenden tat. Eine der Näherinnen zitiert den Patron ihrer Werkstätte, den sie auf das Problem der eventuell lebendig eingeschlossenen Näherinnen angesprochen hatten, so: „Er hat gesagt, Tote seien ihm lieber als Lebendige, da die Lebendigen ihn teurer kämen als die Toten.“

Den arbeitslos gewordenen Näherinnen steht nämlich laut Gesetz eine Entschädigungszahlung zu, deren Höhe sich u.a. nach der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit richtet. Außerdem haben sie Anspruch auf die letzte Lohnzahlung, und, falls sie nicht formell gekündigt werden, auf die Fortzahlung der Löhne.

Die Bereitschaft der Patrones, diesen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, war anfangs gleich null. Sie vertrösteten die Näherinnen einige Zeit, um schließlich zu erklären, sie sähen sich gezwungen, Bankrott anzumelden und verfügten über keinerlei Geld. Andere Patrones waren plötzlich verschwunden oder eröffneten andernorts Betriebe und versuchten, schnellstmöglich die geborgenen Maschinen dorthin zu transportieren.

Jene, welche bereits früher über weitere Werkstätten verfügten, die unbeschädigt

geblieben waren, weiteten dort ihre Produktion aus. In Betrieben, die zwar erheblich beschädigt, aber nicht eingestürzt waren, wurde das Personal zur Wiederaufnahme der Arbeit unter teils lebensgefährlichen Bedingungen (Einsturzgefahr) gezwungen.

Angesichts dieser Erfahrungen schlug die frühere Isolation und Hilflosigkeit der Näherinnen sehr schnell in bewußtes Handeln und solidarischen Kampf um. Zunächst war in der Straße San Antonio Abad vor den eingestürzten Gebäuden spontan ein permanent besetzter Posten entstanden, wo die Näherinnen verschiedener Betriebe erstmals Kontakt zueinander aufnahmen, gemeinsam ihre Situation diskutierten und die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machten. Durch die Aufstellung vor den Betrieben sowie zwei Demonstrationen zur Residenz des Präsidenten konnte wenigstens zum Teil der weitere Abtransport von Maschinen verhindert werden.

Das hartnäckige Bestehen der Näherinnen auf ihrer Entschädigungszahlung, die massiv vorangetriebene öffentliche Denunzierung des Verhaltens der Patrones sowie die in der Bevölkerung entstandene Solidarität mit den Kolleginnen hatten zumindest zur Folge, daß auch Staat, offizielle Gewerkschaften und Massenmedien nun nicht mehr umhin konnten, wenigstens formal für die Näherinnen einzutreten. Während man bislang stillschweigend die jeglichen gesetzlichen Rahmen überschreitende Ausbeutung der Näherinnen toleriert hatte, bemüßigte sich die Regierung jetzt, zu erklären, man werde mit aller Schärfe gegen illegales Verhalten der Patrones vorgehen und auf Entschädigungszahlungen bestehen.

Gewerkschaft 19. September

Die regierungstreue Gewerkschaft CTM (Allgemeine Arbeiterkonföderation Mexikos) bot plötzlich an, die Näherinnen aller Betriebe in ihre Reihen aufzunehmen und sich für ihre Rechte einzusetzen. Zur selben Zeit erklärte der 85jährige, seit 1941 amtierende Vorsitzende derselben Gewerkschaft, Fidel Velazquez, seine Gewerkschaft trage keinerlei Schuld an der mißlichen Lage der Näherinnen und ebensowenig er selbst, „weil meine Kleidung zuhause genäht wird“.¹

Die vielfältigen Integrationsbemühungen waren jedoch zu spät und inzwischen von den Ereignissen überholt. Nachdem am 11.10.1985 die Arbeiterinnen von 15 Fabriken die Vereinigung der Näherinnen im Kampf, 19. September gegründet hatten, schlossen sich innerhalb weniger Tage die Kolleginnen aus zahlreichen anderen Betrieben an. Am 20.10.1985 ging

aus diesem Kern die neue unabhängige Nationale Gewerkschaft 19. September der Näherer-, Konfektions-, Bekleidungs- und ähnlicher Industrien hervor, der bei ihrer Gründung 8.000 Kolleginnen aus 40 Fabriken angehörten und die am Folgetag ihre offizielle Anerkennung durch das Arbeitsministerium erhielt.

Inzwischen haben sich der Gewerkschaft noch weitere Arbeiterinnen angeschlossen und trotz des Widerstands der Patronen gegen diese Gewerkschaft konnte bis Ende Februar 1986 ein Tarifvertrag zwischen dieser Gewerkschaft und dem Unternehmer einer noch arbeitenden Fabrik für die dort Beschäftigten abgeschlossen werden. Tarifverträge in drei weiteren Fabriken kamen bis Mitte April 1986 zum Abschluß.²

Die kurz- und mittelfristigen Ziele der Gewerkschaft sind, dafür zu kämpfen, daß auch die letzte entlassene Kollegin ihre Entschädigung bekommt. Bis zum 14.4.1986 waren an etwa 2.000 der insgesamt rund 15.000 Betroffenen diese Entschädigungszahlungen erfolgt.³

Außerdem kämpft sie für die Wiedereröffnung der geschlossenen Betriebe, dafür, daß alle Compañeras wieder eingestellt werden sollen, sowie dafür, daß die bislang von der Regierung nur mit einer einzigen Milchlieferung bedachten Kolleginnen Hilfe aus den internationalen und nationalen Spendengeldern für die Erdbebenbeschädigten bekommen. Hierfür haben sie eine nationale Telegrammkampagne an den Präsidenten der Republik initiiert, in der sie Gelder aus dem Nationalen Wiederaufbaufonds fordern.

Langfristig will die Gewerkschaft sich zu einer nationalen Industriegewerkschaft entwickeln, einen bisher nicht existierenden Rahmentarifvertrag auf nationaler Ebene erreichen und sich vor allem



Proteste von Erdbebenbeschädigten: „Wir wollen keine WM, wir wollen Wohnungen!“

ihre Unabhängigkeit von den korrupten Führungen der regierungstreuen Gewerkschaftsverbände und die innergewerkschaftliche Demokratie bewahren. Auf die Integrationsversuche von seiten der offiziellen Dachverbände angesprochen, erklärte die Vorsitzende des neuen Verbandes, Evangelina Corona: „Wir können nicht länger jenen vertrauen, die uns das ganze Leben lang betrogen haben.“ Der frühere Gewerkschaftsvertreter in ihrem alten Betrieb „Jean S.A.“ habe nur die Mitgliedsbeiträge kassiert, in keinem Fall aber seien die Arbeiterinnen von der alten Gewerkschaft unterstützt worden.

Die rund 50jährige Evangelina war bis zum 19. September 1985 eine einfache Arbeiterin, die nie den Gedanken hatte, jemals gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen. Durch die Erfahrungen des 19. September und der Folgezeit hat sie sich wie ihre Kolleginnen zu einer selbstbewußten Interessenvertreterin entwickelt. Sehr schnell haben diese Frauen gelernt, wie sie gemeinsam für ihre Sache kämpfen müssen und haben dabei auch einige Erfolge erzielen können. Wie den Kolleginnen zittern Evangelina aller-

dings auch jetzt noch leicht die Knie, wenn sie vor großem Publikum am Mikrofon reden soll.

Freilich ist auch künftig damit zu rechnen, daß der Kampf, den diese Frauen begonnen haben, nicht reibungslos zum Erfolg führen wird. So mehren sich die Meldungen, daß die Patronen in einigen Betrieben ihre Belegschaft unter Androhung von Gewalt erfolgreich davon abhalten konnten, der unabhängigen und demokratischen Gewerkschaft 19. September beizutreten.⁴

In einem Betrieb haben die vom Kampf ermüdeten Näherinnen auf einen Teil der Entschädigungszahlung verzichtet. Diese kleineren Rückschläge hat die Gewerkschaft bislang verkraftet, doch damit sie den auch künftig zu erwartenden Integrations- und Korruptionsversuchen sowie Repressalien standhalten kann, bedarf sie der Solidarität.

Gegenwärtig kampiert die Gewerkschaft auf einem seit dem 22.12.1985 besetzt gehaltenen Gelände in der Straße San Antonio Abad gegenüber einer eingestürzten Fabrik in provisorisch errichteten Hütten und Zelten.

Unterstützung durch „Branchenfremde“

Zu den hier im Freien unter Plastikplanen abgehaltenen Gewerkschaftsversammlungen und Beratungen über anstehende Aktionen finden sich auch „branchenfremde“ demokratische Gewerkschafter ein. Zum Beispiel die Arbeiter aus der Fabrik „Pascual“, die nach einem etwa zweijährigen Arbeitskampf nun in einer Kooperative unter eigener Regie die Produktion von Erfrischungsgetränken wiederaufgenommen haben und ihre Erzeugnisse hier verkaufen oder spenden, oder Mitglieder der Elektrizitätsarbeitergewerkschaft SME, die auch für ihre eigenen Aktionen Unterstützung suchen.

Gerade durch die aus anderen Teilen der Arbeiterklasse erfahrene Solidarität, die die Anerkennung ihrer Gewerkschaft und die bislang erzielten Teilerfolge erst ermöglicht hat, haben die Näherinnen sehr schnell gelernt, ihre Probleme und Ziele in die allgemeinen sozialen Auseinandersetzungen einzuordnen. Sie beteiligten sich u.a. am 29.1.1986 an der Demonstration unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften gegen die Teuerung und für höhere Löhne, die mit ca. 100.000 Teilnehmern eine der größten oppositionellen Manifestationen der letzten Jahre war,⁵ an der Begrüßung des Internationalen Marsches für den Frieden in Mittelamerika, sowie am 12.3.1986 an der Demonstration für Gewerkschaftseinheit, auf der neben gewerkschaftlichen Rechten auch die Ein-

Tausende Erdbebenopfer müssen heute noch in Zelten leben



stellung der Zahlungen der Auslandsschuld gefordert wurde.

Zum Teil finanziert die Gewerkschaft ihre laufenden Ausgaben (Flugblätter, Essen für die arbeitslosen Kolleginnen usw.) über den Verkauf von Puppen, welche in einer Kooperative von Betroffenen aus Stoffresten hergestellt werden. Diese Puppen bietet sie bei Versammlungen anderer Gewerkschaften, Solidaritätsgruppen oder Selbsthilfeorganisationen zu einem Solidaritätspreis an.

Im wesentlichen ist sie aber auf Spendeneinkünfte angewiesen, zumal die meisten Kolleginnen aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit noch keine Mitgliedsbeiträge entrichten können und ihnen – wie bereits oben geschildert – der Zugang zu Geldern aus dem Nationalen Wiederaufbaufonds noch versperrt ist. Eine informelle Zusage der Stadtverwaltung, vorläufig das besetzte Gelände nicht zu räumen, gewährt den Näherinnen momentan zwar einen gewissen Schutz, aber langfristig müssen sie das Gelände, auf dem sie ihr Gewerkschaftslokal errichtet haben, verlassen oder kaufen. Letzteres ist bislang aber noch ein Traum.

Langfristig muß die Gewerkschaft sich selbst finanzieren. Dies wird in dem Maße möglich, in dem es der Gewerkschaft gelingt, ihre zunehmende Anerkennung als Tarifpartei durchzusetzen und weitere Kollektivverträge abzuschließen sowie die Patronen zur Wiedereinstellung der arbeitslos gewordenen Kolleginnen zu zwingen, denn mit steigender Mitgliederzahl erhöht sich auch die Finanzkraft. Dieses Ziel zu erreichen, ist vermutlich nicht ganz einfach, und um dafür kämpfen zu können, brauchen diese mutigen Frauen vorerst noch finanzielle Unterstützung.

Ein wichtiger Anfang ist gemacht. Wir halten es für wichtig, daß die aus dem 19. September 1985 entstandene Bewegung dieser Kolleginnen auch Hilfe von den antiimperialistischen und demokratischen Kräften aus der BRD erhält. Wir möchten daher um Spenden für die Gewerkschaft 19. September auf folgendes Konto bitten:

Gewerkschaft in Mexiko, Marburger Volksbank, Kto.Nr. 407445, BLZ 533 900 00

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: El Cotidiano, Mexiko D.F. 2. Jg., Nr. 8, November/Dezember 1985, S. 72 (hg. von der Universidad Autonoma Metropolitana)
- 2) Vgl. uno mas uno, Mexiko D.F., 14.4. 1986
- 3) Vgl. ebenda
- 4) So wurden beispielsweise die Arbeiterinnen des Betriebs „Confeciones Vallarta“ mit Gewalt gezwungen, sich nicht der Gewerkschaft 19. September anzuschließen, sondern der Arbeiterkonföderation Mexikos COR. Vgl. La Jornada, Mexiko D.F., 14.3.1986
- 5) Vgl. Punto, Mexiko D.F., 4. Jg., Nr. 170, 3.2.1986

Sri Lanka

Gabriele König/Karl Söhnlein Zuspitzung des Bürgerkriegs



Tamilischer Guerillero auf der Jaffna-Halbinsel

Die militärischen Auseinandersetzungen in Sri Lanka im Konflikt zwischen der singhalesischen Regierung und der tamilischen Befreiungsbewegung nahmen im Frühjahr d.J. erheblich an Schärfe zu.

Am 19. Mai bombardierten Regierungstruppen die Tamilenstadt Jaffna im Norden der Insel.¹ Hauptopfer waren Zivilisten; u.a. war das Krankenhaus der Stadt bombardiert worden. Dennoch ist es den 1.000 Mann starken Regierungstruppen nicht gelungen, mit dieser Offensive auf der Jaffna-Halbinsel an Terrain zu gewinnen. Seit dem letzten Jahr ist die Nordprovinz Jaffna unter der Kontrolle der tamilischen Befreiungstruppen.

Der Regierungsoffensive waren Anfang Mai d.J. Kämpfe zwischen zwei nationalistisch orientierten tamilischen Befreiungsorganisationen, den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) und der Tamil Eelam Befreiungsorganisation (TELO),² vorausgegangen, die Regierungsangaben zufolge mehr als 200 Tote forderten.³ Dabei ging es der LTTE darum, ihre harten, maximalen Forderungen nach einem Separatstaat Tamil Eelam innerhalb der 1984 von vier Organisationen gegründeten Eelam Nationalen Befreiungsfront (ENLF) durchzusetzen.

Ähnlich wird der Bombenanschlag auf eine Tristar-Maschine der Air-Lanka am

3.5.1986 auf dem internationalen Flughafen Katunayake bei Colombo gewertet. 16 Menschen fanden dabei den Tod. Der Anschlag geht nach Polizei- und Regierungsangaben auf das Konto tamilischer Befreiungsorganisationen. Sprecher der LTTE in Madras dementierten jedoch jegliche Verantwortung für das Attentat.⁴

4 Tage später forderte ein Bombenanschlag auf das Telegraphenamt der Hauptstadt Colombo 31 Todesopfer und 180 Verletzte.⁵ Auch dieser Anschlag wird der LTTE zugerechnet, die inzwischen aus der ENLF ausgeschieden ist.

Colombo setzt auf Gewalt

Seit 1983 befindet sich die Insel in permanentem Ausnahmezustand, der jeweils für Monate verlängert wird.

Die Regierung unter J.R. Jayawardene hat es sich zum Ziel gesetzt, den „Terroristen“, wie sie die tamilischen Befreiungsorganisationen nennt, in Sri Lanka bis zum Jahresende militärisch beizukommen und die Kontrolle über die ganze Insel wiederzuerlangen. Zu diesem Zweck wird die Armee mit Waffen u.a. aus den USA, Pakistan und Südafrika versorgt und von britischen und israelischen Experten ausgebildet.

Im Moment ist die Nordprovinz, mit



Tamilische Frauen weinen um einen von der Armee ermordeten Zivilisten (l.); angebliche tamilische Guerilleros im Gafangenenlager Boosa

Ausnahme der Militärfestungen, völlig in der Hand der tamilischen Guerilla, die Gebiete um Batticaloa und Trincomalee in der Ostprovinz sind seit letztem Herbst hart umkämpft. Geisterstädte und Flüchtlingslager prägen das Bild im Ostteil der Insel.

Im Herbst 1985 wurden alle Bahnstationen angewiesen, an Ausländer, ob Reporter oder Touristen, keine Fahrkarten mehr nach Batticaloa und Trincomalee zu verkaufen. Das Kampfgebiet wurde damit zum Sperrgebiet erklärt, um die Vertreibungen und Massaker der singhalesischen Armee und der paramilitärischen „Homeguards“ vor der Öffentlichkeit zu vertuschen.

Der Parlamentsabgeordnete des indischen Bundesstaates Tamil Nadu, Nedumaran, erklärte in einem Interview über seinen illegalen Besuch der umkämpften Nord- und Ostprovinzen im Oktober 1985: „In Trinco gibt es Dörfer, die total leer sind; die Leute flohen, die Armee zündete daraufhin das Dorf an und richtete ein Armeecamp ein. Im nächsten Schritt werden singhalesische Siedler angesiedelt. So werden Tamilen aus ihrem Land verjagt. Das ist militärische Kolonisation im israelischen Stil...“⁶

Marode Wirtschaft

Wirtschaftlich ist Sri Lanka so gut wie bankrott. Die Touristen bleiben aus, und damit versiegt eine der wichtigsten Devisenquellen.

Der aufgeblähte Militärhaushalt lähmt wirtschaftliche Aktivitäten der ohnehin stark angeschlagenen lankanischen Wirtschaft. Finanzminister Ronnie del Mel schätzt, daß die wirtschaftliche Erholung des Landes mindestens 10 Jahre dauert, selbst wenn der Bürgerkrieg mor-

gen enden sollte. Überrascht, daß die lankanische Wirtschaft so lange überleben konnte, fügt der seit 9 Jahren im Amt stehende del Mel hinzu: „...aber jetzt geht es bergab, ich weiß nicht wie lange wir noch überleben können.“⁷

Trotz dieses selbsterklärten wirtschaftlichen Ruins sind westliche Länder anscheinend dazu bereit, dem hochverschuldeten Sri Lanka weiterhin Kredite in Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen. Es soll offensichtlich der politische Wandel der rechtskonservativen Regierung unter Präsident Jayawardene seit 1977 weiterhin finanzkräftig belohnt werden.

Chauvinismus als Druckmittel

Jayawardene trat 1977 mit dem politischen Programm an, das Land wirtschaftspolitisch zu liberalisieren und außenpolitisch von der Bewegung der Nichtpaktgebundenen in das Lager des Westens zu führen. Bekanntlich zeigen die USA starkes Interesse am einzigen natürlichen Tiefseehafen der Region in Trincomalee als militärischen Stützpunkt im Indischen Ozean.

Um die Hauptstadt Colombo lockt eine Freihandelszone ausländische Investoren. Eine Reihe staatlicher Betriebe und Plantagen wurden bereits privatisiert.

Ein Konzept der „freien Marktwirtschaft“ jedoch war auf der Insel mit seiner traditionell starken Gewerkschaftsbewegung und dem umfangreichen staatlichen Sektor aus der Bandaranaike-Ära nicht ohne Widerstand durchzusetzen. Die UNP-Regierung bediente sich u.a. der latent vorhandenen ethnischen Spannungen zwischen der singhalesischen Mehrheit (12 Mio) und der tamilischen Minderheit (3 Mio). Dies geschah mit

dem Argument, man wolle so die ethnischen Unruhen unter Kontrolle halten. Gleichzeitig suchte man, jegliche politische Opposition gegen die Reformpläne der Regierung im singhalesischen Südteil der Insel zu unterdrücken. Im Klartext: Die Regierung Jayawardene schürte den Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen, um mit Ausnahmegesetzen die linke Opposition zu zerschlagen, um ihr ehrgeiziges außen- und innenpolitisches Programm schnell und effektiv durchzusetzen.

Doch diese Rechnung sollte nicht aufgehen. Die tamilische Jugend, die heute an der Spitze des Kampfes für einen selbständigen Staat Tamil Eelam steht, war seit 1948 unter einem singhalesischen Regime großgeworden, das schrittweise die tamilische Minderheit diskriminierte. Vor der Unabhängigkeit bediente sich die britische Kolonialmacht der Politik des „Teile und Herrsche“ und bevorzugte die Tamilen. Als das Land in die Unabhängigkeit entlassen wurde, waren unverhältnismäßig viele Stellen im öffentlichen Dienst von Tamilen besetzt.⁸

Die Eigenstaatlichkeit führte rasch zu einem Transfer der Macht an die singhalesischen Führer.⁹ Seit 1956 kam es in Sri Lanka mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu Übergriffen gegen die tamilische Minderheit. Tamilische Politiker, in der Vergangenheit konservativ und zu Kompromissen bereit, begnügten sich stets mit der Forderung nach mehr Autonomie.

Erst die junge Generation verspürte, daß die Benachteiligungen ständig zunahmen und Versprechen nach mehr Gerechtigkeit und mehr Selbständigkeit nicht eingelöst wurden.

Der tamilische Befreiungskampf hat eine Doppelfunktion.

Einerseits löste er in der konservativen und an traditionelle Werte gebundenen tamilischen Gesellschaft eine soziale Revolution aus und leitete die Ablösung der bourgeois tamilischen Führer ein, die heute in der gemäßigten Vereinigten Tamilischen Befreiungsfront (TULF) zusammengeschlossen sind. Zum anderen ist der Kampf auf die Schaffung eines eigenständigen „sozialistischen“ Tamil Eelam ausgerichtet.

Zu ersten militärischen Aktionen der Separatisten kam es bereits 1976 unter der Regierung Bandaranaike. Doch erst nach den staatlich gelenkten, großen Pogromen 1977, 1981 und vor allem 1983 konnte die tamilische Guerilla sowohl ihre soziale Basis als auch die Zahl ihrer aktiven Kämpfer erweitern. Seit dem „schwarzen Juli“ 1983, bei dem generalstabsmäßig unter Beteiligung von Militär und Polizei Leben und Eigentum der Colomboer Tamilen vernichtet wurden,¹⁰ glaubt kaum ein Tamile mehr an eine friedliche politische Lösung.

Die unvorhersehbare Eskalation des Bürgerkrieges bringt das Jayawardene-Regime in starke Bedrängnis. Einerseits ist es militärisch nicht in der Lage, die tamilische Guerilla zu zerschlagen. Denn durch die brutalen Massaker an tamilischen Zivilisten, seit 1983 mehr als 3.000 Tote, steht das tamilische Volk geschlossen hinter den „Boys“, wie sie vom tamilischen Volksmund genannt werden.

Andererseits hat sich die soziale Lage der singhalesischen Massen im Süden durch den Krieg so verschlechtert, daß sie sich auch durch chauvinistisch-patriotische Appelle von Regierung und buddhistischem Klerus nicht mehr von ihren berechtigten Forderungen nach Arbeit, höheren Löhnen und mehr sozialer Gerechtigkeit abbringen lassen.

Eine Vielzahl von Streiks und die Verhaftung von 200 oppositionellen singhalesischen Politikern sprechen dafür, daß das UNP-Regime in arge Bedrängnis geraten ist.

Schlüsselrolle Indiens

Trotzdem ist nicht absehbar, wie lange die Vernichtungspolitik gegenüber den Tamilen noch weitergeht, wenn Indien nicht handelt.

Ministerpräsident Rajiv Gandhi hatte seit den Gesprächen in Thimpu (Bhutan) im Sommer 1985 zwischen Colombo und fünf tamilischen Organisationen auf eine politische Lösung gesetzt und eine Vermittlerrolle eingenommen. Bald zeigte sich jedoch, daß Colombo den ausgehandelten Waffenstillstand zur Verstärkung seiner Armee nutzte, und offensichtlich nur auf eine militärische Lösung setzt. Eine mögliche Kompro-

mißformel in Form der Gründung eines einheitlichen autonomen tamilischen Gebiets mit weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen scheiterte am Widerstand der Regierung Jayawardene.

Gandhi ist in einer schwierigen Lage. Die 52 Mio Tamilen im Bundesstaat Tamil Nadu, der ein bedeutendes politisches Gewicht in der indischen Föderation hat, fordern von ihm dem Völkermord ein Ende zu setzen. Am 31. Mai d.J. protestierten sie mit einem Generalstreik gegen die Übergriffe der lankanischen Armee, durch die bereits 125.000 Tamilen zur Flucht nach Indien gezwungen wurden. Gandhi möchte jedoch die Forderung nach einem unabhängigen Staat Tamil Eelam nicht unterstützen, da das die Separationsbestrebungen innerhalb der Indischen Föderation (z.B. im Pundschab) verstärken könnte.

Colombo wird jedoch nur zu einem Einlenken gezwungen werden können, wenn Indien seinen Druck erhöht – unter Umständen durch ein militärisches Eingreifen – oder wenn die westlichen Geldgeber ihre Unterstützung einstellen. Daß letzteres unwahrscheinlich ist, zeigte sich im März d.J., als die USA und ihre Verbündeten sich in der UN-Menschenrechtskommission einer Resolution gegen die Völkermordpolitik der Regierung Jayawardene widersetzten.

Unsere Autoren hielten sich Ende 1985 4 Monate in Sri Lanka und Tamil Nadu auf und befaßten sich dort mit dem „ethnischen Konflikt“ zwischen Tamilen und Singhalesen. K. Söhnlein ist Autor des Buches „Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Sri Lankas“ (Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984), das schwerpunktmäßig die Kolonialgeschichte, die Unabhängigkeitsbewegung sowie die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung behandelt.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Rundschau, 21.5.1986
- 2) Diese Einschätzung gibt S. Sivanayagam, Herausgeber der Tamil Information in Madras (Indien). Quelle: Interview der Autoren mit S. Sivanayagam am 8.11.1985 in Madras
- 3) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 2.5.1986
- 4) Vgl. Far Eastern Economic Review, 15.5.1986
- 5) Vgl. U.S. News & World Report, Washington, 19.5.1986
- 6) Interview mit dem Vorsitzenden des Tamil Nadu Kamaraj Congress und Parlamentsabgeordneten P. Nedumaran, geführt am 8.11.1985 in Madras
- 7) Vgl. International Herald Tribune, Paris/Zürich, 17./18.5.1986
- 8) Vgl. Report of the International Commission of Jurists, Genf 1983, S.10
- 9) Vgl. T. Balasuriya, Catastrophe July '83, Can Sri Lanka Survive?, Colombo 1983, S.7
- 10) Vgl. Centre for Society & Religion, Dossier 104, „Black July 1983“, Colombo 1984



UNIDOC
film&video

Braunschweiger Straße 20
4600 Dortmund 1
Tel.: (02 31) 8 38 01 · 48

Nelson Mandela

NEU!

16 mm, 40 min.
Farbe/sw
Ein Film von
Lionel Ngakane



Der Kampf ist mein Leben

In diesem Film wird der Lebensweg von Nelson Mandela nachgezeichnet und mit ihm zum ersten Mal die Entstehung und Entwicklung des ANC, der Befreiungsbewegung des Volkes von Südafrika.

Interview mit Khaled Mohieddin Unter der Oberfläche brodelt es

Khaled Mohieddin, Generalsekretär der Nationalen Progressiven Partei, ist die prominenteste Persönlichkeit der ägyptischen Linken. Er gehörte zur Gruppe der „Freien Offiziere“, die unter Gamal Abdel Nasser 1952 das Nilland auf einen sozialistisch orientierten Revolutionskurs brachte, und war Mitglied des Revolutionsrats vom 23. Juli. Unter Anwar al-Sadat (1970-81) führte Mohieddin die Sammlungsbewegung des Widerstands gegen die Restauration und Westöffnung an. Er war mehrfach Parlamentsmitglied und fungiert als Vizepräsident des ägyptischen Friedensrates. In Genf sprach für das AIB Bettina Bouresh mit ihm.

AIB: Was steckt hinter dem Polizeiaufstand vom Februar dieses Jahres?

K. MOHIEDDIN: Das war eine Widerspiegelung der ökonomischen und sozialen Krise in Ägypten als Ergebnis der Politik von Sadat.

Es hat eine Verkehrung der ökonomischen Struktur stattgefunden: Während sie in produktiver Hinsicht schwächer geworden ist, wuchsen die Dienstleistungssektoren immer mehr an. Durch diesen ungesunden Prozeß ist die Auslandsabhängigkeit Ägyptens größer geworden.

Ökonomisch und militärisch ist Ägypten auf die Hilfe der USA angewiesen. Wir sind kein bedeutendes Exportland, der Kurs des ägyptischen Pfundes fällt, die Preise und die Inflation steigen.

Die Folge davon ist, daß Leute mit festem Einkommen, und das sind 85% der Bevölkerung, sehr unter dieser Situation leiden.

Sie wollen unter solchen Bedingungen nicht leben – selbst die Mittelschichten sind betroffen. Und die Mittelschichten sind das Rückgrat eines jeden Regimes! Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in der Krise, d.h. die Wirtschaft befindet sich in der Krise. Hinzu kommen wachsende Klassenunterschiede. Es liegt also auch eine soziale Krise vor.

Polizeirevolte – Signal sozialer Krise...

Natürlich leidet die Demokratie unter solchen Verhältnissen, wenn die herrschenden Kreise den Reichtum und die Politik monopolisieren. Das Gefühl, in der Krise zu leben, ist unter Ägyptern sehr verbreitet.

Der Polizeiaufstand ist ein Teil dieser Krise. Aber es handelte sich dabei um



Khaled Mohieddin (l.), prominentester Führer der ägyptischen Linken

eine Organisation der Staatsautorität selbst, die sich auflehnte. Das zeigt, wie tief die Krise reicht.

AIB: Wie kam es zu dieser Revolte?

K. MOHIEDDIN: Die Polizeioffiziere sind sehr arm. Sie leben schlecht und ihre Löhne sind niedrig.

Sie lehnten sich auf, als ihnen eine Verlängerung ihres Dienstes angekündigt wurde. Diese Polizeirevolte war ein schwerer Rückschlag für Mubarak.

Die Regierung hat die Lage nicht verstanden. Wenn dieser Aufstand nicht von Gewalt begleitet gewesen wäre, hätte die Bevölkerung sich den Polizisten angeschlossen.

AIB: Gab es keine politischen Forderungen?

K. MOHIEDDIN: Nein. Sie wollten nach Hause. Wenn es politische Forderungen gegeben hätte, hätten sie in den Straßen

demonstrieren können, z.B. unter dem Motto: „Nieder mit der Ungerechtigkeit! Wir wollen Gerechtigkeit!“

Wenn sie das gemacht hätten, wäre die Bevölkerung aus ihren Häusern zu ihnen herausgekommen. Aber wegen der Zerstörungen und dem Töten von Menschen waren die Leute gegen sie. Der Aufstand war nicht populär.

AIB: Wie ist die Lage jetzt?

K. MOHIEDDIN: Nach außen hin ruhig. Doch Sie wissen: unter einer ruhigen Wasseroberfläche kann es brodeln.

So wie die ökonomischen und sozialen Probleme liegen, werden sich solche Vorfälle wiederholen. Vielleicht in 1 oder 2 Jahren, vielleicht auch nicht so schnell. Wir haben so etwas erwartet – allerdings nicht bei der Polizei, was nur zeigt, daß die Krise sich vertieft.

Wir hoffen, daß dieser Vorfall der Regierung eine Lehre ist. Zur Lösung der Krise sind radikale Maßnahmen nötig. Aber die Regierung macht immer noch mit den alten Methoden weiter.

Die Situation erfordert die Revision von Standpunkten. Solange die Ursachen nicht beseitigt werden, kann es solchen Aufruhr jederzeit an anderen Orten, in anderen Bereichen geben.

Unsere Partei hatte ein Programm, um aus der Krise zu kommen. Wir haben vorgeschlagen: Wir brauchen eine nationale Übereinkunft zwischen allen Parteien, weil man ohne ein nationales Einsparungsprogramm nicht aus der Krise kommt. Die Reichen müssen dabei den größten Anteil übernehmen.

...aber unpopulär

Aber von den anderen gab es keine Bereitschaft zu einer solchen Übereinkunft.

AIB: Wie schätzen Sie heute die Opposition in Ägypten ein?

K. MOHIEDDIN: Was die Frage der Demokratie angeht, so sind sich alle in gewisser Hinsicht einig, über die nationalen Probleme halbe-halbe.

Aber in Bezug auf die ökonomischen Probleme gibt es Differenzen. Z.B. bevorzugen die rechten Parteien, so die Wafd, wie die Regierung den Privatsektor, nicht nur den produktiven Privatsektor, sondern den Bereich Import/Export, Handel, Dienstleistung, die Spekulanten.

AIB: Sind sie identisch mit der fundamentalistischen islamischen Bewegung?

K. MOHIEDDIN: Nein, das ist nicht das Problem. Fundamentalisten arbeiten mit Gefühlen.

AIB: Aber sie verfügen doch über einigen Einfluß in Ägypten?

K. MOHIEDDIN: Die Fundamentalisten sind das Rückgrat derjenigen, die Mittel-

schichten und Kleinbourgeoisie auseinanderdividieren.

Die Kleinbourgeoisie leidet und kommt nicht zu radikalen Lösungsmöglichkeiten. Deshalb findet sie in der Religion eine Art „Erlösung“. So können sie große Unterstützung für Allah und die Hinwendung zur Religion erhalten. Aber das wird zu nichts nützen.

AIB: Wie sieht es mit den Verbindungen der Fundamentalisten zu entsprechenden Bewegungen in anderen islamischen Ländern aus?

K. MOHIEDDIN: Die gibt es natürlich. Und die Ägypter sind auch durchaus religiös. Aber sie lehnen die Botschaft der Gewalt ab.

Hier in Ägypten gibt es sehr mächtige laizistische Parteien, die die Interessen von Bauern und Arbeitern vertreten. Die anderen sind keine Kraft. In Zeiten religiöser Gefühle stellen sie eine Kraft dar, in Zeiten politischer Probleme und nationaler und sozialer Probleme spielen sie praktisch keine Rolle.

Das heißt nicht, daß sie nicht über Einfluß verfügen.

Mubarak nicht gleich Sadat

AIB: Was sagen Sie zur Rolle der USA in Ägypten?

K. MOHIEDDIN: Sehr schlimm. Die Leute merken, daß die Abhängigkeit von den USA bei Nahrungsmitteln bedeutet, daß sie ihre Landwirtschaftspolitik ändern müssen, um unabhängig vom Ausland zu werden: mehr Mais und Weizen zur eigenen Versorgung pflanzen.

Dies gehört zu den politischen Hauptforderungen der nationalen Bewegung in Ägypten. Das erfordert aber politische Maßnahmen in der Landwirtschaft, die für die Reichen nicht günstig sind.



Fundamentalisten-Demonstration in Kairo: Rufe nach dem islamischen Recht

Reiche Landbesitzer wollen Gemüse und Obst anbauen. Das können die Armen nicht. Für Obst- und Gemüseanbau ist mehr Kapital erforderlich. Mais, Weizen und Reis, die zur Eigenversorgung notwendig sind, können die Armen leicht anbauen. Der Kampf hierum ist in Ägypten sehr stark.

Um sich aus der Abhängigkeit vom Ausland zu befreien, muß man einen Plan für die Unabhängigkeit machen. Das erfordert eine Politik, die diese Regierung allein nicht bewerkstelligen kann. Das erfordert eine Art nationaler Übereinkunft aller Kräfte.

AIB: Mubarak bemüht sich, Unterschiede in der Politik im Vergleich mit Sadat zu demonstrieren. Was halten Sie davon?

K. MOHIEDDIN: Sicher gibt es Unterschiede. Zumindest versucht er, das nationale Interesse besser als Sadat zu verteidigen.

AIB: Inwiefern?

K. MOHIEDDIN: Mubarak setzt sich für die Interessen der nationalen Industrie ein, in der Landwirtschaft auch bis zu einem gewissen Grad.

Natürlich bewegt er sich noch im Rahmen der Sadat-Politik, aber in einigen Detailfragen versucht er sich davon zu lösen. Die Veränderungen sind minimal und nicht das, was die volksverbundenen Bewegungen erwarten.

Sadat war gegenüber allen amerikanischen Forderungen zur Kapitulation bereit. Mubarak versucht immerhin, im Gegensatz zu Sadat, der die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) außer acht ließ, auf den PLO-Standpunkten zu insistieren und sie verteidigen: volles Mitglied bei einer Konferenz zu sein, das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf einen palästinensischen Staat.

AIB: Aber Camp David gilt für Mubarak genauso?

K. MOHIEDDIN: Das ist nicht der Punkt. Mubarak respektiert die Beziehungen zu Israel, er muß das, das ist Staatspolitik. Er kann sich nicht Israel und den Vereinigten Staaten entgegenstellen. Er muß die Unterschrift unter das Abkommen respektieren. Zumindest versucht er, die amerikanische Unterstützung zu verbergen. Und er war bemüht, die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu verbessern, um ein Gleichgewicht zu schaffen.

Mit Camp David geht er anders um als Sadat. Mubarak behandelt das Abkommen sehr kühl. Er weiß, es gibt Stimmen dafür und dagegen. Andererseits ist es eine Tatsache, daß er sich um eine Verbesserung der Beziehungen Ägyptens zur arabischen Welt bemüht. Den Standard der ägyptisch-israelischen Beziehungen versucht er so niedrig wie möglich zu halten.

Die Ägypter mögen die Beziehungen zu Israel nicht. Kein Ägypter war gegen einen Frieden, aber gegen die Eröffnung einer israelischen Botschaft und gegen israelische Touristen. Weil die Ägypter aus Erfahrung wissen, daß Israel immer noch ihr Feind ist. Sadat wollte ihnen zeigen, daß die arabischen Länder ihre Feinde sind.

Der israelische Überfall auf den irakischen Reaktor, der Krieg gegen den Libanon, Israels Versuche, aus dem Abkommen Profit zu ziehen: Die Bevölkerung merkt, daß der Friede nicht genuin ist. Ägypten ist isoliert in der arabischen Welt. Es mußte eine starke Armee aufbauen. Wir haben von diesem Frieden nichts gehabt. Die Ägypter fühlen sich immer noch als Araber, sie stehen auf ihrer Seite. Die Stimmung in Ägypten ist stark gegen Israel und die ägyptische nationale Bewegung ist immer noch die stärkste Stütze für die Palästinenser.

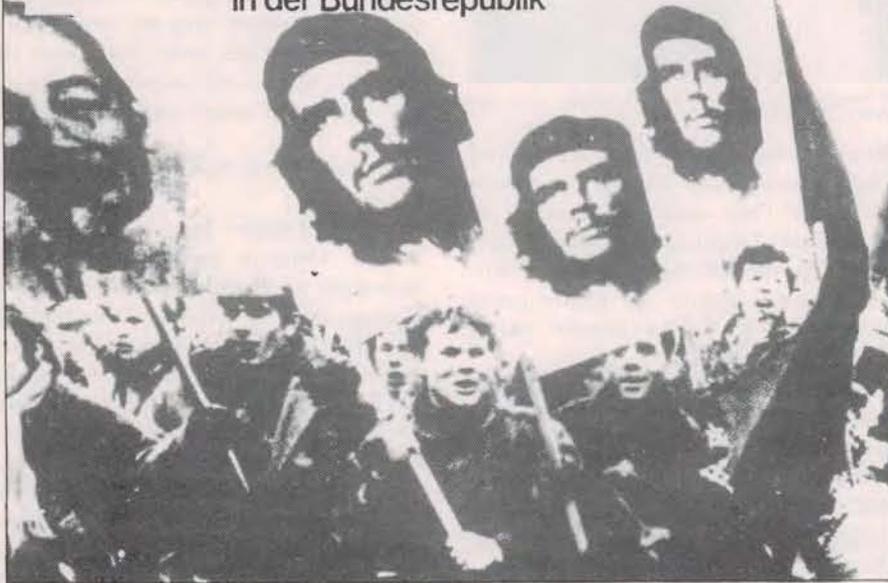
Revoltierende Polizisten ergeben sich Armeekräften



Nico Biver/Marianne Kolter 10. BUKO: Standortbestimmung

»Kein Che ist nicht in unserer Mitte«

Geschichte, Gegenwart und Perspektiven
von Solidaritäts- und Dritte Welt-Arbeit
in der Bundesrepublik



„Kein Che ist nicht in unserer Mitte“ lautete das Motto des 10. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der vom 8.-11. Mai d.J. in Bremen tagte. Ca. 450 Teilnehmer aus etwa 100 Solidaritätskomitees, Dritte-Welt-Gruppen und -Läden diskutierten in Arbeitsgruppen, Plenen und Workshops über die „Geschichte, Gegenwart und Perspektiven von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Arbeit in der Bundesrepublik“.

Der Stellenwert des BUKO wurde einmal mehr deutlich durch die ansehnliche Teilnehmerzahl, durch die Anwesenheit „etablierter“ Institutionen wie Dienste in Übersee und Deutscher Entwicklungsdienst (DED) sowie durch die Präsenz mehrerer Bundestagsabgeordneter der Grünen und der SPD.

Gesamtzusammenhänge berücksichtigen!

Einen gelungenen Einstieg in das Thema leisteten Vertreter des Rheinischen Journalistenbüros mit einem Dia-Vortrag zur Geschichte der Solidaritätsbewegung. Am Beispiel der Solidarität, die deutschen Antifaschisten unter dem Hitler-Faschismus auch aus Ländern der Dritten Welt zuteil wurde, machten sie anfangs deutlich, daß Solidarität keine Einbahnstraße ist. Anschließend stellten sie die Entwicklung der Solidaritätsbewegung zu Algerien, Vietnam, Chile bis Mittelamerika vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik dar. Sie machten nicht zuletzt deutlich, daß nicht nur Solidaritätskomitees, sondern vor allem politische und gesellschaftliche Organisationen die wesentlichen Träger dieser Solidarität

waren. Viele der auf dem BUKO diskutierten Probleme resultieren gerade aus der Tatsache, daß es sich bei dem vertretenen Teil der Solidaritätsbewegung um Gruppen handelt, die sich ausschließlich mit Solidaritätsarbeit befassen und zudem oft nur mit einem abgegrenzten Teilproblem.

Hier liegt eine Erklärung für die Mängel, die im Papier, das die Arbeitsergebnisse zusammenfaßt, dargestellt werden. Dort wird u.a. festgestellt, daß Theorielosigkeit und Aktionismus vorherrschen, die Arbeit zu sehr ins Detail gehe und eine globale Perspektive fehle. Die Arbeit würde zudem nicht konsequent an der Situation in der BRD ansetzen. Zur Behebung dieser Probleme wird zurecht festgestellt: „Es darf nicht mehr die bisherige Verzettelung geben. Die wichtige Arbeit an exemplarischen Problemen muß immer im Gesamtzusammenhang bleiben, die Komplexität muß vermittelt werden.“ Zudem wird gefordert, „die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen voranzutreiben“.

Auf Distanz zur Friedensbewegung

Diese Konsequenzen werden aus einer „(welt-)politischen Analyse“ abgeleitet: „...es gibt keine eigenständige Entwicklung von Staaten oder Völkern mehr, denn die USA verfolgen derart konzentriert die Strategie eines weltweiten Imperialismus, daß alle politischen Prozesse davon beeinflusst werden. Demnach sind imperialistische Aktivitäten anderer Länder, z.B. auch der BRD sozusagen nachgeordnet zu beurteilen. Die USA peit-

schen ihren Imperialismus planvoll-strategisch, natürlich auch unter Einsatz von Militär, durch.“

Richtig an dieser Analyse ist zweifellos, daß der US-Imperialismus versucht Boden gut zu machen. Doch hat sich gezeigt, daß sein Handlungsspielraum enger geworden ist. Würde es sonst noch ein freies Nicaragua geben, hätte sonst Marcos abtreten oder die US-Truppen den Libanon verlassen müssen?

Die Überschätzung des US-Imperialismus rührt vor allem daher, daß keine Gegenkräfte ausgemacht werden. Dies gilt sowohl für die revolutionären Staaten in der Dritten Welt, die Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Länder.

Zur Sowjetunion, gegen die die US-Politik sich hauptsächlich richtet, wird erklärt, daß ihre Rolle vom BUKO noch nicht ausreichend bestimmt worden sei. Es bleibt zu hoffen, daß auf einem zu diesem Thema beschlossenen Seminar mehr Klarheit erreicht wird.

Die Beschreibung des US-Imperialismus als fast allmächtig und die Vorbehalte gegenüber den sozialistischen Ländern und Befreiungsbewegungen, die von ihnen unterstützt werden, hat in der praktischen Politik zur Konsequenz, daß keine regionalen Schwerpunkte der Solidaritätsarbeit gesetzt werden und Bewegungen, die den Befreiungskampf ihrer Völker anführen, keine besondere Unterstützung zuteil wird. Dies spiegelt sich nicht nur in den Ergebnissen der AGs, sondern auch im Umgang mit den Befreiungsbewegungen wider.

So waren auch diesmal wieder Vertreter spalterischer Bewegungen aus dem Südlichen Afrika wie der Panafrikanische Kongreß (PAC) und die Südwestafrikanische Nationalunion (SWANU) anwesend. Der separatistischen Eritreanischen Volksbefreiungsfront (EPLF) wurde in Diskussionen, in einem Antrag und dem Beschluß, ein Seminar zu Eritrea durchzuführen, besondere Aufmerksamkeit zuteil. Dem entspricht auch, daß es einer längeren Diskussion bedurfte, bis eine Delegation nikanraguanischer Gewerkschafter vor einem Plenum zu Wort kommen konnte.

Rolle der BRD vernachlässigt

Entgegen den getroffenen Einschätzungen zum US-Imperialismus steht der Beschluß des BUKO, aus dem Koordinationsausschuß (KA) der Friedensbewegung sowie aus dem Koordinationskreis 3. Welt (KK3W), der die Solidaritätsbewegung im KA vertritt, auszutreten.

Dies steht nicht nur im Widerspruch dazu, daß man anstrebt, verstärkt mit anderen sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten und den „Gesamtzusammenhang stärker berücksichtigen müßte“. Gerade die Friedensbewegung wendet sich gegen das wichtigste Standbein der US-Globalpolitik, nämlich die nukleare Aufrüstung, die u.a. einen größeren Handlungsspielraum in der Dritten Welt ermöglichen soll.

Ihr Abwehrkampf gegen imperialistische Kriegspolitik ist aufs engste mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt verbunden. Daß die Friedensbewegung ein wichtiger Bündnispartner gegen die Aggressionspolitik der USA in der Dritten Welt ist, hat sie nicht nur 1984 mit ihrer Mittelamerikademonstration, sondern erst kürzlich mit ihren Protestaktionen gegen den US-Überfall auf Libyen bewiesen. Zu kurz kommt in der Analyse der Weltlage auch die Rolle der BRD, die wie andere imperialistische Staaten zu Befehlsempfängern der USA degradiert wird.

Diese Haltung vernachlässigt die Rolle der BRD als imperialistischen Staat, der eigene Interessen in der Dritten Welt hat und diese

auch durchzusetzen versucht. Es reicht deshalb nicht, die „Steigbügelhalter“ des US-Imperialismus hier auszumachen und diese schwerpunktmäßig zu bekämpfen, auch wenn dies – zurecht – mit dem Kampf gegen den BRD-Imperialismus einhergehen soll.

Angeichts der Aktivitäten der BRD und ihrer Konzerne auf den Märkten der Dritten Welt, ihrer Bereitschaft, u.a. das rassistische Regime in Pretoria weiterhin zu unterstützen und sich an den Interventionen der Reagan-Administration – etwa im Falle Libyen – zu beteiligen, ist es notwendig, sich mit ihrer Politik zweigleisig auseinanderzusetzen. Sicher streitet niemand ab, daß die Regierung Kohl ein Partner mit besonderer Zuverlässigkeit für die US-Globalpolitik ist, gleichzeitig dürfen aber die eigenständigen Interessen und die daraus folgenden Aktivitäten nicht vernachlässigt werden.

In der konkreten Politik des BUKO ist dies bisher auch nicht geschehen.

Besonders die drei seit Jahren laufenden Kampagnen richten sich sowohl gegen die Aktivitäten der BRD-Konzerne in der Dritten Welt als auch gegen Teile der Außenpolitik der Bundesregierung. Dies ist besonders deutlich bei der Kampagne gegen Rüstungsexporte, die sich u.a. gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika wendet.

Die Pharma-Kampagne richtet sich gegen die Praktiken der Pharma- und Chemie-Multis in der Dritten Welt. Die Agro-Koordination macht u.a. auf die Zusammenhänge zwischen dem Hunger in der Dritten Welt und der EG-Agrarpolitik aufmerksam.

Viele der auf dem BUKO verabschiedeten Resolutionen zeigen, daß der BUKO auch weiterhin zu zentralen Fragen des antiimperialistischen Kampfes aktiv bleiben wird. So verurteilten die Delegierten den US-Angriff auf Libyen, die Unterstützung Bonns für den US-

Interventionismus und stimmten sie der Kampagne „Nikaragua muß überleben“ zu.

Angenommen wurde auch eine Resolution, die zu Spenden aufruft, welche die Kosten eines Prozesses decken sollen, den die Firma STEAG gegen Rüstungsexportgegner angestrengt hatte (siehe BRD-Infodienst in diesem Heft). Die Delegierten befürworteten außerdem Aktivitäten zur Freilassung Nelson Mandelas und die Spendenkampagne des ANC „Unterstützt den Freiheitssender Mandela“.

Verschuldung – Thema des 11. BUKO

Positiv ist auch der Beschluß zu werten, die Verschuldungsproblematik zum Thema des nächsten BUKO zu machen.

Dies entspricht nicht nur der Bedeutung des Themas und den Auseinandersetzungen, die es weltweit auslöst, sondern ist zudem nützlich für den Start einer Kampagne gegen die Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die 1988 in Westberlin tagen werden.

Der 10. Bundeskongreß schloß mit den Wahlen zum Koordinierungsausschuß (KA) ab. Neu zu wählen waren vier Gruppen. Für 2 Jahre waren bereits auf dem letzten BUKO medico international (Frankfurt), der Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK, Münster) und die Initiative Dritte Welt (IG3W, Herbern) gewählt worden.

Zur Wiederwahl stellten sich diesmal die Aktion Dritte Welt (ADW, Freiburg), die Informationsstelle Lateinamerika (ila, Bonn) und der Dritte Welt Laden Fulda. Als neue Gruppe kandidierte der Dritte Welt Laden Mannheim. Letztere mußte sich mit 46 von 72 Stimmen begnügen, weil sie u.a. kritisiert hatten, daß der Bremer Arno Armgort von der Leitung einer

AG ausgeschlossen worden war, weil er – so die Begründung des KA – Mitglied der DKP sei und außerdem einen kritischen Artikel zum PAC (siehe AIB 4/1986) geschrieben habe. Bedauerlich, daß diese Maßnahme nicht auf den Protest der Mehrheit der Anwesenden gestoßen ist.

Es bleibt zu hoffen, daß die Erkenntnis wächst, daß inhaltliche Auseinandersetzungen der Solidaritätsbewegung mehr nutzen als solche undemokratischen administrativen Maßnahmen, die in ihrer Begründung fatal an die Praxis der Berufsverbote erinnern.

Positiv ist noch die einzige sichtbare Konsequenz der Strukturdiskussion anzumerken.

Die Parität zwischen Männern und Frauen soll in den Gremien des BUKO in Zukunft ein Muß sein, sicher ein richtiger Schritt, die Gleichberechtigung politisch aktiver Frauen voranzutreiben. Erfreulich auch die Betonung, die auf die besondere Betroffenheit von Frauen in der Dritten Welt durch imperialistische Politik gelegt wird, z.B. in der Pharma-Kampagne.

Doch viel zu oft wird die besondere Unterdrückung der Frauen nur in Begriffen wie „patriarchalische Unterdrückung“ gefaßt. Sicherlich geben Männer die Unterdrückung und Ausbeutung, die sie selbst erfahren, an die schwächeren in der Gesellschaft weiter, Frauen und Kinder. Aber nicht die Männer, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse sind letztlich die Ursache für diese Unterdrückung der Frauen. Dies darf nicht aus den Augen geraten.

Insgesamt gesehen hat dieser 10. BUKO Chancen vertan, eine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Lage der Solidaritätsarbeit in der BRD zu leisten. Dennoch zeigten die Diskussionen, daß die Aktiven ein dringendes Bedürfnis haben, die anstehenden Fragen zu klären.

Nelson Mandela



Der Kampf ist mein Leben

Reden und Schriften Mandelas –
mit neuesten Beiträgen aus dem Gefängnis

Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
416 Seiten
18,- DM

Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 46 Dortmund 1

Weltkreis

Dirk Rosin

Supermacht gleich Supermacht? Die Dritte-Welt-Politik von USA und Sowjetunion



Rajiv Gandhi (l.) bei seinem Moskau-Besuch 1985 mit Michail Gorbatschow: Indien ist der wichtigste nichtsozialistische Partner der UdSSR in Asien

„Was der einen Supermacht ihr Nicaragua, ist der anderen ihr Afghanistan.“ Dieser Satz macht die Haltung eines nicht unerheblichen Teils der Friedens- und Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik gegenüber der Dritte-Welt-Politik der USA und der Sowjetunion deutlich. Die „Supermächtheorie“, die mit Differenzierungen sowohl vom maoistischen und heutigen China („Hegemonialmächte“ USA und Sowjetunion) als auch von bürgerlichen und „links-undogmatischen“ Kräften vertreten wird, ist die Wiege solcher Aussagen.

Eine gewisse Popularität konnte eine abgewandelte Version im Rahmen des Aufschwungs der Friedensbewegung in Westeuropa Anfang der 80er Jahre erreichen: Die „Exterminismustheorie“ des britischen Historikers E.P. Thompson erklärt, daß sich mit den USA und der Sowjetunion „zwei auf Ausrottung gerichtete Systeme“ gegenüberstehen, die zwangsläufig auf eine nukleare Katastrophe zusteuern.

Während die „Supermächtheorie“ und ihre Abarten im Ost-West-Verhältnis angesichts des „Bombardements“ von konstruktiven Abrüstungsvorschlägen der sozialistischen Länder innerhalb der bundesdeutschen Friedensbewegung jedoch keine Hegemoniefähigkeit besitzt, sind für die Dritte-Welt-Politik der „Supermächte“ andere Positionen angesagt.

Nicaragua hier, Afghanistan da?

Afghanistan und Nicaragua gelten als Totschlagargumente dafür, daß beide Großmächte Dritte-Welt-Länder durch militärische Interventionen, politischen und ökonomischen Druck „gefügig“ machen, sie ausbeuten und ihnen das jeweilige eigene Gesellschaftsmodell oktroyieren. Solche Totschlagargumente halten jedoch einer vergleichenden Analyse der Dritte-Welt-Politik der beiden Großmächte nicht stand. Über den aggressiven Charakter der US-

Politik in der Dritten Welt herrscht in der Friedens- und Solidaritätsbewegung weitgehend Einigkeit. Die Kette der militärischen Gewaltakte der USA ist lang. Seit den militärischen Interventionen auf Kuba, Puerto Rico und den Philippinen im Jahr 1898 (Krieg der USA gegen Spanien um dessen Kolonien in der Karibik und Ostasien) sind bis hin zu den aktuellen Beispielen Grenada, Nicaragua, Libanon und Libyen unzählige Aggressionen gegen Länder der Dritten Welt zu verzeichnen.¹

Man sollte „die weißen Streifen der Flagge schwarz färben und die Sterne durch Totenschädel ersetzen“, kennzeichnete schon Mark Twain diese Interventionspolitik.²

Die meisten dieser Aggressionsakte, die seit dem Übergang zum Imperialismus zum Grundprinzip der US-Außenpolitik gehören, erfolgten aus dem gleichen Grund: Es ging und geht den USA bis heute darum, den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften in der Dritten Welt zu sichern.

Gleicher Drang nach Märkten?

Für ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, in dem das Prinzip der Profitmaximierung und ein extrem verschwenderischer Verbrauch von Rohstoffen vorherrscht, ist dies überlebensnotwendig. Der ehemalige General des US-Marinekorps, General Smedley D. Butler, beschrieb mit aller Deutlichkeit die Funktion der US-Streitkräfte, als bewaffneter Arm des Monopolkapitals:

„Ich verbrachte dreiunddreißig Jahre und vier Monate im aktiven Dienst als Angehöriger der beweglichsten Truppe unseres Landes — des Marinekorps. Ich diente in allen Offiziersrängen vom Leutnant bis zum Generalmajor. Und während dieser ganzen Zeit diente ich fast unausgesetzt dem Big Business, der Wallstreet und den Banken als 'starker Mann'. Kurz, ich war ein Zuhälter des Kapitalismus...“

So war ich 1914 beteiligt, in Mexiko und besonders Tampico, die amerikanischen Ölintressen zu sichern. Ich half Haiti und Kuba zu einer hübschen Profitquelle der National City Bank zu machen... Ich half in den Jahren 1909 bis 1912 für das internationale Bankhaus Brown Brothers Nicaragua freizumachen. 1916 brachte ich zugunsten der amerikanischen Zuckerinteressen der Dominikanischen Republik 'das Licht'.

Ich war daran beteiligt, für die amerikanischen Obstinteressen Honduras 'in Ordnung' zu bringen. In China half ich 1927 dafür sorgen, daß die Standard Oil

unbehelligt ihren Weg nehmen konnte.“³

Diese Beschreibung besitzt brennende Aktualität, allerdings unter zugespitzten Bedingungen: „Reaganomics“ als Charakterisierung einer wirtschaftspolitischen Orientierung steht nicht für die Binnenwirtschaftspolitik der USA und deren Auswirkungen auf Europa, sondern charakterisiert auch eine neue Qualität ökonomischer Interessen in der Dritten Welt.

Ursachen hierfür sind sowohl in der krisenhaften Entwicklung der US-Wirtschaft selbst, als auch in der globalen technologischen Umwälzung industriestaatlicher Produktionsverhältnisse zu sehen. Absatzmärkte in der Dritten Welt, deren billiges „Arbeitskräftereservoir“ und die Rohstoffressourcen gewinnen dadurch noch mehr Bedeutung für die USA.

Kein Zwang zur Kapitalexpansion

Die Intensivierung des militärischen Interventionismus unter der Reagan-Administration bildet das Pendant zu dieser ökonomischen Entwicklung. Dies geht einher mit Maßnahmen wie genereller Kürzung von Entwicklungshilfe, Rückzug aus Dritte-Welt-relevanten Gremien (Austritt der USA aus der UNESCO) und verschärftem ökonomischen und politischen Druck über den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank.

Ist das Dritte-Welt-Engagement der Sowjetunion, die von 1918-20 selber Opfer des US-Interventionismus war, nun deckungsgleich mit dieser Politik? Hier müssen zunächst einige Anmerkungen zur Logik des sowjetischen Wirtschaftssystems sowie zur Rolle der Sowjetunion auf dem Weltmarkt gemacht werden, um Aussagen über mögliche Grundlagen eines Interventionismus zur Absicherung ökonomischer Interessen, analog der US-Außenpolitik, machen zu können.

Auch wer den Produktionsverhältnissen in der Sowjetunion nicht das Prädikat „sozialistisch“ verleihen will, muß zugestehen, daß die Produktionsmittel dort nicht privater Verfügungsgewalt unterstehen. Damit aber entfällt auch der Drang zur Profitmaximierung und die damit verbundene Überproduktion für den Binnenmarkt.

Im Gegenteil: Von einem gesättigten Binnenmarkt kann in der Sowjetunion heute noch keinesfalls gesprochen werden. Die jüngsten Diskussionen und Beschlüsse des 27. Parteitages der KPdSU zeigen, daß Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs an Investitions- und Konsumgütern in Zukunft einen wichtigen Stellenwert einnehmen werden. Für die

Sowjetunion besteht also keine Notwendigkeit, von einem übersättigten Binnenmarkt auf ausländische Märkte auszuweichen.

Und tatsächlich entspricht auch die Rolle der Sowjetunion auf dem Weltmarkt keineswegs der einer kapitalistischen Industrienation. Erstens spielt ihr Handel mit Dritte-Welt-Ländern gegenüber dem Handel mit sozialistischen Ländern und der kapitalistischen Welt nur eine untergeordnete Rolle. So verblieben 1977 55,3% der gesamten Ausfuhren aller sozialistischen Länder innerhalb des eigenen Wirtschaftsblocks, danach folgten die Außenhandelsbeziehungen mit kapitalistischen Industrienationen mit 26,9%. Der Handel des Comecon (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe – RGW; d. Red.) mit der Dritten Welt machte 1977 gerade 16,7% aus.

Zweitens stellt sich die Importstruktur der Sowjetunion wie folgt dar: 1977 importierte sie Maschinerie mit 36,3% der gesamten Einfuhren, verarbeitete Waren mit 34% und Nahrungsmittel mit 20,8%. Erst am Ende der Reihe stehen klassische Exportwaren der Dritten Welt: Rohstoffe mit 5,4% und Brennstoffe mit 3,7%. Und drittens ist die Sowjetunion selber in erster Linie Exporteur von Rohstoffen und Energieträgern. Von einer Abhängigkeit von Rohstoffreserven in der Dritten Welt kann also keineswegs gesprochen werden.

„Zuschußgeschäfte“ überwiegen

Dies machen auch weitere Zahlen deutlich: Von den Rohstoffexporten der Dritten Welt gingen 1976 ca. 70% in die kapitalistischen Industrienationen, die Sowjetunion importierte nur 4% dieser Ausfuhren.⁴

Festzuhalten ist also, daß sich aus der sowjetischen Wirtschaftsstruktur kein Zwang zum Kapitalexport und zu dessen militärischer Absicherung (es gibt keine sowjetische „Schnelle Eingreiftruppe“) ergibt. Und die faktisch untergeordnete Rolle der Sowjetunion auf dem Weltmarkt beschneidet objektiv die Möglichkeiten zur „Unterwerfung“ von Dritte-Welt-Ländern extrem.

Die wenigen Fälle, in denen die Sowjetunion ein ökonomisches Monopol im Verhältnis zu Ländern der Dritten Welt besitzt (Kuba, Vietnam, Kampuchea, Afghanistan), zeigen zudem, daß diese Beziehungen rein politisch begründet sind.

Ökonomisch sind sie ein „Zuschußgeschäft“. „Die Sowjetunion hat bedürftige Freunde gewonnen, die als Ausgleich für ihre handfesten Forderungen nur recht kleine, zweifelhafte Vorteile zu

bieten haben. Oft überwiegen die Nachteile, die der Einflußnahme entwachsen, die Vorteile.“⁵

Dennoch bleibt es natürlich das Hauptinteresse jedes Landes, auch der Sowjetunion „...für das Überleben und für die Entwicklung der eigenen Gesellschaft günstige internationale Rahmenbedingungen zu schaffen“.⁶

Hier öffnet sich das nächste Einfallstor für Kritik an der sowjetischen Dritte-Welt-Politik: An die Stelle der Interessen des Monopolkapitals tritt der marxistisch-leninistische „Export der Weltrevolution“, der vor allem mit militärischen Mitteln vorangetrieben werde.

Diesem Argument steht die Aussage Lenins in seiner Rede auf der IV. Konferenz der Gewerkschafter und der Betriebskomitees Moskaus im Jahr 1918 gegenüber: „Gewiß, es gibt Leute, die da glauben, eine Revolution könne in einem fremden Land auf Bestellung, nach Übereinkunft entstehen. Diese Leute sind entweder Wahnwitzige oder Provokateure. In den letzten zwölf Jahren haben wir zwei Revolutionen durchgeführt. Wir wissen, daß sie weder auf Bestellung noch nach Vereinbarung gemacht werden können, daß sie dann ausbrechen, wenn Millionen zu dem Schluß kommen, man könne so nicht mehr weiter leben.“⁷

Diese Position besitzt in der Sowjetunion bis heute Gültigkeit.

„Die sozialistische Außenpolitik ist ... keine Politik des Exports der Revolution... In Wirklichkeit sind die Prozesse des Befreiungskampfes, des revolutionären Kampfes, vor allem objektive Prozesse. Sie lassen sich keinem fremden Willen unterordnen.“⁸ Für die KPdSU ist es unumstößlich, daß die Bestimmung des Schicksals der befreiten Länder, die Wahl ihrer Gesellschaftsordnung deren eigenes, heiliges Recht ist.“⁹

Revolutionen nicht bestellbar

Der Standpunkt der Sowjetunion ist also bis heute geblieben, daß man einen revolutionären Prozeß in einem anderen Land zwar unterstützen, aber nicht initiieren kann. Dementsprechend hat sich die Sowjetunion auch aus einer Reihe, einstmals als feste sowjetische Bastionen geltenden Ländern zurückgezogen, als sich dort ein politischer Sinneswandel vollzog. Zu nennen sind hier z.B. Ägypten und Somalia.

Solche Bastionen aber ohne Krieg, Intervention oder Umsturzversuch aufzugeben – das entspricht nicht der Handlungsweise einer imperialistischen (auf den „Export der Weltrevolution“ bedachten) Weltmacht.

Als Beispiel dafür, daß es der Sowjetunion tatsächlich nicht darum geht, Dritte-Welt-Ländern das eigene Gesellschaftsmodell aufzuzwingen, können die guten Beziehungen zum kapitalistischen Indien gelten. Der — inzwischen verstorbene — sowjetische Verteidigungsminister Ustinow umriß bei einem Indien-Besuch im März 1984 die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien so:

„Früher konnten wir von einzelnen Industrieprojekten Indiens als Symbolen unserer Zusammenarbeit sprechen... Heute umfaßt diese Zusammenarbeit zahlreiche Gebiete des materiellen und geistigen Lebens unserer Völker, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und anderes... Indiens positive Rolle in der internationalen Arena und sein Beitrag zur Entwicklung der Blockfreien-Bewegung sowie zum Kampf für Frieden und Abrüstung werden in der Sowjetunion hoch eingeschätzt.“¹⁰

Auf zwei weitere, entgegengesetzte Pole der Kritik aus der Friedens- und Solidaritätsbewegung an der Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion soll nun eingegangen werden.

Diese Positionen besagen zum einen, daß die Sowjetunion zu wenig Solidarität mit fortschrittlichen Regimes und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt übe. Zum anderen heißt es, daß die Politik der friedlichen Koexistenz, die die Sowjetunion im Ost-West-Verhältnis verfolgt, mit politischem und militärischem Engagement in der Dritten Welt nicht in Einklang zu bringen sei.

Als Beispiel für die Position, die der Sowjetunion mangelnde Solidarität mit der Dritten Welt vorwirft, kann die Kritik an ihrem Verhalten während der Kuba-Krise 1962 herangezogen werden. Hier habe die Sowjetunion angesichts der Eskalationsdrohungen der USA „gekniffen“, ihr Vorhaben, Raketen auf Kuba zu dessen Schutz zu stationieren, aufzugeben, und damit ein Land der Dritten Welt im Stich gelassen.

Dritte Welt im Stich gelassen?

Angesichts der Tatsache, daß auch 1962 bereits das Atomzeitalter angebrochen war, erscheint eine solche Position abenteuerlich. Was hätte die Sowjetunion tun sollen? Einen globalen Kernwaffenkrieg riskieren? Das „Wandeln am Rande des Abgrunds“ ist eine Erfindung der US-Außenpolitik und nicht zur Nachahmung geeignet.

Die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges hat oberste Priorität, denn er würde, unabhängig davon, wo er ausbricht, alle Staaten der Erde betreffen. Er würde global die natürlichen Existenzgrundlagen der Menschen zerstören. (Daß die Sowjetunion sich auch im Fall Libyens

von dieser Einsicht leiten läßt, ist ein Beleg für ihr Verantwortungsbewußtsein, kein Zeichen von „Schwäche“.)

Daß dies auch in der Dritten Welt so gesehen wird, zeigte die Erklärung von sechs Regierungschefs im Vorfeld des Genfer Gipfels (USA-UdSSR vom November 1985; d. Red.), mit der sie sich an die Genfer Gesprächspartner Reagan und Gorbatschow richteten:

„Sie wissen genauso gut wie wir, daß die wachsenden Vorräte an Nuklearwaffen, wenn sie zum Einsatz kommen, sei es auch durch Zufall oder eine Fehlkalkulation, uns alle in völlige Zerstörung stürzen werden. Kein Interesse kann diese Bedrohung der jetzigen und der zukünftigen Generationen rechtfertigen. Von daher ist die Verhinderung eines Atomkriegs nicht nur die Schlüsselfrage für Ihre Völker und deren Schicksal, sondern für alle Menschen auf jedem Kontinent.“ (Hervorhebung d. Verf.)¹¹

Vier der Staatsmänner, die diese Erklärung abgaben — Raul Alfonsin, Miguel de la Madrid, Rajiv Gandhi und Julius Nyerere — kommen aus der Dritten Welt.

Der anderen Front der Sowjetunion-Kritiker geht deren Engagement in der Dritten Welt dagegen zu weit. Friedliche Koexistenz und die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in der Dritten Welt seien unvereinbar.

Revolutionsiege gerade in Entspannungsära

Aber was besagt die friedliche Koexistenz, das außenpolitische Prinzip der Sowjetunion seit ihrer Gründung? „Friedliche Koexistenz, die es durchzusetzen gilt, bedeutet in erster Linie Ausschaltung von Krieg, von Kriegsdrohung, von militärischer Erpressung und Aggression bei der Lösung internationaler Konflikte. Die Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verpflichten sich zur Gewährleistung des Friedens und zur friedlichen Regelung von Streitfragen in den internationalen Beziehungen.“¹²

Ebensowenig wie die friedliche Koexistenz aber eine Politik des Exportes der Revolution ist, ist sie eine Politik der Erhaltung des sozialen Status quo — gerade in Bezug auf die Dritte Welt. „Friedliche Koexistenz erfordert ... das Recht aller Völker auf freie Entscheidung der Frage ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung zu achten...“¹³

Friedliche Koexistenz kann daher nicht bedeuten, daß z.B. dem Apartheidregime in Südafrika der Status quo garantiert wird. Denn: „Hunderte Millionen Hungernde, Elend und Analphabetentum — all das sind potentielle Quellen sozialer Explosionen, die im Nuklearzeitalter die tragischsten Folgen nach sich ziehen können.“¹⁴



Verbündete in der Kubakrise 1962: Fidel Castro und KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow (r.)

Nicht der Befreiungskampf des süd-afrikanischen Volkes und dessen Unterstützung durch die Sowjetunion also ist friedensgefährdend, sondern das nach innen und außen aggressiv agierende Apartheidregime!

Nach der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kritikansätzen an der Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion ist nunmehr zu fragen, welche Rolle sie sowohl objektiv, als auch durch ihr aktives Agieren in der Dritten Welt, spielt.

Erstens vergrößert schon allein die bloße Existenz der Sowjetunion als mächtiger Gegenpart zur imperialistischen Großmacht USA den Handlungsspielraum fortschrittlicher Regimes und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Wadim Sagladin, erster stellvertretender Leiter der internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der KPdSU, beschreibt die Auswirkungen dieser objektiven Funktion in der Entspannungsperiode der 70er Jahre:

„Es ist bei weitem kein Zufall, daß gerade in der Periode der Entspannung die faschistischen Regimes in Europa (in Portugal, in Spanien und in Griechenland) liquidiert wurden und daß das letzte, das portugiesische Kolonialimperium zerfiel, an dessen Stelle eine Reihe progressiver, friedliebender Staaten entstanden.“

In eben diesen Jahren siegten die Befreiungsrevolutionen in Süd-jemen, in Äthiopien und in Afghanistan, wurde das Schahregime im Iran gestürzt, vollzogen sich ernsthafte Veränderungen in Mittelamerika — es genügt, dabei an den Sieg der revolutionären Kräfte in Nicaragua zu erinnern...

Die Siege der demokratischen und anti-



faschistischen Kräfte, von denen die Rede war, konnten in bedeutendem Maße Kraft dessen erreicht werden, daß der Imperialismus unter den neuen Bedingungen in der Welt nicht in der Lage war, auf dem Wege der Gewaltanwendung die Völker daran zu hindern, ihren Willen durchzusetzen."¹⁵

Für diese These spricht, daß in Zeiten, in denen die Sowjetunion den USA ökonomisch und militärisch eindeutig unterlegen war bzw. sie noch gar nicht existierte, solche Erfolge nicht möglich waren. So waren die Kämpfe antiimperialistischer Bewegungen im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts (Aufstände in der damaligen deutschen Kolonie Südwestafrika, Boxeraufstand in China, der Befreiungskampf Sandinos in Nicaragua z. B.) nie von Erfolg gekrönt.

Aber auch die aktive Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt entspricht den Interessen von Befreiungsbewegungen und befreiten Ländern. Die Funktion von politischer und diplomatischer Unterstützung, Wirtschafts- und Militärhilfe der Sowjetunion für Nicaragua macht dessen Präsident Daniel Ortega deutlich: „Wenn die Sowjetunion nicht wäre, würde der internationale Imperialismus heute nicht vor einer Intervention gegen Nicaragua zurückschrecken.“¹⁶

Das Beispiel Nicaraguas (siehe M. Edelmanns Studie in AIB 1-4/1986; d. Red.) zeigt aber auch erneut, daß die Sowjetunion ihre Unterstützung für Nicaragua nicht mit der Bedingung verknüpft, daß das eigene Gesellschaftsmodell übernommen werden muß. Die Prinzipien der Sandinisten: Blockfreiheit, politischer Pluralismus und gemischte Wirtschaft, werden respektiert.

Denn: „Alles was in der internationalen Politik den Imperialismus schwächt, liegt daher im Interesse der UdSSR. Befreiungsbewegungen und Staaten der Dritten Welt, deren Politik sich objektiv gegen imperialistische Interessen richtet, konvergieren in ihrer Interessenslage mit der Sowjetunion.“¹⁷

Hilfekriterium Antiimperialismus

Daher die politische und materielle Unterstützung für die Frontstaaten Angola und Moçambique, für Vietnam, Kambodscha, Laos und Äthiopien. Daher die Unterstützung von Befreiungsbewegungen, wie der Demokratisch-Revolutionären Front/Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FDR/FMLN) in El Salvador, der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO), des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Südafrika und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in Namibia. Gerade das Beispiel der PLO, in der die nationale Bourgeoisie Palästinas mehrheitlich repräsentiert ist, zeigt, daß nicht nur sozialistische Befreiungsbewegungen und Staaten in der Dritten Welt von der Sowjetunion unterstützt werden.

Die gemeinsamen Interessen im Fall PLO-Sowjetunion liegen auf der Hand: Natürlich liegt es sowohl im Interesse der sozialistischen Kräfte als auch der nationalen Bourgeoisie Palästinas, sich einen eigenen Staat gegen den Widerstand der USA und Israels zu erkämpfen (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und mit verschiedenen Vorstellungen, wie dieser Staat auszusehen hätte). Und natürlich liegt es im Interesse der Sowjetunion, die Rolle Israels und des US-Imperialismus im Nahen Osten zu schwächen und mit möglichst vielen Ländern der Region freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Die gemeinsamen Interessen PLO-Sowjetunion sind aber nicht nur formal und zufällig, sondern auch inhaltlich konkret bestimmt: So vertritt die gesamte PLO klare antiimperialistische Positionen, unterstützt sie die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und das Prinzip der friedlichen Koexistenz.

Solche Beziehungen sind mit denen der USA zur Dritten Welt nicht zu vergleichen. So kämpfte z. B. die USA 1898 auf Kuba nur deshalb gegen die spanische Kolonialmacht, um deren Position einnehmen zu können.

Und wenn heute die USA zum Sturz von Diktatoren auf den Philippinen und Haiti beitragen, dann nicht, um die Forderungen der Völker nach gesellschaftlichen Strukturveränderungen und tiefgreifenden Reformen zu unterstützen (so gehört auch die neue Präsidentin der

Philippinen, Corazon Aquino, der Oberschicht an, so besteht fast die gesamte neue Regierung Haitis aus ehemaligen Duvalier-Anhängern), sondern um ihre Absatzmärkte und Militärbasen zu sichern. Dafür muß man Freunde, die die Proteste der Bevölkerung nicht mehr im Zaum halten, „opfern“ können.

Hier geht es jedoch nicht darum, die sowjetische Dritte-Welt-Politik frei von Fehlern zu sprechen. Fehler, die sich aus dem von Wolfgang Abendroth beschriebenen Doppelcharakter sowjetischer Außenpolitik ergeben:

„Zweifellos müssen sich im gegenwärtigen internationalen System ... alle Staaten unter dem Aspekt der Machtpolitik verhalten, wenn sie nicht ausgelöscht werden wollen ... daß auch sozialistische Staaten dem gegenwärtigen internationalen System angehören, sich auch bei ihnen ... typisch machtpolitische Verhaltens- und Denkformen bilden müssen und also auch verfremdend auf ihre Ideologie und ihre Praxis zurückwirken können...“¹⁸

Afghanistan, Irak – korrigierbare Fehler

Ob daher z. B. die Entscheidung, direkt militärisch in Afghanistan zu intervenieren, um die dortige Revolutionsregierung zu stützen, angesichts der kritischen bis ablehnenden Haltung vieler Staaten der Dritten Welt und vereinzelter vorsichtiger Kritik aus offiziellen Kreisen selbst in sozialistischen Ländern¹⁹ an diesem Schritt und angesichts möglicher politischer Lösungen vor der Intervention (z. B. einer UNO-Konferenz), richtig war, muß stark bezweifelt werden.

Gleiches gilt z. B. für die Waffenlieferungen an den kriegführenden Irak, die nach kurzfristiger Einstellung 1981 wieder aufgenommen wurden²⁰ und mit dazu beitragen, den Golfkrieg zu verlängern. Bezüglich sowjetischer Waffenexporte ist generell davon auszugehen, daß die kommerziellen Gesichtspunkte zwar nicht vorherrschend sind, sie sich jedoch auch bemerkbar machen, da sie ganz einfach Devisen bringen.²¹

Diese Fehler liegen jedoch nicht im Charakter der (sowjetischen) Gesellschaftsordnung begründet. Sie sind daher im Gegensatz zur US-Außenpolitik auch leichter korrigierbar.

Ein interessanter Aspekt der Dritte-Welt-Politik sozialistischer Staaten, der im Rahmen der Diskussion um „Sicherheitspartnerschaft“ und „Gemeinsame Sicherheit“ im Ost-West-Verhältnis (insbesondere zwischen der SPD und den kommunistischen Parteien der osteuropäischen Länder) zur Zeit verstärkt diskutiert wird, erscheint mir abschließend noch erwähnenswert.

Analog der Erkenntnis, daß im Ost-West-Verhältnis Sicherheit im Atomzeitalter nur noch gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden kann, wird eine solche Politik auch für die Dritte Welt gefordert. So kommen aus den sozialistischen Ländern Vorschläge zum Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen und zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in den verschiedenen Regionen der Welt.

„Sicherheitspartnerschaft“ auch mit der Entwicklungswelt?

Weiterhin wird vorgeschlagen, einen Vertrag über Gewaltverzicht und Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation mit einer Klausel zu koppeln, die den Gewaltverzicht der Teilnehmerstaaten auch gegenüber jeglichen Drittländern festschreibt. Internationale Vereinbarungen zur Einschränkung des Waffentransfers, internationale Verhaltenskodexe bezüglich der Tätigkeit transnationaler Monopole in der Dritten Welt sind Inhalt weiterer Angebote.²² Mit diesen Vorstellungen, „Sicherheitspartnerschaft“ nicht nur in der Ost-West-, sondern auch in der Nord-Süd-Dimension zu sehen, stehen die sozialistischen Länder nicht alleine. „Aber zu

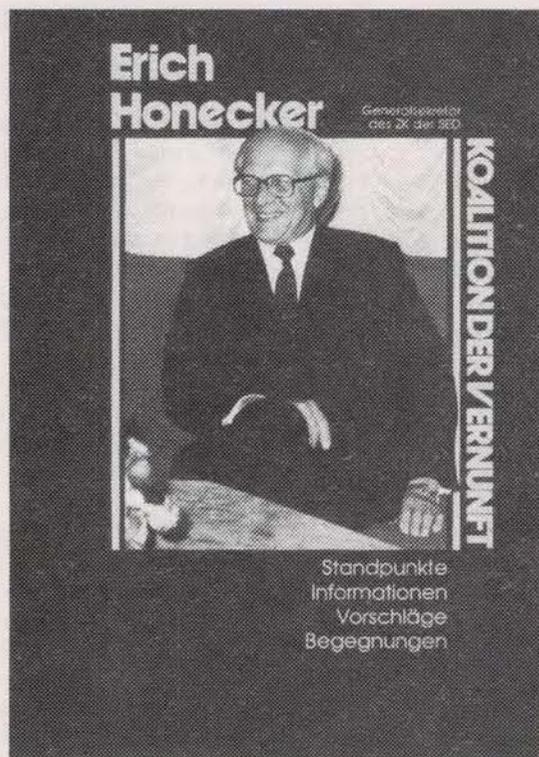
meinen besonderen Erfahrungen aus den sechziger und frühen siebziger Jahren“, so der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, „gehört nun einmal der Versuch, eine unfruchtbare und gefährliche Konfrontation durch begrenzte, aber realistisch-sinnvolle Zusammenarbeit abzulösen. Sich nicht der Illusion hinzugeben, als könnten die ideologischen Gegensätze weggeblasen werden. Wohl aber sich vorzunehmen, die Konfrontation zu entschärfen und die Spannungen abzubauen, um – vielleicht, vielleicht – sogar den Charakter des Konflikts ändern zu helfen, jedenfalls aber seine Gefährlichkeit zu mindern... Es wird nicht überraschen, daß diese Sicht der Dinge meine Überlegungen zu den Nord-Süd-Fragen beeinflusst.“²³

Anmerkungen:

- 1) Übersicht in: Weltgendarm USA, Berlin 1983, S. 256-258
- 2) Zit. nach: Weltgendarm USA, a.a.O., S.9
- 3) Zit. nach: Weltgendarm USA, a.a.O., S.10
- 4) Alle Zahlenangaben nach: Sozialismus, Nr. 4/1982, S.96ff.
- 5) The Defense Monitor, Volume 9, No. 1, January 1980, deutsche Übersetzung in: Mechttersheimer/Barth (Hrsg.), Militärmacht Sowjetunion, Darmstadt und Neuwied 1985, S. 72
- 6) P. Wahl, Thesen: Sowjetunion in der Dritten Welt, in: AIB 8-9/1985, S.29
- 7) Zit. nach: Zivilcourage, Nr. 4/1982, S.18
- 8) W. Sagladin, Realer Sozialismus, Frankfurt/a.M. 1985, S. 225 und 226
- 9) Entwurf für das neue Programm der

- KPdSU, in: Sowjetunion heute, Sondernummer Dezember 1985, S.24
- 10) Zit. nach: Archiv der Gegenwart, 3.5.1984, S. 27650
 - 11) Zit. nach: Deutsche Volkszeitung/die tat, 20.12.1985, S.8
 - 12) H. Neubert, Der antiimperialistische Kampf und die Politik der friedlichen Koexistenz, Berlin 1974
 - 13) Ebenda
 - 14) So der sowjetische Philosoph Georgi Schachnasarow, zit. nach: M. Schmidt, Die Ost-West-Beziehungen und die Probleme der Entwicklungsländer, in: IPW-Berichte, Berlin (DDR), Nr. 12/1985, S.1
 - 15) W. Sagladin, Realer Sozialismus, a.a.O., S. 228 und 229
 - 16) Zit. nach: ebenda, S. 229
 - 17) P. Wahl, Thesen: Sowjetunion in der Dritten Welt, a.a.O., S.29
 - 18) Zit. nach: D. Boris, Bedroht die Sowjetunion die Dritte Welt, in: AIB 8-9/1985, S.47
 - 19) Gespräche des Verf. mit Vertretern des Ungarischen Friedensrates im Rahmen einer Delegationsreise des Bundesvorstandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner nach Budapest im September 1985
 - 20) Jahrbuch Dritte Welt, München 1983, S.129
 - 21) So U. Albrecht, Sowjetische Waffenexporte, in: Waffenexport und Krieg. SIPRI-Rüstungsjahrbuch 4, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 237
 - 22) M. Schmidt, Die Ost-West-Beziehungen und die Probleme der Entwicklungsländer, a.a.O., S. Iff.
 - 23) W. Brandt, Ost-West/Nord-Süd – Dimensionen einer weltweiten Konfrontation, in: Vierteljahresberichte, Nr. 100, S. 111

KOALITION DER VERNUNFT



„Alles muß getan werden, um denjenigen eine Abfuhr zu erteilen, die gegenseitig akzeptablen Vereinbarungen neue Runden des Wettrüstens vorziehen. Realismus und Vernunft müssen die Oberhand gewinnen.“

Erich Honecker
Koalition
der Vernunft
Verlag
Plambeck &
Co
208 Seiten,
14,80 DM
ISBN:
3-88501-061-5

Erhältlich in
jeder Buch-
handlung,
bestimmt in
jeder collectiv-
Buchhandlung

Edgar Gärtner

Armutbedingte Umweltprobleme

Zu Beginn der 70er Jahre wäre unsere Themenstellung vielen als absurd erschienen. Im Rahmen der Vorbereitungen der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, die 1972 in Stockholm stattfand, hatte der Club of Rome, eine internationale Vereinigung von Top-Managern und Professoren, gerade die Studie „Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht. Sie prägte für einige Jahre das Umweltbewußtsein eines beträchtlichen Teils der Intelligenz in den westlichen Industrieländern.

Der Tenor dieser auf Computer-Hochrechnungen fußenden Studie:

Die „Überflußgesellschaft“ der Nachkriegszeit hat den Verbrauch nicht reproduzierbarer mineralischer Ressourcen derart beschleunigt, daß sich auf der einen Seite des Wirtschaftskreislaufs Verknappungserscheinungen abzeichnen, während sich auf der anderen Seite umwelt- und gesundheitsschädliche Abprodukte anhäufen.

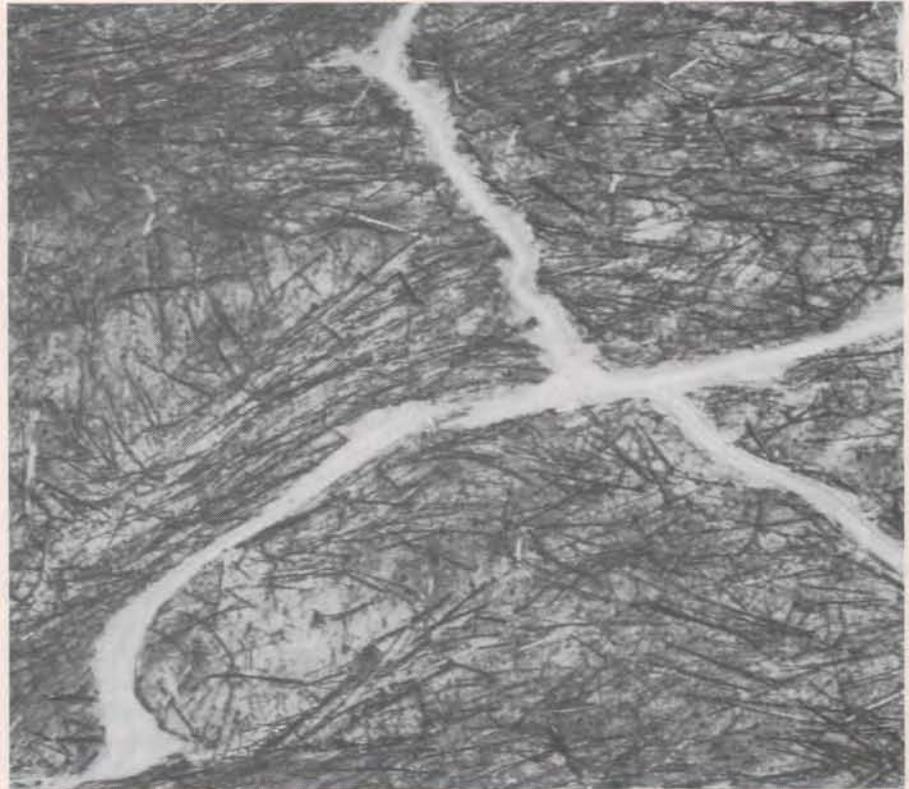
Kurz: Wir zerstören unsere Umwelt, weil es uns zu gut geht. Wir können die drohende Katastrophe nur abwenden, wenn wir wieder bescheidener werden.

Die Armut der sog. Entwicklungsländer erschien auf einmal nicht mehr als Unglück, sondern im Gegenteil als Chance, den Irrweg der Industriegesellschaften zu vermeiden. Dieser Sicht konnten sich die Vertreter der armen Länder aus naheliegenden Gründen nicht anschließen.

So kam es auf der Stockholmer Konferenz zu einer unglücklichen Entgegensetzung von Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung. Der Umweltschutz erschien als eine Angelegenheit der des Wohlstandes überdrüssig werdenden Konsumbürger der westlichen Industriegesellschaften.

Entwicklung statt Umweltschutz?

Den maßgeblichen Vertretern der armen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hingegen erschienen rauchende Schloten weiterhin als Symbol des Fortschritts. Der Vertreter der brasilianischen Regierung wies in Stockholm sogar ausdrücklich darauf hin, in seinem Lande sei noch viel Platz für qualmende und wasserbelastende Fabriken. Und er lud die Industriekonzerne ein, sich dort anzusiedeln (wozu diese sich nicht zwei-



Abgeholzter Regenwald in Amazonien: eine gigantische Naturkatastrophe

mal bitten ließen).

8 Jahre danach vermittelte uns die vom damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter in Auftrag gegebene weitaus umfangreichere und detaillierte Zukunftsstudie „Global 2000“ ein ganz anderes Bild von der ökologischen Weltlage. Der Verbrauch mineralischer Rohstoffe erschien auf einmal als eher zweitrangig.

Stattdessen rückte nun die Zerstörung biologischer, d.h. im Prinzip reproduzierbarer (nachwachsender) Ressourcen in den Blickpunkt: die Abholzung bzw. das Abbrennen von Urwäldern, die Erosion von Ackerböden, die Verwandlung von Busch- und Grasland in Wüste, die Verseuchung des Trinkwassers und der Nahrungsmittel mit Krankheitskeimen oder Pestizid-Rückständen, die Ausrottung Tausender und Abertausender von potentiell nützlichen Tier- und Pflanzenarten.

Es springt ins Auge, daß die armen Länder von diesen Problemen weitaus stärker betroffen sind als die höchstindustrialisierten Staaten gleich welcher Gesellschaftsordnung.

Jahr für Jahr werden auf der Erde 11 Mio ha Wald abgeholzt bzw. abgebrannt,

während nur etwa die Hälfte dieser Fläche wieder aufgeforstet wird. Hinter diesen globalen Angaben verbergen sich gewichtige regionale Unterschiede: Während sich die Waldfläche in vielen Industrieländern der nördlichen Hemisphäre in der Nachkriegszeit leicht ausgedehnt hat, ist sie vor allem in den Tropen in beängstigendem Tempo zusammengeschrumpft. 40% der Tropenwälder sollen bereits vernichtet sein.

Jedes Jahr gehen etwa 3 Mio ha Ackerland verloren. Bei diesem Tempo wird bis zur Jahrtausendwende etwa 1/3 des gesamten kultivierbaren Landes der Erde unbrauchbar geworden sein. Über 3 Mio ha Grasland fallen jährlich dem Vorrücken der Wüsten zum Opfer. Etwa 20% aller Tier- und Pflanzenarten sind derzeit vom Aussterben bedroht – hauptsächlich infolge der Zerstörung von Tropenwäldern.

Das derzeit dringendste und nahezu ausschließlich Entwicklungsländer betreffende Umweltproblem aber ist das der Trinkwasserversuchung: Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind heute 80% der Krankheitsfälle in den Entwicklungsländern Infek-

tionskrankheiten, die auf die Wasserverschmutzung zurückgehen. Kein Wunder, denn nach einem UN-Bericht verfügen dort gegenwärtig 1,2 Mrd Menschen nicht über einwandfreies Trinkwasser und gar 1,9 Mrd sind ohne Sanitäranlagen.

Selbst die Luftverschmutzung, die man angesichts des Waldsterbens leicht für ein typisches Problem der „überentwickelten“ Industrieländer halten könnte, hat in vielen Entwicklungsländern, insbesondere in sog. „Schwellenländern“ inzwischen örtlich und regional die Grenze des Erträglichen weit überschritten.

Es geht dabei nicht nur um spektakuläre Einzelereignisse wie die Giftgaskatastrophe von Bhopal in Indien, sondern um Schadstoffkonzentrationen im langjährigen Mittel. Auf den vorderen Plätzen einer Rangliste der am meisten luftbelasteten menschlichen Siedlungen findet sich keine einzige Großstadt eines entwickelten Industrielandes, wohl aber die meisten der in der Dritten Welt infolge der Landflucht entstandenen Riesenstädte wie Mexiko-City, Kalkutta, Seoul, Rio de Janeiro, Sao Paulo usw.

Diese Krisenprozesse dürfen nicht isoliert betrachtet werden, denn sie sind untereinander vielfältig verflochten. Die Art ihres Zusammenhangs kann jedoch, je nach den gegebenen ökologischen, sozialökonomischen und kulturellen Bedingungen, von einem Land zum anderen sehr verschieden sein. Wir müssen uns also vor zu weit gehenden Verallgemeinerungen hüten.

Nichtsdestoweniger lassen sich die angeführten Trends auf eine gemeinsame Ursache, die Armut, zurückführen. Die massenhafte Armut wiederum läßt sich weder aus sich selbst noch aus widrigen Naturbedingungen erklären. Es gibt sie nicht ohne ihren Gegenpol, die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in wenigen Händen – und das sowohl im nationalen als auch im globalen Maßstab. Somit führt die Beschäftigung mit dem Thema „Ökologie und Dritte Welt“ geradewegs zur Frage nach den Eigentums-

und Machtverhältnissen.

Darum ist es nicht nur unsinnig, sondern auch gefährlich, die überaus ernstesten Umweltzerstörungen in der Dritten Welt vorwiegend als technische Probleme zu behandeln.

So war es das Bürgertum der Kolonialmetropolen, das in der Dritten Welt exportorientierte Monokulturen durchsetzte. Monokulturen belasten die Böden sehr einseitig und führen so vielfach zu einer Verarmung der Böden. Außerdem verbreiten sich bei Monokulturen Pflanzenkrankheiten und Schädlinge leichter als bei Mischkulturen und Fruchtwechsel – mit der Folge höheren Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Derartige Monokulturen sind vielfach im Besitz des transnationalen Agrobusiness oder des einheimischen Bürgertums.

Vormarsch der Wüsten

Die Aufrechterhaltung oder sogar Ausdehnung der Exportkulturen liegt im Interesse dieser gesellschaftlichen Gruppen – eine Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur ist jedoch nicht nur wegen der mit der Exportproduktion verbundenen gesellschaftlichen Interessen schwierig, sondern auch aufgrund der lückenhaften Produktionsstruktur, die ein beträchtliches Niveau an Importen und somit an Deviseneinnahmen erforderlich macht. Kleinproduzenten, die sich meist stärker auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln konzentrieren, werden vom Agrarkapital oft auf für die landwirtschaftliche Produktion ungeeignete, stark erosionsgefährdete Flächen, z.B. steile Berghänge, abgedrängt.

Sehr deutlich wird das am Beispiel Brasilien. Es sind weder natürliche noch technische Gründe, die die armen Brasilianer dazu zwingen, im Amazonasbecken Urwald abzubrennen, um die ärmsten und für eine dauerhafte Landwirtschaft am wenigsten geeigneten Böden zu bearbeiten. Denn fruchtbare und tiefgründige

Böden gibt es in anderen Teilen Brasiliens mehr als genug. Sie befinden sich aber in der Hand von Großgrundbesitzern. Und dienen nur zum geringsten Teil der Ernährung einer rasch wachsenden Bevölkerung, sondern hauptsächlich dem Export von Soja oder der Gewinnung von Alkohol aus Zuckerrohr. (Dieser wird mangels Rohöl von der reicheren Minderheit der Autobesitzer als Treibstoff verwendet.)

Es ist deshalb aussichtslos, die für das lokale, regionale und globale Klima äußerst gefährliche großflächige Zerstörung der Tropenwälder durch Appelle an das ökologische Gewissen der Armen aufhalten zu wollen.

Nicht überall ist der Zusammenhang zwischen einer extrem ungleichen Verteilung von Besitz und Macht und der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen so eindeutig wie in Brasilien.

Das gilt besonders für die überaus ernstesten ökologischen Probleme des afrikanischen Kontinents, die durch eine teils komplizierte Verflechtung natürlicher und gesellschaftlicher Ursachen bedingt sind. Aber gerade hier muß eine verkürzt technokratische Herangehensweise zuerst an ihre Grenzen stoßen.

Ein Beispiel hierfür ist die Behandlung der Folgen der Dürrekatastrophe in der Sahel-Zone. Die Anlage von Tiefbrunnen durch öffentliche und private Entwicklungshilfeorganisationen hat den von der Dürre Betroffenen längerfristig nicht geholfen, sondern im Gegenteil den Vormarsch der Wüste beschleunigt.

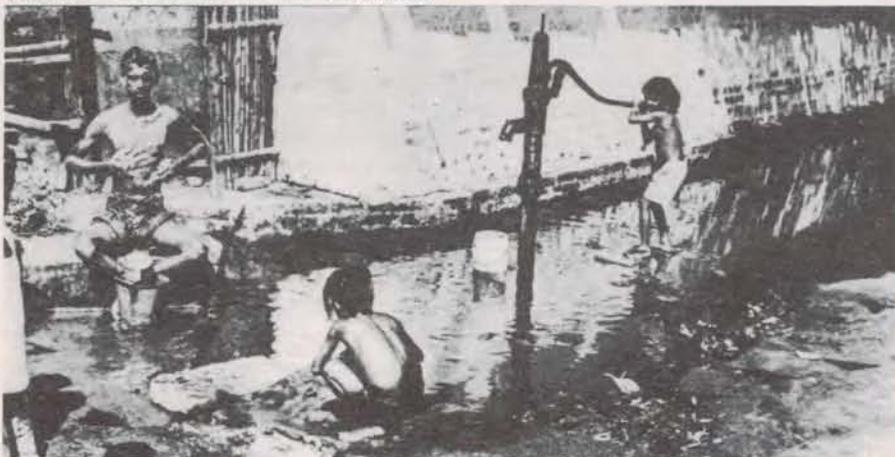
Vorher als Nomaden lebende Viehzüchter wurden nämlich durch diese Brunnen dazu verleitet, sesshaft zu werden und obendrein ihre Viehherden erheblich zu vergrößern. Die Folge war eine starke Überweidung des Graslandes, die bei einer Fortführung der dem ariden Klima angepaßten nomadischen Lebensweise nicht eingetreten wäre.

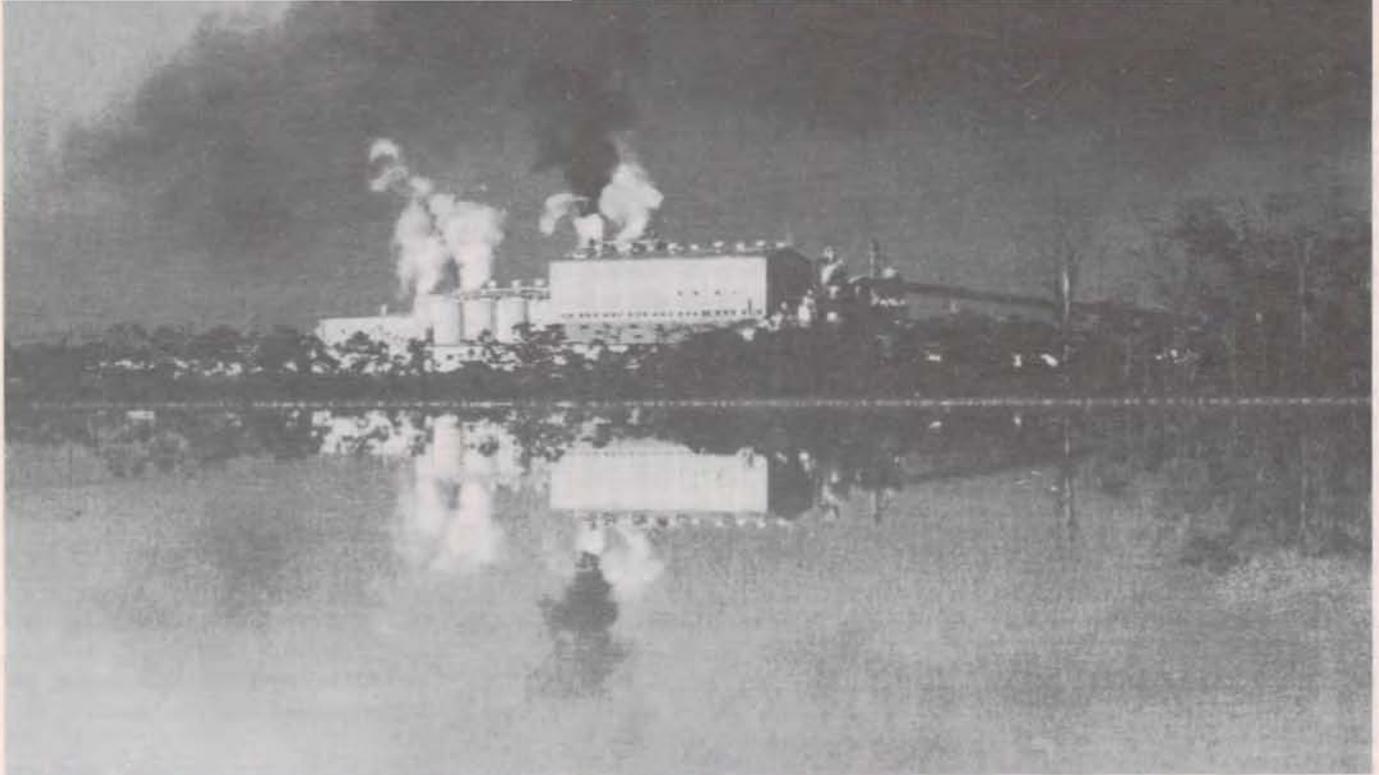
Die Liste teurer und schmerzhafter Fehlschläge von Entwicklungsprojekten ist lang.

Große Bauwerke blieben nach dem Abzug der ausländischen Ingenieure und technischen Berater als „Entwicklungsrüinen“ stehen, weil es Entwicklungshilfe-Organisationen versäumt hatten, ihre Projekte inhaltlich und größenordnungsmäßig in ein soziales und ökologisches Bezugssystem einzubetten und die betroffene Bevölkerung mit ihren Traditionen, Erfahrungen und Wünschen in die Aufbauarbeit einzubeziehen.

Die Beispiele reichen von der unüberlegten Einführung schwerer Landmaschinen in Gebiete, in denen eine behutsame Verbesserung traditioneller landwirtschaftlicher Nutzungssysteme möglich gewesen wäre, bis zum Bau riesiger Staudämme für die Elektrizitätserzeugung und die Anlage weiträumiger Bewässe-

Verseuchtes Wasser: Ursache vieler Infektionskrankheiten





Waldvernichtung und Umweltverschmutzung in großem Stil: Schwimmende Zellulose-Fabrik auf dem Rio Jari (Brasilien)

rungssysteme. Diese überstiegen die Bedürfnisse und Erschließungsmöglichkeiten armer Länder oft bei weitem und riefen obendrein als Brutstätte für gefährliche Parasiten so starke schädliche Nebenwirkungen hervor, daß ihre ursprünglichen Ziele dadurch nicht selten in Frage gestellt wurden.

Dabei halten sich die unerwünschten Sekundäreffekte bei dem in diesem Zusammenhang – nicht ohne politische Hintergedanken – am häufigsten angeführten Assuan-Staudamm in Ägypten sogar noch halbwegs in Grenzen.

Die Gedankenlosigkeit so mancher gutgemeinten Initiative ist allerdings nur

zum geringsten Teil schuld daran, daß die Entwicklungshilfe in der letzten Zeit insgesamt ins Gerede gekommen ist.

Es muß vielmehr betont werden, daß die meisten Fehlschläge von Entwicklungsprojekten direkt oder indirekt auf die Ausrichtung der westlichen Entwicklungshilfe an den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Geberländer bzw. der multinationalen Konzerne und/oder der Geldgier und Prestigesucht korrupter Führungsschichten in den Empfängerländern zurückgehen.

Bei fast allen neueren Großstaudamm- und Kanalprojekten kann Ahnungslosigkeit nicht mehr als Erklärung herhalten. Nicht das dringende Problem der Trinkwasserversorgung und der Verbesserung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft steht bei ihnen in der Regel im Vordergrund, sondern die Erzeugung von Elektrizität, die wegen ihres hohen Preises kaum der armen Bevölkerung zugute kommt. Sie wird fast ausschließlich für die Erschließung von Rohstoffvorkommen oder für exportorientierte industriemäßige Bewässerungskulturen in den Händen der Bourgeoisie genutzt, sofern die Anlagen wegen ihrer Überdimensionierung nicht weitgehend un ausgelastet bleiben.

Beispiele für solche durch BRD-Kredite finanzierte Projekte sind der Itaipu-Damm in Brasilien, der Manantali-Damm in Mali und der Randenigala-Damm in Sri Lanka. Solche nicht nur in ökologischer Hinsicht bedenklichen Großprojekte sind bisher in der Entwicklungspolitik gegenüber den für die Armen meist nützlicheren kleiner dimensionierten technischen Lösungen systematisch bevorzugt worden.

Dafür gibt es verschiedene Gründe: Die

Bundesregierung ist daran interessiert, daß ihre Entwicklungshilfeleistungen in Form von Aufträgen an die bundesdeutsche Industrie zurückfließen. So sind Firmen aus der Dritten Welt bei Großprojekten vielfach überfordert, diese passen dafür aber perfekt in die Produktionsprogramme bundesdeutscher Konzerne. Außerdem ketteten derartige Projekte die Entwicklungsländer über Ersatzteillieferungen usw. wirkungsvoll an die Konzerne.

Auf diese Weise fließen für jede Mark Entwicklungshilfe 1,15 in die BRD zurück. Bei der Förderung von Kleinprojekten wäre das sicher nicht der Fall, denn diese könnten von den Entwicklungsländern weitgehend selbst ausgeführt werden.

Interessenvorrang der Geberländer

Trotzdem haben sich die meisten Entwicklungsländer bisher bereitwillig auf die für sie selten vorteilhaften Großprojekte eingelassen. Vielfach haben sie sogar selbst die Initiative ergriffen.

Die Gründe hierfür liegen einerseits darin, daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen in diesen Ländern selbst Nutzen aus solchen Projekten ziehen. Andererseits spielt auch die Ausbildung und Sozialisation der Führungsgruppen eine Rolle, die sie für die Großtechnologie sehr empfänglich machen.

Die Regierenden in der Dritten Welt sehen die Propagierung von Kleintechnologie und sog. „mittlerer Technologie“ vielfach als Versuch an, ihnen eine rückständige Technologie aufzuschwätzen, um so ihre untergeordnete Position in der Weltwirtschaft zu zementieren.

Zerstörung von tropischen Wäldern

Ursprüngliche Fläche an tropischem Feucht- und Regenwald = 100%



Quelle: FAO

© Strahl: Peter Hammer Verlag

Es geht in der Tat nicht an, die Orientierung auf Kleintechniken zum Dogma zu erheben. Vielmehr geht es darum, eine Richtung der Technologieentwicklung einzuschlagen, die am ehesten in der Lage ist, die Armut und Abhängigkeit der breiten Volksmassen in der Dritten Welt zu überwinden.

Dabei kann es sich als notwendig und sinnvoll erweisen, in bestimmten Bereichen von Anfang an Großtechnologien einzusetzen, so etwa im Transportwesen, aber auch in der auf Selbstversorgung ausgerichteten Landwirtschaft. Dort kommt es nicht selten vor, daß trotz der chronischen Unterbeschäftigung auf dem Lande während der Erntezeit viele Hände fehlen und dann also der Einsatz größerer Erntemaschinen dem Ziel der Beseitigung der Unterbeschäftigung nicht entgegensteht.

Weitere unabdingbar an die Überwindung der Armut gekoppelte Ziele, wie vor allem die dauerhafte Senkung der Geburtenraten durch freiwillige Familienplanung und die Eindämmung der Landflucht, können nur erreicht werden, wenn die soziale Lage der ländlichen Bevölkerung verbessert und ihre Einkommen erhöht werden. Zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und Erleichterung der Arbeit ist meist der Einsatz von Maschinen nötig. Dabei kommt es allerdings darauf an, die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Mechanisierung in den Griff zu bekommen. Es gibt inzwischen eine Reihe von Methoden der biologischen Landwirtschaft, die Ertragssteigerungen ohne oder mit einem minimalen Einsatz von Giften und mit einer schonenden Bearbeitung des Bodens erreichen.

Wie aus Brasilien berichtet wird, übersteigen die Erträge des kleinflächigen ökologischen Anbaus bei weitem die Er-

träge großflächiger industriemäßiger Kulturen.

Es ist aber nicht ökologischer Kleinanbau, der in der Regel von westlichen Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen gefördert wird. Sie propagieren vielmehr die sog. Saatgut-Düngemittel-Technologie, bekannter als „grüne Revolution“.

Das hierbei verwendete „Hohertrags-saatgut“ muß im Gegensatz zu traditionellem Saatgut in der Regel jedes Jahr neugekauft werden. Es ist jedoch nur „hohertragsreich“, wenn viel Dünger eingesetzt wird. Oft ist zudem noch Bewässerung erforderlich.

Außerdem sind diese Sorten meist krankheitsanfällig, so daß der Pestizideinsatz verstärkt werden muß. Es ist kein Wunder, daß die Chemiemultis beim Saatgutgeschäft voll eingestiegen sind. Sie verkaufen praktischerweise Saatgut und Pestizide gleich als Paket.

Saatgut plus Pestizide

Die in der Dritten Welt eingesetzten Pestizide sind bei uns zum Teil verboten. Die Zahl der durch Pestizideinsatz hervorgerufenen Todesopfer schätzt das Washingtoner World Resources Institute auf jährlich 10.000, hinzu kommen etwa 400.000 akute Vergiftungsfälle. Den Bauern fehlt oft das Geld für die erforderliche Schutzkleidung und ausreichende Gerätschaften, den Landarbeitern wird dergleichen vom Großgrundbesitzer nur in den seltensten Fällen gestellt.

Aber langfristig ökologisch noch schlimmer als der erhebliche Gifteinsatz ist der mit dieser Entwicklung verbundene unwiederbringliche Verlust an genetischem Erbgut. Die „grüne Revolution“ hat das

Hungerproblem nicht gelöst, dafür aber die soziale Polarisierung verstärkt und die Importabhängigkeit erhöht.

Die Tendenz zur Umweltzerstörung in der Dritten Welt ist durch die Schuldenkrise noch verstärkt worden. Die internationale Finanzwelt drängt auf eine noch stärkere Exportorientierung und noch größere Exportanstrengungen der Schuldnerländer, um so die Fiktion aufrechtzuerhalten, der Schuldenberg könne abgebaut werden.

So werden z.B. praktisch ganze Tropenwälder an die Gläubiger verpfändet. Der Ausverkauf von Stammholz ist in einer Reihe von afrikanischen und südostasiatischen Ländern zum Hauptfaktor der Waldzerstörung geworden. Die (ebenfalls armutbedingte) Brennholzgewinnung und die Brandrodung für den Wanderfeldbau durch die einheimische Bevölkerung sind hier zweitrangig geworden.

Auch in anderen Bereichen wird der Raubbau noch forciert, um Devisen zu erwirtschaften. Umweltauflagen für Exportindustrien werden eher noch lascher gehandhabt. Da der Internationale Währungsfonds eine Senkung des Haushaltsdefizits vorschreibt, bleiben staatliche Maßnahmen für den Gewässerschutz oder gegen die Bodenerosion nun meist vollends auf der Strecke.

Die Ergebnisse der bisherigen Entwicklungspolitik machen es verständlich, daß Entwicklungshilfe an sich von einem wachsenden Teil der Ökologiebewegung abgelehnt wird (bemerkenswert ist das Echo, welches das Büchlein „Tödliche Hilfe“ von Brigitte Erler in der BRD hervorgerufen hat).

Die Fehlorientierung der bisherigen Entwicklungspolitik hat dazu beigetragen, daß viele Länder der Dritten Welt heute in einer Lage sind, aus der sie sich ohne äußeren Beistand gar nicht mehr befreien können. Nicht die Einstellung, sondern die Umorientierung der Entwicklungshilfe steht also auf der Tagesordnung. Dafür gibt es zahlreiche Ansätze, die bisher im Rahmen der Gesamtpolitik aber eher eine Alibifunktion erfüllt haben.

Eine wirklich an den Bedürfnissen der Armen und an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen orientierte Entwicklungspolitik durchzusetzen bleibt eine gemeinsame Aufgabe der Betroffenen in der Dritten Welt und der Menschen in den Metropolen.

Daß hier Erfolge erzielt werden können zeigt ein Beispiel aus Brasilien. Dort konnte kürzlich ein Staudammprojekt der Weltbank, das katastrophale soziale Folgen gehabt hätte und auch ökologisch zweifelhafter Natur war, gestoppt werden – mit den vereinten Kräften der ortsansässigen Bevölkerung und einer internationalen Solidaritätskampagne.

Pestizide: Der stille Tod der Chemie-Konzerne





Giftgasopfer vor dem Union Carbide-Werk in Bophal

Horst Bröhl-Kerner Das Beispiel Bophal Profite statt Sicherheit

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1984, kamen über 2.500 Einwohner der indischen Stadt Bhopal durch das Ausströmen giftiger Gase aus einem Betrieb des US-Konzerns Union Carbide ums Leben; über 200.000 Menschen wurden verletzt. Anderthalb Jahre nach dem Unglück konnte der Konzern einen juristischen Erfolg gegen die Betroffenen erzielen. Am 12. Mai d.J. beschloß ein Gericht in New York, daß Schadensersatzprozesse nicht in den USA sondern in Indien stattzufinden haben. Dahinter verbirgt sich das grundsätzliche Problem, inwieweit transnationale Konzerne für die Aktivitäten ihrer Tochtergesellschaften in anderen Ländern verantwortlich sind. Mit der New Yorker Entscheidung ist es Union Carbide ein Stück weit gelungen, die Verantwortung auf ihre indische Niederlassung abzuschieben.

Daß jedoch die Muttergesellschaft die Hauptverantwortung für das Unglück trägt, war eines der Ergebnisse der „Nationalen Konferenz zur Rolle der transnationalen Konzerne im Wettstreit und in den sich entwickelnden Ländern“, die am 1.-3. Dezember 1985 von der Gesamtindischen Friedens- und Solidaritätsorganisation (AIPSO) in Bhopal organisiert wurde. Die Bedeutung dieser Konferenz, die sich mit den politischen, ökologischen, wirtschaftlichen und juristischen Schlußfolgerungen aus Bhopal befaßte, wurde durch die Grußworte des indischen Premierministers Rajiv Gandhi und des Präsidenten des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, unterstrichen. Unter den 200 Teilnehmern aus allen indischen Bundesstaaten, aus den USA, der UdSSR, Tansania und Italien befand sich auch der Autor des folgenden Beitrags, Horst Bröhl-Kerner, Mitglied des Forums Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung.

Die Ursachen des Unglücks konnten bis heute nicht eindeutig geklärt werden. Der Bericht der offiziellen indischen Untersuchungskommission, des sog. Varadarajan-Komitees, ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Nach Untersuchungen des Delhi Science Forum (DSF), einer Organisation unabhängiger, kritischer Wissenschaftler, ist die wahrscheinlichste Erklärung eine Panne bei der Reinigung einer Ventil-Anlage, die dann aufgrund völlig unzureichender bzw. abgeschalteter Sicherheitseinrichtungen und aufgrund von Bedienungsfehlern zu der Katastrophe führte.

Die von Union Carbide favorisierte Sabotage-theorie, wonach extremistische Sikhs absichtlich Wasser in den Tank mit Methylisocyanat (MIC) geleitet haben,

wurde sowohl von der Regierung des indischen Bundesstaates Madhya Pradesh als auch von den Gewerkschaften und anderen politischen Kräften scharf zurückgewiesen. Sie steht im Widerspruch zu einigen Untersuchungsergebnissen und trägt allzu deutlich Alibi-Charakter. Damit soll insbesondere von der Tatsache abgelenkt werden, daß schon die Grundkonzeption des Werkes, das von der US-amerikanischen Muttergesellschaft Union Carbide Corporation (UCC) an die indische Tochtergesellschaft Union Carbide India Ltd. (UCIL) geliefert wurde, weder dem zum Bauzeitpunkt gegebenen technologischen Standard der Produktion noch den erforderlichen Sicherheitseinrichtungen entsprach.

Die zur Herstellung des Insektizids Sevin gewählte Technologie ist die bei weitem risikoreichste, da sie die Speicherung großer Mengen hochtoxischen (giftigen; d. Red.) MIC und anderer toxischer Substanzen erfordert. In der UCC-Anlage in Institute, West Virginia (USA), die ebenfalls durch einen Gasunfall bekannt geworden ist, konnte auf diese umfangreiche Speicherung verzichtet werden; UCC hält sogar ein Patent auf einen Prozeß zur Herstellung von Sevin, der ganz auf die Zwischenproduktion von MIC verzichtet.

Ein Grund für den Export gerade dieser veralteten und gefährlichen Technologie ist in den restriktiven US-amerikanischen Exportbestimmungen zu suchen, die u.a. von militärischen Interessen bestimmt werden. Die Technologie zur Herstellung von MIC ist in den Listen des International Traffic in Arms Regulations Act (Verordnungen über den internationalen Waffenhandel) enthalten; Exportgenehmigungen werden unter Mitwirkung des Wirtschaftsministeriums und des Verteidigungsministeriums erteilt.

Möglicherweise wurde die Genehmigung deshalb erteilt (während im gleichen Zeitraum der Export anderer Technologien nach Indien untersagt wurde), weil es sich um eine veraltete Technologie handelte. Nichtsdestoweniger wurde der gesamte Produktionsprozeß strikt geheimgehalten. Auch die indischen Kontrollbehörden erhielten keine Informationen über die Gefährlichkeit des Prozesses und die Wirkungen der beteiligten Substanzen.

Halsbrecherischer Sparkurs

Obwohl UCC das Gefahrenpotential dieses Werkes bekannt war, wurden die Sicherheitseinrichtungen von Anfang an völlig unzureichend ausgelegt.

So waren die Anlagen, die im Falle eines Unfalls freiwerdendes MIC neutralisieren sollten, so ausgelegt, daß ihre Kapazität nur etwa 1/4 bis 1/3 der Speichermenge entsprach. Wichtige Sicherheitseinrichtungen waren nicht automatisiert, wie das z.B. bei der US-Fabrik der Fall war, sondern mußten per Hand bedient werden. Die Verantwortung dafür liegt eindeutig bei dem US-Konzern, der für die Ausrüstung des Werkes die alleinige Verantwortung trug.

Aber auch das Management der indischen Tochtergesellschaft UCIL (an der UCC einen 51%-Anteil besitzt) trägt einen großen Teil der Verantwortung. Die vorhandenen Sicherheitseinrichtungen waren in einem desolaten Zustand, viele notwendige Wartungs-, Reparatur- und Austauscharbeiten waren nicht oder nur mangelhaft durchgeführt worden, die

personelle Besetzung und die Qualifikation des Personals war unzureichend.

All das hatte seine Ursache hauptsächlich in dem rigorosen Sparkurs, den das Management seit einigen Jahren zur Senkung der Kosten eingeschlagen hatte. Dies hatte u.a. dazu geführt, daß viele qualifizierte Arbeitskräfte mit Abfindungen usw. zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes veranlaßt und dafür weniger, schlechter qualifizierte, aber billige Arbeitskräfte eingestellt wurden. Die Anzahl der Operateure wurde auf 1/3 gekürzt, die Ausbildungs- und Trainingsprogramme drastisch eingeschränkt. Austauschzeiten für Verschleißteile wurden um das 3-4fache verlängert, notwendige Reparaturarbeiten immer wieder aufgeschoben.

Die Gründe für diesen halsbrecherischen Sparkurs liegen in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich UCIL seit einigen Jahren befand. Die Produktion des Insektizids Sevin war 1969 angelaufen, das dafür benötigte MIC wurde aus den USA importiert. 1977 wurde ein Abkommen zwischen UGC und UCIL geschlossen, das vorsah, die Produktion des MIC nach Indien zu verlagern, nicht zuletzt auf Drängen indischer Interessengruppen und der indischen Regierung, die Devisen sparen wollte. 1980 startete die MIC-Produktion in Bhopal.

Geheime Giftgasforschung

Die ökonomische Seite dieser Transaktion erscheint ebenso dubios wie die technologische, denn auch ökonomisch war das Werk von Anfang an fehlgepaßt. Die Produktionskapazität lag deutlich über den bisherigen Bedarfsziffern und auch weit über der für die kommenden Jahre absehbaren Nachfrage. Die dadurch bedingte permanente Unterauslastung trug zu den folgenden Rentabilitätsproblemen bei.

Eine schlüssige Erklärung dafür liegt bisher nicht vor, wengleich einige indische Berichte die Vermutung äußern, die Ausrüstung des Bhopal-Werkes sei einfach die alte Ausrüstung des US-Werks in Danbury, die dort durch technologisch fortgeschrittenere Einrichtungen ersetzt wurde. Andere Quellen wollen wissen, daß das Werk ursprünglich in Kanada errichtet werden sollte, aber dort wegen der mangelnden Sicherheitsvorkehrungen nicht genehmigt wurde.

Der einzige Bereich, der nicht von den Kürzungen erfaßt wurde, waren die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in der UCIL-eigenen Forschungsstation, die im Gegenteil personell und materiell sehr großzügig ausgestattet wurde.

Getestet werden dort neuartige toxische Moleküle unter Labor- und Feldbedingungen, was offiziell der Entwicklung



Vorbereitungen für eine Masseneinäscherung von Todesopfern

neuer Pestizide für tropische Bedingungen dient. Solche Forschung liegt prinzipiell an der Grenze friedlicher Anwendung und chemischer bzw. biologischer Kriegführung.

Bezeichnenderweise hat UCIL alle vorgesehenen Kontrollen dieser Forschung, die in Indien zumindest für Feldversuche verbindlich sind, bisher zu umgehen gewußt. Alle Forschungsergebnisse sind geheim und werden gegen eine jährliche Gebühr von 300.000 Dollar an den Stammkonzern in den USA verkauft. Diese Forschungen werden auch heute noch weitergeführt, was angesichts der Offensive der US-Regierung zur Modernisierung ihrer Bestände an chemischen Waffen Anlaß zur Besorgnis gibt.

Der enge Bezug zur chemischen Kriegführung wurde auch nach dem Unfall in zynischer Weise verdeutlicht: unter den Experten, die unmittelbar nach dem Unfall nach Bhopal kamen, um Untersuchungen durchzuführen, waren auch US-Spezialisten für chemische Kriegführung, die eng mit dem Pentagon zusammenarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen wurden nie veröffentlicht, geschweige denn zur Linderung der Leiden der Opfer genutzt.

Im Gegenteil war die gesamte Informationspolitik im Anschluß an den Unfall weitgehend restriktiv. Der Konzern schwieg darüber, welche Substanzen an dem Prozeß beteiligt waren und infolgedessen ausgeströmt sein konnten, welche Krankheitsfolgen zu erwarten waren und welche medizinische Hilfe möglich war. Die indischen Behörden verhielten sich in dieser Beziehung nicht besser, so daß ein Großteil der von den Ärzten und Krankenhäusern getroffenen Sofortmaßnahmen wirkungslos war.

Noch heute beschränkt sich die Behandlung bei einem Großteil der Opfer auf das Kurieren von Symptomen, ohne Aussicht auf grundlegende Besserung und Wiederherstellung der Arbeitskraft.

Maßnahmen zur Entschädigung und Rehabilitation waren bisher völlig unzureichend.

Die Regierung hat offiziell 1.754 Tote identifiziert, in 1.417 Fällen bekamen die Erben eine Unterstützung von 10.000 Rupien (1 R = 0,188 DM; d. Red.). 228 Witwen erhalten eine monatliche Rente von 200 Rupien, und 2.500 Familien haben bisher andere kleine Beihilfen erhalten. Die Zahl derer, deren wirtschaftliche und soziale Lage sich nach dem Unfall dramatisch verschlechtert hat, ist jedoch weit höher.

Die weitaus meisten Gasopfer sind nicht mehr in der Lage, schwere körperliche oder lang dauernde Arbeiten zu verrichten, viele sind extrem empfindlich gegen unsaubere Luft, Abgase usw. Offiziell werden 10.000 Familien registriert, in denen kein Mitglied mehr ein festes Einkommen hat. Viele andere haben drastische Verdiensteinbußen hinnehmen müssen.

Die Regierung versucht diese Probleme anzugehen durch den Aufbau einer neuen Textilfabrik, die 5.000 Menschen beschäftigen soll, durch die Einrichtung kleiner Werkstuben und durch Hilfe zum Aufbau kleiner handwerklicher und genossenschaftlicher Betriebe im Rahmen des „Speziellen Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramms für die städtischen Armen“ (STEP-UP). Das STEP-UP Programm steht jedoch ebenso wie sein landwirtschaftliches Gegenstück, das „Integrierte Landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm“ (IRDP), in großen Schwierigkeiten, da die Banken sich weigern, Kleinkredite in genügender Anzahl und zu vertretbaren Konditionen bereitzustellen.

Von Union Carbide selbst haben die Opfer bisher außer einigen Gesten, die guten Willen demonstrieren sollen, nichts erhalten. Lediglich die 627 ehemaligen Arbeiter des Werkes Bhopal erhalten im Durchschnitt 1.600 Dollar als Abfindung, müssen dafür aber auf alle weiteren Ansprüche verzichten.

Dritte Welt als Experimentierfeld

Unabhängig von der juristischen Entscheidung der Frage, ob der US-Konzern für das Unglück verantwortlich ist, muß jedoch versucht werden, die Lehren und Schlußfolgerungen aus den Ereignissen von Bhopal zu ziehen und zu verallgemeinern. Diese Aufgabe hatte sich die Bhopal-Konferenz der AIPSO gestellt. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Problematisierung der Rolle des Technologie-Transfers, wie er von den transnationalen Konzernen durchgeführt und als Beitrag zur Entwicklungshilfe ausgegeben wird. Die Konferenz stellte dazu fest, daß dort, wo eine Kontrolle von

seiten der Empfängerländer fehlt oder nicht wirksam durchgeführt werden kann, der Transfer von Technologie ausschließlich nach den Interessen der transnationalen Konzerne und ihrer Stammländer durchgeführt wird, wobei selbst elementare wirtschaftliche, ökologische und Sicherheitsinteressen der Empfängerländer übergangen werden. Die Konzerne halten die entsprechenden Wirtschaftssektoren unter ihrer Kontrolle, machen die nationale Ökonomie von sich abhängig und hemmen jede eigenständige Entwicklung.

Die wirtschaftliche Einflußnahme wird abgestützt und gesichert durch eine Vielzahl anderer Maßnahmen, die von der direkten Bestechung von Politikern und Verwaltungen bis zur massiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den Entwicklungsländern durch die Kontrolle der Informations- und Kommunikationsmedien reicht.

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der multinationalen Konzerne

entziehen sich weitgehend der nationalen Kontrolle und machen die Länder der Dritten Welt zu Experimentierfeldern, wobei es zahlreiche Hinweise für den militärischen Mißbrauch solcher Forschung gibt.

Die Forcierung des Wettrüstens, die ihre Ursache in dem Streben der multinationalen Konzerne nach Weltherrschaft und Erschließung aller Märkte hat, raubt den Ländern der Dritten Welt jede Entwicklungsperspektive bereits in Friedenszeiten. Durch die Gefahren eines mit ABC-Waffen geführten Krieges werden sie ebenso wie die industrialisierten Länder in ihrer Existenz bedroht.

Die Konferenz-Deklaration fordert als ersten Schritt die Einführung eines verbindlichen Verhaltenscodex (Code of Conduct) für multinationale Konzerne, die zur Achtung der elementaren Interessen der Entwicklungsländer verpflichtet. Die Kontrolle ihrer Aktivitäten nicht nur durch die nationalen Regierungen, sondern auch durch die demokratische

Öffentlichkeit und die Beschäftigten soll gewährleistet werden.

Die politische Einflußnahme ausländischer Konzerne muß in allen Bereichen zurückgedrängt, die eigenen nationalen politischen und kulturellen Traditionen gewahrt werden.

Der entscheidende Zusammenhang zwischen dem Stopp des Wettrüstens, Schritten zur effektiven Abrüstung und zu einer Politik der friedlichen Koexistenz auf der einen Seite und die Sicherung der nationalen Souveränität und Entwicklungsperspektive auf der anderen Seite war der Kernpunkt der Diskussion. Die Konferenz war ein Ausdruck der Hoffnung, daß Bhopal künftig nicht mehr nur mit dem größten Unglück in der Geschichte der Chemieindustrie assoziiert wird, nicht nur Trauer und Wut über das Verhalten der Union Carbide bleibt, sondern davon auch ein Impuls für ein gemeinsames Handeln gegen die Machenschaften der transnationalen Konzerne ausgeht.

**Allen Reagans
zum Trotz:
Wir machen
weiter mit
den Solireisen!**



Solidaritätsreise Nicaragua

29.07. - 15.08.1986

Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab/Bis Berlin-Schönefeld, Doppelz., Halbpens.

DM 3279,-

...oder nach Cuba und auf eigene Faust

1 Woche ab B.-Schönefeld oder Düsseldorf incl. Frühst./Transfer

ab DM 1445,-

**team hat viele gute Seiten,
nicht nur im neuen Katalog:
z.B. Sommer-Flugpreise**

Zielort	DM	ab	Zielort	DM	ab
Bogota	1752	F	Lima	1921	*
Bombay	1582	F	Managua	1769	*
Caracas	1918	A	Mexico	1769	*
Havanna	1193	*	Panama	1769	*
Havanna	1417	D	Rio	2029	A

*= B.-Schönefeld/Brüssel/Paris, A=Amsterdam, F = Frankfurt/M., D = Düsseldorf

**Tel. 040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20**

AIB
DE DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

Meine Bestellung

Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort

Ich bestelle ____ Ex. AIB-Nr. ____

Ich bestelle ____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. ____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): ____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Name, Vorname

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in
Vertrauensgarantie: Ich habe am ____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.
Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Probeleser

Wir halten für Sie ein kostenloses Probeexemplar bereit, damit Sie unser Zeitschriftenprogramm in aller Ruhe prüfen können.



Diskussionsforum der kommunistischen und Arbeiterparteien aus aller Welt. Informationen, Rezensionen, Dokumentationen.



Aktuelle kulturpolitische Diskussionen. Kultur als Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens.



Theorie des Marxismus-Leninismus und seiner praktischen Anwendung. In den sozialistischen Ländern, unter kapitalistischen Bedingungen und in den Staaten der dritten Welt.



Hintergründe und aktuelle Berichte zur Entwicklung und zum Stand der sowjetischen Wissenschaft.



Politisches Wochenheft für internationale Politik und aktuelle Probleme der Gegenwart. Übersichten und Kommentare aus aller Welt.



plambeck & co

Druck und Verlag GmbH

Zeitschriftenprogramm

Postfach 10 10 53

4040 Neuss 1

Telefon (021 01) 59 03-0

kostenlos

Schicken Sie mir bitte von folgenden Zeitschriften ein kostenloses Probeexemplar:

Meine Anschrift: _____

Coupon ausschneiden und einschicken an: Plambeck & Co Postfach 10 10 53 4040 Neuss 1

Peter Schütt Die erstaunlichen Gedichte der Aysel Özakin



Als sich Aysel Özakin 1981 nach einem Autorentreffen in Westberlin entschloß, in der Bundesrepublik zu bleiben, war sie

in der Türkei bereits eine anerkannte Autorin.

Sie hatte dort drei Romane und zwei Erzählbände veröffentlicht und dafür mehrere renommierte Literaturpreise erhalten. Politische Verfolgung hatte sie nicht unmittelbar zu befürchten. Trotzdem entschied sie sich für das Exil.

Im Unterschied zu vielen anderen Türkei-Flüchtlingen nimmt die am 7.9.1942 in Urfa/Türkei geborene Aysel Özakin ihr bundesdeutsches Exil nicht als Fluch, sondern zugleich als persönliche und kulturelle Chance. Sie schaut nicht nostalgisch zurück in die verlorene Heimat, sie nimmt die neue Realität an, setzt sich offen und kritisch mit der bundesdeutschen Alltagswelt auseinander und gestaltet die neuen Eindrücke in zwei bemerkenswerten Erzählbüchern und jetzt in einem Gedichtband mit dem freundlich-zuversichtlichen Titel „Du bist willkommen“.

In zwei Sprachen zuhause

In erstaunlich kurzer Zeit lernt Aysel Özakin Deutsch – nicht nur als Fremdsprache, sondern als eigene Literatursprache. Sie beginnt Deutsch zu schreiben, bewegt sich zweisprachig zwischen den Kulturen und ist inzwischen in der deutschen Dichtung ebenso zuhause wie in der türkischen Poesie.

Ihr souveränes sprachliches Verhalten unterscheidet sich auffällig vom Vorgehen der meisten anderen türkisch-deutschen Autoren, die sich vielfach darauf beschränken, die Ausdrucksnöte der orientalischen Einwanderer proletarischer Herkunft naturalistisch zu kopie-

ren. Das „Gastarbeiterdeutsch“ der schreibenden Ausländer lehnt sie ab, weil es einen Zustand nur beschreibt, aber nicht verändert. Sie bemüht sich stattdessen um einen differenzierten lyrischen Ausdruck und erreicht dabei eine sprachliche Subtilität und Hintergründigkeit, die unter den deutschsprachig geborenen Schriftstellerkollegen ihresgleichen sucht.

Das türkische Erbe nimmt Aysel Özakin nicht als Belastung und Benachteiligung, sondern als Bereicherung und als Verdoppelung ihrer Ausdrucksmöglichkeiten. Wer in zwei Sprachen zuhause ist, kann sich doppelt präzise ausdrücken.

Nord-Süd-Begegnungen in Altona

Wie schon einmal Aras Ören mit seinen Kreuzberger Poemen aus den 70er Jahren, so beweist Aysel Özakin mit ihrem ersten Gedichtbuch, welchen geistigen Zugewinn die türkischen Einwanderer für die Kultur unseres Landes bedeuten. So poetische und zugleich wirklichkeitsbesessene Gedichte sind in deutscher Sprache lange nicht mehr geschrieben worden.

Aysel Özakin wurde 1984 als erste Ausländerin Stadtteilschreiberin in Hamburg-Altona, jenem Arbeiterviertel, in dem ausländische und deutsche Bewohner am meisten und am engsten zusammenleben und mittlerweile, Problemen zum Trotz, eigene Formen der internationalen Solidarität, der Freundschaft und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit entwickelt haben.

In dieser Zeit sind ihre Gedichte entstanden, Erzählgedichte, die vom Zusammentreffen von Nord und Süd auf den Straßen, in den Kneipen und Cafés und in den Wohnungen von Altona Zeugnis

Nord

Dieser Stadt
 Hatte ich mich verweigert
 Ihr Fluß war vom Himmel belastet
 Und ich war überrascht
 Daß auf den Straßen keine Stühle standen
 Vor den Fenstern kein Teegeruch
 Keine pathetischen Lieder
 Keine Bewegung hinter den Vorhängen
 Ich hatte mich dieser nordischen Stadt verweigert
 Die weder weinte noch lachte
 Kein Abstand zwischen morgens und abends
 Jedesmal, wenn ich draußen war, habe ich
 An die Fassaden geschaut
 Und meine Erinnerungen gesucht.
 Die Erinnerungen waren langsam und blau
 Warm und zerbrechlich
 Ich habe mich damit umhüllt.
 Ich habe mich den neuen Straßen verweigert
 Und die alten, schmalen Straßen meiner
 Kindheit gesucht
 In meinen Adern.
 Ich hätte die Hoffnung verlieren können
 Doch heute, am 27. Dezember
 Ein Kohleofen neben dem Kaufhof
 Mit gegrillten Maroni
 Genau so, wie bei uns
 Abends, um 18 Uhr in Altona ...
 Habe ich die Tür zur Vergangenheit aufgemacht
 Und meine südliche Mutter gesehen
 Arm in Arm mit einer deutschen Nachbarin
 Meine Hände waren naß vor Regen
 Wie vor zwanzig Jahren
 Jetzt lebe ich hier
 Und sehe den Unterschied
 Der Süden ist ein Kindheitsfoto
 Des Nordens
 Der Süden ist
 Mein Kindheitsfoto

Aysel Özakin



ablegen. Auf mitleidheischende Elendsmalereien verzichtet Aysel Özakin konsequent, und sie verwirft auch alle falschen Erwartungen, die an sie als „Frau aus dem Islam“ gestellt werden.

Es geht ihr nicht darum, das Gastarbeiterleben zu beschönigen und die Probleme ihrer Landsleute zu verniedlichen. Es geht ihr ganz einfach um poetische Wahrheitsfindung, um das vielleicht nur im Gedicht faßbare Wechselspiel von Licht und Schatten, von Gegenwart und Vergangenheit, von Orient und Okzident.

Mit milder Ironie spottet Aysel Özakin über den angeblich unüberwindlichen „Kulturunterschied“ zwischen Türken und Deutschen. Sie legt den Akzent auf die Begegnung der Kulturen, auf die Gemeinsamkeiten, die das Trennende überwiegen und überwinden, auf das gegenseitige Verstehenlernen. In der Vermischung von Elementen aus beiden Kulturkreisen entstehen Gedichte von unverwechselbarer Schönheit wie „Türkische Frauen lernen Lesen und Schreiben“ oder „Nord“.

„Heimat“ ist für Aysel Özakin kein geografischer Begriff, sondern ein Synonym für Nachbarschaft und Vertrautheit. Daher ist der Begriff übertragbar und überall dort anzusiedeln, wo Menschen guten Willens in Frieden zusammenleben. „Heimatlosigkeit“ entsteht nicht durch

Sprache

In Rotterdam
Habe ich
Die Einsamkeit der Sprache
Kennengelernt.
Es wurde englisch gesprochen
Ich konnte es nicht
Weil ich als Kind
An der Küste
Vor lauter amerikanischen Marins
Das Meer nicht sehen konnte
Und als ich meinen Vater in Kanada besuchte
Der als Pfortner in einer Fabrik arbeitete
Trennte mich Englisch von ihm
Genau so wie die Glasscheibe
Hinter der er saß.
In den Tagen
Der Poetry International:
Französisch hat stolz
Auf das Mittelmeer geschaut
Deutsch war erstaunt
Daß es keine Goldmedaillen gab
Spanisch war das Volk
Heroische Nacht
Japanisch setzte zusammen
Digital und romantische Liebe
Türkisch war
In dem Geschichtsbuch des Europäers
Ein Foto mit einem Fez und Minaret
Und jetzt ein anderes Foto
Mit der Mütze eines Generals
Darum war Türkisch allein
In Rotterdam
Wie ein politischer Gefangener
Aysel Özakin 1984

die räumliche Distanz vom Geburtsort, sondern durch Entrechtung und Verfolgung.

Für diese nicht bloß türkische Erfahrung steht das Gedicht „Paß“ aus dem Jahre 1984. Darin nimmt Aysel Özakin vorweg, was ihr im März 1984 am eigenen Leib widerfahren ist: die Einziehung ihres Reisepasses durch das türkische Konsulat.

Aysel Özakin ist zuhause in der Fremde. Zwei Herzen schlagen unter ihrer Brust. Und das gibt ihrem Puls allemal mehr Intensität als bei einem Menschen, der nur dort beheimatet ist, wo er geboren ist.

Ihr westöstliches Kultur- und Heimatverständnis beweist sich auch im letzten Drittel ihres Gedichtbuches. Ihre Gedichte erzählen von der Begegnung mit einem exilierten Schriftsteller aus Polen, mit dem sie gedankenverloren durch die Straßen Rotterdams bummelt. Sie fragt ihren Kollegen, der aus ganz anderen Motiven in die Emigration gegangen ist, nach dem, was die Menschen voneinander trennt und was sie miteinander verbindet. In ihrem Schlußgedicht bekennt sich Aysel Özakin programmatisch zur Internationale der Poesie (siehe Gedicht „Sprache“).

Aysel Özakin, *Du bist willkommen. Gedichte*, Buntbuch-Verlag, Hamburg 1986, 84 Seiten, 16,- DM



Südafrika kämpft.

Die **UZ** berichtet. Nicht nur über Spektakuläres und Dramatisches. Sondern zuverlässig, gründlich und solidarisch. Sie berichtet aus der Sicht des unterdrückten Volkes. Parteilich und konsequent.

Die **UZ** steht auf der Seite der unterdrückten und kämpfenden Völker der Welt.



Die **UZ** können Sie probelesen:
14 Tage kostenlos und unverbindlich.
Anruf genügt 02101/590321,
Kollege Duisberg.
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

Coupon einsenden an:
Plambeck & Co.
Postfach 101053, 4040 Neuss 1

Nikaragua – Selbsterfahrungen des Xaver Kroetz



Den Versuch „Politik und Poesie unter einen Hut zu bringen, Privates und Politisches zu verbinden“ (Konkret-Interview) hat der bundesdeutsche Schriftsteller Franz Xaver Kroetz mit seinem Nicaragua-Tagebuch unternommen: Franz Xaver Kroetz, Nicaragua Tagebuch, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1985, 200 S., 24 DM.

Es ist der Bericht des Literaten über eine Reise zur Jahreswende 1984/85 und gleichzeitig das Buch eines linken Intellektuellen, der über seine Perspektive in diesem unserem Lande nachdenkt. Trotz des Tagebuchcharakters erwartet den Leser mehr als oberflächliche Beschreibung. Kroetz provoziert durch seine subjektive, persönliche und manchmal entnervend offene Sprache die Auseinandersetzung. Er will provozieren, denn „wenn uns die Bürger, die uns bezahlen, nicht hassen, dann stimmt das Verhältnis nicht“ (S.14).

Das Tagebuch beginnt in München, in die bundesdeutsche Langeweile dringen immer wieder Nachrichten aus dem bedrohten Nicaragua. Kroetz entschließt sich, in dieses Land zu fahren, um zu erleben, „wie verhält sich ein europäischer Intellektueller in einer revolutionären Situation“. (Konkret-Interview) Er kommt jedoch bald nach seiner Ankunft in Managua auf den Boden zurück: „Ich denke heute, daß ich irgendwann in den letzten zwei Jahren den roten Faden in meinem Leben verloren hab'; und jetzt am zweiten Tag in Nicaragua denke ich, daß es verrückt war zu glauben, ich könnte ihn gerade hier wiederfinden.“ (S.31)

Für Kroetz ist völlig klar, auf welcher Seite er steht. Das gibt ihm auch die Möglichkeit, sich auf Widersprüche einzulassen. Manchmal gleitet er aber gerade durch seine subjektive Herangehensweise und durch das Beharren auf den

Widersprüchen auch in Arroganz ab, so z.B. wenn er anfängt, der nikaraguanischen Regierung gute Ratschläge wie die Freigabe des Wechselkurses zu geben, denn „man muß schwarz wechseln, sonst ist das Leben in Nicaragua für den Ausländer teurer als in München“. (S.71)

Doch für Kroetz ist klar: „Der Hauptvater aller Widersprüche, Mängel, Ungewissheiten, Probleme ist der Krieg, der gegen Nicaragua geführt wird“ (S.146). An einer anderen Stelle läßt er einen sandinistischen Kämpfer zu Wort kommen, der die Probleme ins richtige Verhältnis setzt: „Unsere eigenen wirtschaftlichen Fehler wiegen nicht sehr viel gegen den Wirtschaftskrieg, der gegen uns geführt wird.“ (S.64)

Ein anderes Problem, das Kroetz immer wieder beschäftigt und bei dem ich persönlich die subjektive Herangehensweise für problematischer halte, ist die Frage, wie schnell sich Veränderungen in einem Land, das sich befreit hat, vollziehen können. So stellt Kroetz sich selbst, seinen Lesern und seinen nikaraguanischen Freunden im Umgang mit den Indios an der Atlantikküste die Frage: „Was ist besser, dem Fluß ablesen zu können, wo er seine Fische versteckt hat, oder das Alphabet beherrschen?“ (S.64)

Zu sehr werden hier Bildung und Naturverbundenheit als unvereinbar gegeneinandergestellt, die Erfahrungen mit den entwurzelten, perspektivlosen Menschen aus dem eigenen Land übertragen und Naturverbundenheit mystifiziert und zum Allheilmittel erklärt. Diese Aus-

sagen werden später dadurch relativiert, daß Kroetz Nikaraguaner zu Wort kommen läßt, die selbstkritisch ihre eigenen Erfahrungen mit dem Vorantreiben der Entwicklung vor allem unter der Bevölkerung in rückständigen Gebieten einschätzen: „Gegen sie können wir nichts bleibend verändern, wir müssen es mit ihnen machen, und wo sie noch nicht hindenken können, müssen wir verschnaufen und ihnen Zeit geben, sonst hat es keinen Sinn.“ (S.86) „Muß man, um übers Vögeln zu schreiben, extra nach Nicaragua fahren“, war Kroetz in einem Konkret-Interview gefragt worden. Für ihn gehören seine Erfahrungen mit Frauen bei einem Tagebuch dazu. Er macht dem Leser, so

Nikaragua lieber Freund

Nicaragua lieber Freund
gern hätt ich dich als
mein Vaterland.
Aus deiner Wärme
zurück in mein kaltes Land
das ist ein weiter Weg.
Ich werde an dich denken
Freund und meine Liebe dir
über den Sternenhimmel schicken.
Und wenn ich zu erfrieren drohe
daheim in meiner deutschen Kälte
wärme ich meinen Kopf
an der Erinnerung an Dich.
F.X. Kroetz

er selbst, das Angebot, mitzureisen, „deshalb geht es auch von der angeschissenen Unterhose bis zur Strategie der Befreiungsbewegung“, (Konkret-Interview)

Zum Schluß sei noch einmal gesagt, daß der durchgängige Tenor des Buches nicht die Kritik, sondern die Faszination, die Begeisterung für dieses Land und seine Bevölkerung ist. Ich finde, daß das am deutlichsten bei den Gedichten rauskommt, die Kroetz in seinem Tagebuch mit aufgenommen hat. Pia Grund

Lesermeinungen • Standpunkte

Nein zur Diffamierung von UDF/ANC

Leserbrief von Th. Siepelmeyer (Akafrisk Münster) zum PAC-Artikel AIB 4/1986

Zuerst muß ich allerdings gestehen, daß ich bis zu diesem Leserbrief davon ausging, daß die Freiheitscharta in Südafrika nach wie vor gebannt sei. Es wäre nett gewesen, wenn der Information eine Quellenangabe beigelegt worden wäre, denn trotz gründlichster Durchsicht z.B. des „Informationsdienstes südliches Afrika“ (ISSA) – einem wohl anerkannten Organ der Südafrika-Solidarität – habe ich dort diese Information nicht gefunden.

Trotzdem halte ich meine Kritik an den Aussagen J. Mlambo aufrecht. Denn ich gehe davon aus, daß die Hauptdiskussion um die Programmatik der UDF in ihrem Gründungsjahr 1983 gelaufen ist, also vor der Aufhebung des Banns der Freiheitscharta, und zu diesem Zeitpunkt hätte die UDF sich eben nicht explizit auf die Freiheitscharta beziehen können, ohne ihre Legalität aufs Spiel zu setzen. (Gegen Mlambo's Behauptung spricht ebenfalls, daß z.B. die AZAPO sich der UDF gerade wegen ihrer programmatischen Nähe zur Freiheitscharta nicht angeschlossen hat; vgl. L. Berger in: issa, Nr. 9/1983, S. 23)

Daß die Freiheitscharta in Südafrika inzwischen offen diskutiert wird, ob mit oder ohne Bann, schreibe ich vielmehr der Tatsache zu,

daß trotz der umfassenden Repression der Rassistens deren allseitige Kontrolle der Befreiungsbewegung nicht mehr gewährleistet ist. Bekanntlich setzt die Erosion der Macht zuallererst im ideologischen Bereich der Herrschaftssicherung ein, und einen solchen Prozeß der Machterosion können wir doch zur Zeit in Südafrika beobachten.

Eines abfälligen Tones gegenüber J. Mlambo bin ich mir nicht bewußt, wohl eines äußerst kritischen. Mir scheint eine solche Kritik nicht nur legitim, sondern angesichts der Positionen auch notwendig. Erstaunt bin ich allerdings darüber, daß dieser Vorwurf aus einer Ecke kommt, der ansonsten die Solidarität gar nicht „kritisch“ genug sein kann.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings äußerst aufschlußreich, daß Herr Siepelmeyer zu den von mir zitierten Aussagen des PAC-Vertreters G. Ebrahim in der taz kein Wort verliert. Meiner Auffassung nach wäre es weit aus fruchtbarer gewesen, wenn Herr Siepelmeyer den Stil der Auseinandersetzung an der Diffamierung der UDF als „Begrüßungsfeierlichkeiten-Organisator“ (seltsam in diesem Zusammenhang besonders, daß G. Ebrahim im gleichen Interview behauptet, der PAC sei Mitglied eben dieser UDF) oder der Kampagne zur Freilassung Nelson Mandelas als „Personenkult“ überprüft hätte.

Arno Armgort, Bremen

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.
WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Nr. 29, Mai 1986

„Dann haben wir sie verklagt“: Interview mit Linda Bullard von der Foundation on Economic Trends über die Freisetzungsskandale in den USA
* Fehlerfreundlichkeit als evolutionäres Prinzip und ihre mögliche Einschränkung durch die Gentechnik * Auto und Menschenrechte * Union Carbide und die Folgen * Schützen uns die Grenzwerte oder werden die Grenzwerte geschützt? - Betrieblicher Arbeitsschutz * Gesundheitsgefährdungen gemeinsam lösen - Erfahrungen aus GB * Aktivitäten gegen SDI * Ein konservatives Symbol: Berliner Akademie der Wissenschaften * Umbau der Industriegesellschaft * „Es gibt viel zu kassieren, sacken wir es ein“: Ingenieure und Öffentlichkeitsarbeit *

Bitte unverbindliches Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an **WECHSELWIRKUNG**
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

Rheinmetall-Prozeß

Am 27. Mai d.J. verurteilte das Düsseldorfer Landgericht vier Rheinmetall-Manager wegen Verbrechen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Vergehen gegen das Außenwirtschaftsgesetz zu Haftstrafen zwischen 15 Monaten und 2 Jahren auf Bewährung sowie zu Geldbußen zwischen 3.000 und 25.000 DM. Damit blieb das Gericht unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft.

In diesem ersten Prozeß wegen illegalen Waffenhandels in der BRD wurden die Beklagten für schuldig befunden, Kriegswaffen im Wert von 50 Mio DM ohne Genehmigung und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Südafrika, Saudi Arabien und Argentinien geliefert zu haben. Als mildernenden Umstand berücksichtigte die Richter u.a. auch die nur „halbherzige Kontrolle“ der zuständigen staatlichen Stellen.

Mit Plakaten wie „Rüstungsexport ist Völkermord“ wurde vor dem Landgericht gegen das milde Urteil demonstriert.

Proteste gegen Golfkrieg

Mit einer eindrucksvollen Menschenkette auf der Hamburger Mönckebergstraße demonstrierten am 10. Mai d.J. iranische, irakische, kurdische und bundesdeutsche Friedensfreunde gegen den seit über 6 Jahren andauernden Golfkrieg Irak-Iran.

Die Demonstranten, unter ihnen der Ex-Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, trugen Fotos von Kindern und Jugendlichen, die Opfer des Krieges geworden sind. Sie forderten von der Bundesregierung die Einstellung aller Waffenlieferungen an beide kriegführende Parteien und politische Initiativen zur Beendigung des sinnlosen Krieges, der inzwischen ebenso viele Tote wie der Vietnamkrieg gefordert hat.

Zu der Demonstration hatte das kürzlich in Hamburg konstituierte Komitee gegen den Golfkrieg aufgerufen. Der Hamburger Schriftsteller Peter Schütt und sein irakischer Kollege Najim Wali, die zu den Mitinitiatoren des Antikriegskomitees gehören, werteten es als Zeichen der Hoffnung, daß sowohl im Iran wie Irak der Widerstand gegen die Fortsetzung des Krieges wachse.

Buchtips: Südafrika

Erstmals in deutscher Sprache erschien im April d.J. ein Dokumentenband mit allen wesentlichen Reden und Schriften des seit über 20 Jahren eingekerkerten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela.

Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben. Gesammelte Reden und Schriften, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1986, 379 S., 18 DM

enthält zudem Dokumente an denen Mandela mitwirkte und Berichte zweier inzwischen entlassener Mitgefangener. Die Texte widerspiegeln nicht nur die politische Entwicklung Mandelas, sondern geben einen umfassenden Überblick über das Apartheidsystem sowie die einzelnen Etappen und Ziele des Befreiungskampfes.

Ein ungeschminktes Bild Südafrikas zeichnet ebenfalls

Rote Erde - Schwarzer Zorn. Lesebuch für ein anderes Südafrika, Signal-Verlag, Baden-Baden 1986, 224 S., 29,80 DM.

Nelson Mandela



Rote Erde Schwarzer Zorn



Lesebuch für ein anderes Südafrika
Herausgeber: Horst Heidmann, Christoph P...

Es enthält Geschichten und Berichte, Gedichte und Gedanken, historische Dokumente und politische Programme von bekannten Schriftstellern, Politikern, Priestern und Widerstandsführern. Nelson und Winnie Mandela, Steve Biko, Bischof Tutu, Nadine Gordimer, James Matthews, Breyten Breytenbach und viele andere schreiben über die Zeit vor der Kolonialisierung, über die Burenkriege, über Gold und Diamanten, über Zwangsumsiedlungen, gewaltlosen und bewaffneten Widerstand und über ein freies Südafrika.

Türkei-Besuch von Weizsäcker

Als erster Staatschef eines westlichen Landes besuchte Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 26.-30. Mai d.J. die Türkei. In Gesprächen mit Staatspräsident Kenan Evren und Ministerpräsident Turgut Özal würdigte Weizsäcker u.a., daß der „nach der Intervention vom 12. September 1980 verkündete Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie“ eingehalten worden sei. Er erklärte zudem, daß die Bundesrepublik sich für eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EG einsetzen werde.

Doch beließ es der Bundespräsident nicht wie Kanzler Kohl bei seinem Türkei-Besuch im Juli 1985 bei solchen Aufwertungsbemühungen der Militärdiktatur. Am Rande brachte er die Verletzung von Menschenrechten zur Sprache und traf mit Führern zugelassener und verbotener Oppositionsparteien zusammen, darunter mit dem Sozialdemokraten Bülent Ecevit, dem jegliche politische Tätigkeit untersagt ist. Sie wiesen ihn auf die Einschränkungen der politischen Freiheiten, auf die Anwendung der Folter und auf den sinkenden Lebensstandard hin.

Diktator Evren wurde von Weizsäcker zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik eingeladen.

STEAG-Prozeß

„Daß es ein jahrelanges Kooperationsabkommen zwischen der STEAG und der Uranium Enrichment Corporation über nukleare Zusammenarbeit gegeben hat, bei dem auch militärisch nutzbares nukleares Know-How nach Südafrika übermitteln wurde“, wurde vom Landgericht Essen nicht bestritten. Trotzdem mußte diese Formulierung im Aufruf zu den Aktionstagen gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika am 4./5. Oktober 1985 zurückgenommen werden.

Die Kosten des von der Firma STEAG angestregten Verfahrens wurden u.a. dem presserechtlich Verantwortlichen und zwei Multi-

plikatoren des Aufrufs auferlegt. Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen und die Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, die zu den 19 Aufrufern gehörten, rufen zur Deckung der Kosten zu Spenden auf: Konto 1207869 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000), Stichwort: Spendenkonto STEAG-Prozeß.

Verschuldungskonferenz

Mit der Verschuldung der Dritten Welt und der Rolle der BRD befaßte sich eine internationale wissenschaftliche Konferenz, die am 31. Mai/1. Juni d.J. in Köln tagte. Auf dem mit 450 Teilnehmern gut besuchten Forum, das vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) mit Unterstützung der Anti-Apartheid-Bewegung, des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), des Arbeitskreises Philippinen, des AIB u.a. veranstaltet wurde, ging es sowohl um eine gründliche Untersuchung des Sachverhaltes als auch um die Diskussion von Lösungsmöglichkeiten. Die Wirtschaftswissenschaftler Hector Heras Leon (Kuba), Felix Contreras (Nikaragua), Issam el-Zaim (Syrien, UNIDO) u.a. boten eine Bestandsaufnahme der Verschuldungskrise und ihrer Folgewirkungen.

Für die höchstverschuldete Region Lateinamerika, wo die Außenschuld-Zinsen 35-40% der Exporterlöse verschlingen, sei diese zum Haupthemmnis der Wirtschaftsentwicklung geworden. Kaum weniger schlimm sei die Lage in Afrika, wo die Verschuldung sich 200 Mrd Dollar annähert.

Prof. Herbert Schui (AG Alternative Wirtschaftspolitik) gelangte bei seiner Analyse der westlichen Kreditpolitik zum Ergebnis: Die Verschuldungskrise werde von internationalen Finanzgruppen dazu genutzt, die nationalen Wirtschaften der Entwicklungsländer „sturmerreif zu schießen“, d.h. die Expansionschancen der Multis zu erweitern.

Dieter Boris (ASK)/Jörg Goldberg (IMSF) arbeiteten die Rolle von BRD-Regierung und -Banken in der Schuldenproblematik heraus und setzten sie zur Entwicklungspolitik ins Verhältnis. Mit einem 10%-Anteil am Schuldenberg rangierten die BRD-Banken hinter denen der USA und Großbritanniens an dritter Stelle. Ihr jährlicher Zinsabzug gegenüber der

Dritten Welt liege mit 4 Mrd Dollar etwa gleich hoch wie die öffentliche BRD-Entwicklungshilfe. In IMF/Weltbank fahre Bonn deren Schiene der Unnachgiebigkeit mit.

Schließlich skizzierten sie hiesige Konzepte zu einer alternativen Bonner Entwicklungs- und Schuldenkrisenpolitik (SPD, Grüne, DKP, Friedensliste), was auch in einer begleitenden Podiumsdiskussion dieses Spektrums (es fehlte Hauchler, SPD) debattiert wurde. Dabei stimmte man in den Zielvorstellungen überein, daß alle Schulden der Entwicklungsländer sofort zu streichen und eine neue Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen sowie die Verschuldungsproblematik stärker ins Bewußtsein der demokratischen Bewegung zu rücken sei.

ai zur Folterkonvention

Angesichts ihres 25. Jubiläums gab die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international (ai) am 28. Mai d.J. als ein strategisches Ziel für die kommenden Jahre an, die noch immer zögernden Regierungen zur Ratifizierung der UN-Konvention gegen die Folter zu drängen. Der britische Rechtsanwalt und ai-Gründer Peter Benenson wandte sich im Londoner ai-Hauptquartier insbesondere gegen die konservative Regierung Thatcher, die bislang weder die UN-Folterkonvention noch die europäische Konvention gegen die Todesstrafe unterzeichnet habe.

Ähnlich kritisierte Anfang Mai d.J. die neue Generalsekretärin der bundesdeutschen ai-Sektion, Brigitte Erler (vormals SPD-MdB), das Verhalten der Regierung Kohl. Sie nennt es „einen Skandal“, daß diese sich seit 1,5 Jahren hartnäckig weigere, die UN-Folterkonvention zu ratifizieren. Ursache sei vor allem der Widerstand des Koalitionspartners CSU gegen den Konventionsartikel 3, welcher bei der Gefahr von Folter den Verzicht auf Abschiebungen bzw. Auslieferungen vorschreibt.

Als erschreckend bezeichnete es B. Erler ferner, daß nicht etwa das Folterland Türkei, sondern wiederum Bonn unter fadenscheinigen Vorwänden die Verabschiedung einer europäischen Folterkonvention blockiere. Hier, so vermutete die ai-Generalsekretärin, wolle man sich um die vorgesehenen Kontrollen (Stammheim!) herumdrücken.

Friedensbewegung

Vorbereitend auf die zum 11. Oktober d.J. angesagte Großdemonstration in Hasselbach/Hunsrück, am Ort der Cruise-Missiles-Stationierung, hat die Friedensbewegung eine Unterschriftensammlung unter die „Friedenserklärung“ gestartet. Sie war auf der Kölner Aktionskonferenz im Februar 1986 verabschiedet und beim ersten bundesweiten Aktionstag am 24. Mai d.J. bekanntgemacht worden. Ein zweiter Aktionstag soll am 20. September d.J. folgen.

Neben der Absage an die Weltraumrüstung und die Raketenstationierung in der BRD ist besonders auf Punkt 5 der Friedenserklärung zu verweisen: „Ich will, daß von der Bundesrepublik Deutschland aus keine Waffen exportiert und keine Kriege in der 'Dritten Welt' unterstützt werden.“

Unterschriftenrollen können angefordert werden beim Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimerstr. 20, 5300 Bonn 1.

Friedenserklärung

Ich will eine neue Politik
Die Bundesrepublik muß eigene Abrüstungsschritte gehen

Ich will, daß keine bundesdeutsche Regierung, Firma oder Forschungsstelle sich an der Aufrüstung des Weltraums beteiligt

Ich will, daß die Atomwaffen Pershing II und Cruise Missiles sofort aus unserem Land verschwinden

Ich will, daß die Ausgaben für die Rüstung drastisch gesenkt und die Offensivwaffen der Bundeswehr abgeschafft werden

Ich will, daß die Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland beendet und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger eingeschränkt wird

Ich will, daß von der Bundesrepublik Deutschland aus keine Waffen exportiert und keine Kriege in der 'Dritten Welt' unterstützt werden

Ohne diese Schritte ist keine Friedenspolitik möglich

Name Anschrift Beruf/Funktion Unterschrift

Macht mit! Unterschreibt auch!
11.10. Hunsrück

Schreibweise auf: ...
Kontakt: ...
Spendenkonto: ...



Ecuador

Bei der Neuwahl von 59 der insgesamt 71 Abgeordneten des ecuadorianischen Parlaments am 1. Juni d.J. errangen die Parteien der linken Mitte und der Linken die absolute Mehrheit. Nach vorläufigen Ergebnissen verfügen sie jetzt über mindestens 43 Sitze. Die rechten Parteien, auf die sich Präsident León Febres Cordero stützt, halten nur noch 19, die Parteien der Mitte 9 Abgeordnetensitze.

Die Niederlage der Rechtsregierung ist vor allem in ihrer ultraliberalen Wirtschaftspolitik und der durch den Ölpreisverfall verstärkten Krise zu suchen, unter der vor allem die Ärmsten zu leiden haben. Ecuador hat sich unter der Präsidentschaft Febres den Sparprogrammen des Internationalen Währungsfonds gebeugt, die Grenzen fürs Auslandskapital geöffnet und gilt als erster Kandidat für den Erhalt von neuen Krediten nach den Kriterien des Baker-Plans (siehe AIB 4/1986).

Innenpolitisch zeichnet sich das Regime zudem durch den Abbau demokratischer Rechte, durch Verstöße gegen die Verfassung und die Anwendung von Folter aus. Außenpolitisch orientiert es sich an der US-Politik und hat als einziges lateinamerikanisches Land die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abgebrochen. Mit der neuen Parlamentsmehrheit wird Febres diese Politik nicht mehr ungebrochen fortsetzen können.

Chile

Anlässlich der Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai d.J. ist das Militärregime General Pinochets zum Gegenangriff auf die Opposition angetreten. Bei systematischen Razzien in den Armenvierteln wurden bis Ende Mai 100.000 Menschen von der Armee verhaftet, in Fußballstadien zusammengetrieben und verhört.

Die Militärdiktatur will Angst und Unsicherheit verbreiten – ihre Antwort auf den Aufruf der Opposition, das Jahr 1986 zum Jahr der sozialen Mobilisierung zu machen. So trieb sie denn auch am 21. Mai einen Friedensmarsch in der Hauptstadt Santiago, zu dem der Gewerkschaftsdachverband CNT aufgerufen hatte, mit Wasserwerfern und Tränengas auseinander. 100 Menschen wurden verhaftet.

In Mitleidenschaft gezogen wurden auch Parlamentarier einer Konferenz von Volksvertretern aus 12 europäischen und lateinamerikanischen Ländern. In einem dreitägigen Treffen, das von der Militärdiktatur behindert wurde, erklärten die Parlamentarier – darunter Abgeordnete der CDU, der SPD und der Grünen –

ihre Unterstützung der Opposition, sprachen sich für verstärkten internationalen Druck auf die Diktatur aus und forderten die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Für den 2./3. Juli d.J. hat die Versammlung der Bürgerschaft, der Zusammenschluß aller sozialen Organisationen, einen 48stündigen Generalstreik angesetzt, um den Druck auf die Diktatur weiter zu erhöhen.

El Salvador

In einer Fernsehansprache am 1. Juni d.J. hat sich der salvadorianische Präsident Napoleon Duarte bereit erklärt, den Dialog „für den Frieden“ mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionären Front (FMLN/FDR) wieder aufzunehmen.

Zwei Verhandlungsrunden Ende 1984 waren an der Unnachgiebigkeit der Regierung gescheitert. Duarte schlug ein Treffen im Lande für Juli oder August d.J. vor, wobei Erzbischof Rivera y Damas vermitteln soll. Bereits Ende April d.J. war es in Peru zu einer Kontaktaufnahme zwischen der Christdemokratischen Partei und zwei Parteien der FDR gekommen. Am 3. Juni d.J. stimmte die FMLN/FDR einem Treffen in der Hauptstadt San Salvador zu und rief die Salvadorianer zum „entschlossenen Kampf“ in den kommenden Wochen auf, um das taktische Manöver „in einen echten Prozeß zu Frieden, Gerechtigkeit und Würde zu verwandeln“. Die FMLN/FDR will vor dem Gespräch mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammentreffen, um ihre Meinungen zu einer Lösung des Konflikts zu erkunden.

Mit seiner Verhandlungsbereitschaft reagierte Duarte nicht nur auf entsprechend stärker werdende Forderungen aus dem Volk (siehe AIB 6/1986), sondern will zudem Druck auf Nicaragua ausüben, mit den Contras Gespräche aufzunehmen.

Kolumbien

Bei den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien konnte sich der Kandidat der Liberalen Partei, Virgilio Barco Vargas, mit 58% der Stimmen gegen den Vertreter der Konservativen Partei, Alvaro Gomez Hurtado, mit 37%, durchsetzen. Barco Vargas wird am 7.8.1986 sein Amt antreten.

Mit seinem Sieg erlitten – wie bei den Kongreßwahlen vom März d.J. – die Kräfte eine Niederlage, die den Einfluß des Militärs noch weiter erhöhen wollen und eine autoritäre Regierung anstreben.

Allerdings ist auch unter dem neuen Präsiden-

ten nicht zu erwarten, daß die unter seinem Amtsvorgänger Belisario Betancur vom linken Flügel der Konservativen Partei begonnenen Friedensgespräche mit der Guerilla vorankommen und Reformen durchgeführt werden, die die Guerilla zur Aufgabe ihres Kampfes bewegen könnten. Barco will zudem das Engagement Kolumbiens in der Nichtpaktgebundenen-Bewegung und in der Contadora-Gruppe vermindern.

Mit über 4% der Stimmen konnte Jaime Pardo Leal von der Patriotischen Union (UP) einen Achtungserfolg erzielen. Die UP, die bereits bei den Kongreßwahlen 14 von 313 Sitzen erringen konnte, gehören die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die 1984 einen Waffenstillstand mit der Regierung schlossen, die Kommunistische Partei, zwei kleinere Guerillagruppen sowie Linke aus den beiden großen Parteien an. Bei den Präsidentschaftswahlen 1982 hatte der Kandidat der Linken lediglich 1,3% der Stimmen errungen.

Dominikanische Republik

Aus den Präsidentschaftswahlen vom 16. Mai d.J. ging der 78jährige Kandidat der Christlich-Sozialen Reformistischen Partei (PRSC), Joaquín Balaguer, mit 41,6% der Stimmen als Sieger hervor. Sein Hauptrivale von der regierenden rechtssozialdemokratischen Revolutionären Demokratischen Partei (PRD), Jacobo Majluta (51), erhielt 39,5%. Balaguer, ein Intimus des 1961 ermordeten Diktators Trujillo, hatte das Land bis 1962 und nach der US-Invasion im Jahr 1965 von 1966-78 diktatorisch regiert.

Die seit 1978 regierende PRD hatte vor allem durch ihre wirtschaftliche Sparpolitik, durch Korruptionsfälle und durch heftige Flügelkämpfe, bei denen der Vertreter des rechten Flügels Majluta obsiegte, an Sympathien eingebüßt. Im April 1984 hatte die Unterdrückung von Protesten gegen die Wirtschaftspolitik durch den bisherigen Präsidenten Jorge Blanco über 100 Tote gefordert.

Auf den 76jährigen Juan Bosch, den Kandidaten der linken Dominikanischen Partei der Befreiung (PLD), entfielen 18,2% der Stimmen. Bei den Wahlen von 1978 und 1982 hatte er 1% bzw. 10% erhalten. Nach einem Militärputsch gegen Balaguer war Bosch bereits 1963 zum Präsidenten gewählt, aber noch im gleichen Jahr gestürzt worden. Seine Rückkehr an die Macht durch einen linken Staatsstreich wurde durch die US-Invasion 1965 verhindert. Majluta, der sich erst selbst zum Wahlsieger proklamiert hatte, erkannte erst am 27. Mai die Wahl von Balaguer an und willigte ein, eine Koalition mit ihm zu bilden. Grund dafür ist nicht nur die ideologische Nähe der beiden Politiker, sondern auch die Tatsache, daß bei gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlen weder die PRSC noch die PRD eine absolute Mehrheit erzielen konnten.

UNO/Afrika

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 1. Juni d.J. das „Aktionsprogramm der UNO für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas bis 1990“ per Akklamation verabschiedet.

Mit „Bewunderung“ nahm die UN-Vollversammlung zum Abschluß ihrer fünftägigen Afrika-Sondersitzung zur Kenntnis, daß die afrikanischen Staaten zu einer gewaltigen gemeinsamen Anstrengung entschlossen sind,



um die Serie der Wirtschaftskrisen zu beenden. Ein von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ausgearbeiteter Fünfjahresplan sieht dafür Investitionen von 128 Mrd Dollar vor, von denen die afrikanischen Staaten selbst 82 Mrd aufbringen wollen.

Der Aufruf der OAU an den Rest der Welt, die fehlenden 46 Mrd beizusteuern, fand bei den Delegierten jedoch ebensowenig ein Echo in Form konkreter Zusagen wie die Forderung, 1/3 der Auslandsschulden (175 Mrd Dollar) zu streichen. Im UN-Aktionsprogramm heißt es lediglich, die internationale Gemeinschaft habe sich „verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ausreichende Mittel zu finden“.

Zur Verschuldung wurde nur gesagt, daß Maßnahmen zur Erleichterung dieser Last notwendig seien. Vertreter afrikanischer Staaten kritisierten vor allem, daß gerade die USA und andere imperialistische Länder eine globale Schuldenerleichterung hartnäckig ablehnten. Schwerpunkte des UN-Aktionsprogramms für Afrika sind die Entwicklung der Landwirtschaft, die Bekämpfung der Wüstenausbreitung, die Modernisierung der Verwaltungen und die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit. 1988 soll bei einer erneuten Sondervollversammlung der UNO eine Zwischenbilanz gezogen werden.

UNO/Rüstung

Es gibt keinen begrenzten Atomkrieg! Dieses Fazit wird einmal mehr untermauert durch die Ergebnisse einer Studie über die globalen Auswirkungen eines Atomkrieges, die vom UN-Wissenschaftsausschuß angeregt wurde. 300 Wissenschaftler aus 30 Ländern waren an diesem Projekt beteiligt.

Nicht unmittelbar, durch die sofortigen bzw. längerfristigen Einflüsse atomarer Strahlung, sondern mittelbar, durch eine völlige Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts – der natürlichen Voraussetzung des Lebens auf dieser Erde – würde die Mehrzahl der Menschen den Tod finden. Unmengen radioaktiven Staubes würden die Sonne verdunkeln, die Erdtemperatur um bis zu 15°C reduzieren und veränderte Niederschläge bewirken.

In den Industrienationen mag man glauben, durch Lebensmittelrationierungen und Abschichten von überlebenden Tieren eine Minimalversorgung der überlebenden Bevölkerung aufrechterhalten zu können. In den meisten Ländern der Dritten Welt würden die ökologischen Folgen eines Atomkrieges den elenden Hungertod von Mrd Menschen in kurzer Zeit bedeuten.

Sierra Leone

Am 29./30. Mai d.J. fanden in Sierra Leone vorzeitige Parlamentswahlen statt. Bis zu fünf Kandidaten des regierenden All People's Congress (APC) stellten sich in den einzelnen Wahlkreisen zur Wahl. Vor allem Kandidaten, die zum ersten Mal antraten und die Politik des neuen Präsidenten Joseph Momoh unterstützten, konnten sich durchsetzen.

Die Wahlen fanden ein gutes halbes Jahr nach der Regierungsübernahme Momohs, der den greisen Siaka Stevens ablöste, statt. Stevens hinterließ seinem Nachfolger eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise sowie eine schier unvorstellbare Korruption.

Mehrere schwere Finanzskandale wurden in den letzten Jahren unter den Teppich gekehrt.

Nach Angaben von Angestellten der Zentralbank wurden 80% der Einfuhren und 70% der Ausfuhren auf dem „Parallelmarkt“ realisiert. Die Hälfte des Bruttosozialprodukts, wußten diese zu berichten, zirkuliere auf dem Schwarzmarkt. Schmuggel und Steuerhinterziehung waren alltäglich. Von diesen Geschäften profitiert eine kleine Zahl – meist libanesischer – Geschäftsleute mit besten Verbindungen zur Regierung.

Momoh versucht all dies einzudämmen. Die Maßnahmen greifen jedoch nur sehr begrenzt. Einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise, deren sichtbares Zeichen der gravierende Devisenmangel ist, verspricht sich Momoh von einem Kredit des Internationalen Währungsfonds und dem damit verbundenen Maßnahmenpaket. Das läßt insbesondere für die städtische Bevölkerung eine weitere Verschlechterung ihrer Lage erwarten.

Syrien

Im Mai d.J. nahmen Regierungsvertreter der USA und Israels „Hinweise“ auf syrische Entwicklungen in Bombenanschläge in Westeuropa zum Anlaß, um laut über einen militärischen „Vorbeuge“schlag gegen den nächstlichen Frontstaat Syrien nachzudenken.

Israels Premierminister Peres nannte Damaskus das „Mutterschiff zahlreicher terroristischer Organisationen“ und forderte – nach dem Muster der Libyenkrise (siehe AIB 6/1986) – weltweite wirtschaftlich-diplomatische Sanktionen gegen Syrien. Anders als im Fall Libyen legte sich Ronald Reagan relative Zurückhaltung auf: Die USA würden nur dann „Vergeltung“ für Anschläge üben, wenn schlüssige Beweise vorlägen. Von daher ist hier eher ein Stellvertreterangriff Israels zu erwarten.

Präsident Hafez al-Assad stellte bei einem Griechenland-Besuch Ende Mai d.J. klar, daß seine Regierung zwar palästinensische Widerstandsgruppen unterstütze (Büropräsenz in Damaskus), ihnen aber keine Militärbasen oder -operationen von syrischem Territorium aus gestatte. Sabotageaktionen gegen den internationalen Flugverkehr lehne sie ab. Im Libanon habe Syrien zwar Einfluß, könne aber dortige terroristische Aktivitäten genausowenig wie vormalis die westliche Interventionsstreitmacht (1982-84) völlig kontrollieren.

Syriens Außenminister Sharaa bestritt jegliche terroristische Verwicklungen und betonte das Bestreben seiner Regierung, einen „gleichberechtigten, positiven Dialog mit den USA“ aufzunehmen. Er wie Präsident Assad bekräftigten ferner die Bereitschaft, aktiv die Freilassung der im Libanon von schiitischen Fundamentalisten, der Gruppe „Islamischer Heiliger Krieg“, festgehaltenen westlichen Geiseln (9 Franzosen, 5 US-Amerikaner, 2 Briten) zu betreiben.

Bangladesh

Zum ersten Mal seit dem Staatsstreich vom März 1982 fanden in Bangladesh am 7. Mai d.J. Parlamentswahlen statt. Staatschef General Ershad hatte sie wiederholt verschieben müssen, da die Opposition ihre Teilnahme von der Aufhebung des Kriegsrechts, dem Rücktritt des Generals und der Bildung einer Interimsregierung abhängig gemacht hatte.

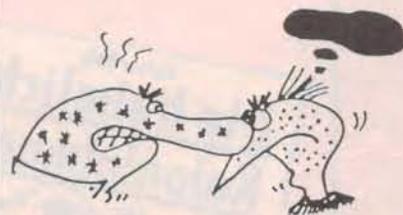
Nachdem Ershad den Parteien volle Handlungsfreiheit zugestanden hatte, und Minister, die zum Parlament kandidieren wollten, zu-

rückgetreten waren, entschloß sich die Mehrheit der linken 15-Parteien-Allianz unter Führung der Awami-Liga an den Wahlen teilzunehmen. Das zweite Oppositionsbündnis aus sieben rechten Parteien lehnte weiterhin eine Teilnahme ab. Durch Übertritte zur rechten Jatiya-Partei des Staatsoberhauptes war die im Bündnis führende Nationalistische Partei Bangladeshs (BNP), die von 1979-82 die Mehrheit im Parlament hatte, erheblich geschwächt worden.

Aufgrund von Wahlfälschungen und Übergriffen gegen Oppositionelle, die über 25 Menschen das Leben kosteten, errang die Jatiya-Partei 152 von 300 Sitzen. Die Awami-Liga, die von Cheikha Hasina Wajed, der Tochter des ersten Staatsoberhauptes Mujibur Rahman (1971-75), geführt wird, erhielt 75 Sitze. Sie protestierte am 14. Mai mit einem Generalstreik gegen die Fälschungen. Auf die mit ihr verbündeten sieben Linksparteien entfielen 21 Sitze.

Ershad will bis zu den Präsidentschaftswahlen im November d.J. das Kriegsrecht aufrechterhalten. Die Kriegsrechts-Dekrete müssen jedoch vom Parlament mit einer 2/3-Mehrheit bestätigt werden, wenn sie nicht ungültig werden sollen. Ob Ershad diese Mehrheit durch die Wahl von zusätzlich 30 weiblichen Abgeordneten durch das Parlament und durch die Unterstützung von Unabhängigen und Mitgliedern kleiner Parteien erhalten kann, ist noch fraglich.

Unterschiedliche Gesichtspunkte



sind in päd. extra nichts Ungewöhnliches

Jeden Monat neu:

- Schwerpunktthema auf 16 Seiten
- Alternative Bekanntmachungen außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich
- praxismarkt mit Unterrichtsideen und -einheiten
- 5 Seiten Markt mit Terminen, Angeboten und Gesuchen
- und Berichte, Kommentare, Meinungen ...

Themen in päd. extra:

Verkehrspädagogik – Jugend 1945-62 – Berufspraktikum – Rückwanderer-Kinder – Politische Bildung – Theater-Pädagogik – Schule ins Museum – Kinderläden.

Probehefte zu bestellen bei:

extra Verlags GmbH
Langgasse 24
6200 Wiesbaden

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 48, 3550 Marburg

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

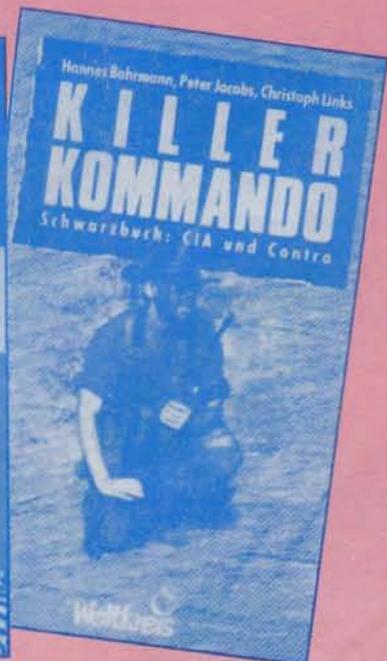
Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM



Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM



H. Bahrmann/ P. Jacobs/ C. Links
Killerkommando
Schwarzbuch: CIA und Contra
216 Seiten, 16,80 DM